Asylindustrie: Die große Insiderreportage Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 48 – 2. Dezember 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Über Italien braut sich ein Unwetter zusammen, das die ganze EU treffen könnte: Dunkle Wolken über Rom

Bild: pa

Drama in drei Akten

Großbritannien, Italien, Frankreich: Die EU taumelt am Rande des Kollaps

Kommenden Sonntag könnte der Europäischen Union mit Italiens Premier Matteo Renzi ein weiterer Pfeiler weggerissen werden.

Die Europäische Union durchlebt ein Drama in drei Akten, dessen Finale das Ende dieses historischen Projekts einleiten könnte. Die Akte liegen jeweils rund ein halbes Jahr auseinander.

Es begann diesen Sommer damit, dass die Briten, für die meisten Beobachter völlig unerwartet, für den Ausstieg ihres Landes aus der Union stimmten. Der zweite Akt folgt am kommenden Sonntag. Österreichs Präsidentenwahl ist da eine für den Weg Europas eher symbolische Entscheidung. In Rom dagegen wird es ernst: Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi hat sein politisches Überleben an den Ausgang des Verfassungs-Referendums gebunden – wie Ex-Premier David Cameron das seine an den Ausgang der „Brexit“-Abstimmung.

Nun könnte Renzi, der als „letztes Bollwerk der EU in Italien“ gehandelt wird, das Schicksal seines britischen Kollegen teilen. Im Ergebnis gewännen Euro- und EU-kritische Parteien in Italien die Oberhand, voran die eher aus dem linken Protestmilieu schöpfende Bewegung Fünf Sterne und die rechtsbürgerliche Lega Nord. Sie könnten den Austieg Italiens aus dem Euro, wenn nicht gar aus der EU einleiten.

> Le Pen kann Fillon von links und rechts in die Zange nehmen

Im Mai 2017 schließt die Stichwahl zum französischen Präsidentenamt den Reigen ab. Die Linke hat sich mit dem unglücklichen François Hollande ins Aus geschossen. Daher ist es beinahe sicher, dass im Schlussrennen die Kandidaten der Konservativen (Republikaner) und der Nationalisten (Front National, FN) gegeneinander antreten.

Für den FN kandidiert Parteichefin Marine Le Pen. Bei den Republikanern hat sich François Fillon durchgesetzt. Fillon kritisiert zwar scharf Multikulti, gilt wegen seiner zurückhaltenden Art aber als Sympathieträger, der auch Wähler links der Mitte anspreche.

Indes steht er auch für straffe Haushaltsführung und eine liberale Wirtschaftspolitik, fordert die Entlassung von 500 000 Staatsbediensteten und das Ende der 35-Stunden-Woche. Damit aber verfehlt er den Zeitgeist. Nachdem die Menschen jahrelang eingesehen hatten, dass Sparsamkeit und Maßhalten nötig seien, auch wenn es wehtut, mussten sie in der Finanzkrise mitansehen, wie Milliarden sprudelten, um verantwortungslose Banken zu retten. Das hat für Verbitterung gesorgt und lässt alle Appelle zum Maßhalten geradezu zynisch erscheinen.

Le Pen vertritt in der Islam-, Euro- oder Zuwanderungsfrage einen klaren Rechtskurs. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik aber steht sie links. So aufgestellt kann die FN-Kandidatin ihren Kontrahenten Fillon von links und rechts gleichzeitig in die Zange nehmen.

Sollte sie Erfolg haben, verspricht Le Pen ein Referendum über Frankreichs Verbleib in der EU, wie in Großbritannien. Stimmen die Franzosen darin gegen die EU, ist es mit dem historischen Projekt vorbei. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Falscher Held

Elf Goliaths hat er überstanden, elf US-Präsidenten und noch dazu zahlreiche von der CIA initiierte Mordanschläge, womit der David Fidel Castro gern medienwirksam kokettierte. Vor allem sein Antiamerikanismus machte ihn nach Lesart der linken Ikonografie und selbst für einen Teil des bürgerlichen Lagers zu einer Heldenfigur. Hinzu kam ein gehöriger Schuss Revolutionsromantik, und fertig war das Bild vom Säulenheiligen im Kampf gegen die Unterdrükkung, dem man alles durchgehen ließ. Sogar, dass er selbst zum Unterdrücker geworden war. Angesichts von Castros Tod erreicht diese vollkommen unkritische Heroisierung derzeit einen geschmacklosen Höhepunkt.

Zweifellos war Castro eine einzigartige Persönlichkeit, ja auch ein großer Revolutionär und für viele ein Hoffnungsträger, als der er jetzt von Staatsmännern aus aller Welt fast unisono gefeiert wird. Dass er das korrupte und dekadente Regime des Diktators Fulgencio Batista hinweggefegt hat, bleibt seine historische Leistung. Doch statt den Kubanern die Freiheit zu geben, errichtete er unter dem Deckmantel eines zuckersüßen karibischen Kommunismus eine Tyrannei. Seine Herrschaft ist gekennzeichnet von Folterkellern, Schauprozessen, Erschießungskommandos, Arbeitslagern, vielfältigen Einschränkungen der Freiheit, einer maroden Wirtschaft und einem Exodus, der dem Land nachhaltig geschadet hat.

Castro hatte zu Beginn seines revolutionären Kampfes erklärt, dass die Geschichte ihn freisprechen werde. Weit gefehlt. Diktatoren spricht die Geschichte nicht frei. Dass Staatsmänner, Politiker und Kommentatoren das zu tun versuchen, indem sie einen posthumen Personenkult um ihn betreiben, ist erbärmlich.

Mit allen Mitteln für Ceta

EU-Parlament verhindert rechtliche Überprüfung durch den EuGH

Dafür, dass aus dem umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP nichts wird, dürfte der designierte US-Präsident Donald Trump sorgen. Und dafür, dass auch aus Ceta, dem Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, nichts wird, wollen 89 Abgeordnete des EU-Parlaments mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) sorgen. Dazu haben sie fraktionsübergreifend einen Antrag eingebracht, mit dem sie eine Überprüfung der Bestimmungen zu Schiedsgerichten erreichen wollen. Die entsprechende Klausel würde es multinationalen Konzernen ermöglichen, Staaten wegen ihrer Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsnormen zu verklagen, wenn diese ihre Geschäfte behindern würden.

Die Schiedsgerichte aber gehören nicht nur zu den politisch heikelsten, sondern auch zu den rechtlich zweifelhaftesten Punkten des Abkommens. Deshalb wäre es durchaus wahrscheinlich, dass der EuGH das Vertragswerk wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Recht zu Fall bringen würde. Das aber will die Parlamentsmehrheit aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen auf keinen Fall zulassen. Also haben sie den Antrag am Mittwoch vergangener Woche einfach abgelehnt und so die rechtliche Überprüfung des Abkommens durch den EuGH verhindert. Sven Giegold, Sprecher der deutschen Grünen im EU-Parlament, kritisiert, dass von der Parlamentsmehrheit versucht werde, das Abkommen „mit allen Mitteln durchzuboxen“.

> Fraktionsübergreifender Antrag gescheitert

Ganz vom Tisch ist eine rechtliche Überprüfung von Ceta jedoch noch nicht, denn noch läuft der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten. Auch diese können nämlich den EuGH anrufen. Belgien, das schon intern um eine Zustimmung zu Ceta gestritten hat, hat diesen Schritt bereits angekündigt. *J.H.*

BKA tappt im Dunkeln

Trotzt »immensen Aufwands« keine neuen Erkenntnisse zum NSU

Obwohl das Bundeskriminalamt (BKA) zeitweise bis zu 400 Beamte eigens dafür abgestellt hatte, haben die Ermittler bisher keine neuen Hinweise auf Straftaten und mögliche Hintermänner des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) finden können. Das hat Axel Kühn, der frühere Leiter der für diesen Fall eingerichteten Ermittlungsgruppe, vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags eingestanden. Trotz „umfassender Ermittlungen in alle Richtungen“ und des „immensen Aufwands“ hätten sich keine neuen Ermittlungsansätze ergeben. Nach wie vor sei nicht rekonstruierbar, wo sich Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos die meiste Zeit aufhielten und ob sie tatsächlich über die gesamte Dauer der ihnen zur Last gelegten Verbrechensserie zusammengelebt haben. Es gäbe auch keine Erkenntnisse über mögliche Mittäter oder Unterstützer.

> Zeitweilig bis zu 400 Ermittler beschäftigt

Auch über die Hintergründe und Umstände des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter kann das BKA nur mutmaßen. Kühn ist davon überzeugt, dass es dabei um die Waffen der Beamten ging, weil das Trio sich vermutlich „höherwertig bewaffnen“ wollte. Die Auswahl des Tatorts und der Opfer sei nach allen Erkenntnssen zufällig geschehen.

Ein merkwürdiges Erkenntnisstreben offenbarte der CDU-Abgeordnete Armin Schuster, der selbst aus dem Polizeidienst kommt, während der Anhörung. Er erkundigte sich nach Erkenntnissen über das Intimleben des Trios, als könnten diese zur Aufklärung der Mordfälle beitragen. Doch dazu konnte der Ermittler trotz Nachhakens des Abgeordneten nichts sagen.

Die Ermittlungsgruppe arbeitet weiterhin kontinuierlich an dem Fall. Wegen der möglichen Verbindung zum Mordfall Peggy Knobloch wurde sie zwischenzeitlich personell wieder aufgestockt. *J.H.*

MELDUNGEN

Russland verlässt Strafgerichtshof

Berlin – Die russische Regierung hat ihren Mitgliedsantrag für den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zurückgezogen. Die mit den Vereinten Nationen verbundene Einrichtung zeichnete sich von Anfang an durch eine sehr selektive Herangehensweise aus. Waren es zunächst ausschließlich Politiker afrikanischer Staaten, die sich in die Schusslinie des Westens gesetzt hatten und in der Folge Gegenstand von Ermittlungen wurden, griff das Gericht zuletzt zunehmend Russland an. In diesem Jahr wurde mit Georgien erstmals ein nichtafrikanischer Staat Gegenstand „Offizieller Ermittlungen“, wobei sich Den Haag bemerkenswerterweise ausschließlich möglicher Vergehen der russischen Armee sowie der südossetischen Freischärler annahm, für die Verbrechen der georgischen Armee aber das georgische Justizsystem für zuständig erklärte. Daneben standen Ermittlungen gegen Russland wegen des angeblich unrechtmäßigen Anschlusses der Krim und des Ukraine-Konfliktes im Raum. Zuletzt drohten proamerikanische Kreise in den Vereinten Nationen sogar damit, Moskau wegen seines Eingreifens im Syrien-Krieg zu verklagen. Russland zog daher die Reißleine: Als Angehörige eines Nichtvertragsstaates des Gerichts können seine Staatsangehörigen ab jetzt nur noch direkt seitens der Uno angeklagt werden, was Russland als Sicherheitsratsmitglied aber zu verhindern wissen dürfte. Kurz zuvor hatten auch Südafrika, Burundi und Gambia ihre Mitgliedschaft beendet und die übrigen Mitglieder der Afrikanischen Union begonnen, in einem konzertierten Verfahren aus diesem offenkundig weiterhin gegen sie gerichteten Justizsystem auszusteigen. Von den überregional bedeutenden Staaten sind einzig die Europäer Unterzeichner der dem Gericht zugrundeliegenden Römischen Statuten, aber weder China, Indien oder Israel. Den US-Behörden ist es sogar grundsätzlich verboten, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten, und bei einer Verhaftung von US-Militärangehörigen sind durch ein Gesetz, den American Service-Members Protection Act, ausdrücklich militärische Maßnahmen zu deren Befreiung aus Den Haag vorgesehen. *T.W.W.*

(siehe auch S. 6)

Erdogan droht mit Referendum

Ankara – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan droht der EU damit, ein Referendum über die Beibehaltung des türkischen Wunsches nach einem EU-Beitritt abzuhalten, sollte Brüssel nicht bis zum Jahresende seinen Forderungen zur Mitgliedschaft nachkommen. Auch über die Wiedereinführung der Todesstrafe erwägt Erdogan ein Referendum, wobei eine Mehrheit der Türken diese befürwortet. Die EU allerdings hat wiederholt die Unvereinbarkeit der Todesstrafe mit einer EU-Mitgliedschaft betont. Künftig wolle er ohnedies nicht mehr einen Beitritt zur EU, sondern zum Schanghai-Kooperationsabkommen suchen, erklärte Erdogan. Das sei angenehmer, als in Europa „zu betteln“. Dass Russland und China die Mitglieder dieses Staatenbundes allerdings bisher gut ausgesucht und notorische Problemkandidaten wie die Türkei anders als die EU gar nicht erst in den engeren Mitgliederkreis eingelassen haben, erwähnte er mit keinem Wort. *T.W.W.*

Geschäft statt Nächstenliebe

»Refugees welcome« im Selbstversuch: Vom Rassismus der Gutmenschen und den Praktiken der Asylindustrie

Dieser Tatsachenbericht ist eine Zustandsbeschreibung aus dem inneren Zirkel der „Refugees welcome“-Gesellschaft und offenbart die Doppelmoral der herrschenden Politik und den Verkauf christlicher Werte zugunsten der Asylindustrie.

Als praktizierender Christ habe ich in der Flüchtlingskrise nach den biblischen Grundsätzen der Nächstenliebe handeln wollen, denn die Medien und Frau Merkel machten uns glaubhaft, den traumatisierten und entwurzelten Menschen helfen zu müssen. Somit habe ich eine ehrenamtliche Fahrradselbsthilfewerkstatt gegründet, allerdings mit der Besonderheit, genauso für deutsche Bedürftige da zu sein. Das brachte uns zwar viel Zuspruch, in der Praxis wurde unserem Projekt aber finanzielle und politische Unterstützung verwehrt, für die gibt es nämlich ausschließlich für Flüchtlinge. Wir haben dann, unter dem Bedauern vieler Bürger, nach neun Monaten aufgegeben. Es blieb aber ein unschätzbarer Erkenntnisgewinn über Flüchtlingsdarsteller, einsame Senioren und „Menschengeschenke“, politische Akteure, muslimische Flüchtlingshelfer im Dienst der Kirche und träger Verwaltung, die fast alle auf eigene Rechnung wirken.



Fotos (3): Gehrke

Gescheitert: Ehrenamtlich betriebene Fahrradselbsthilfewerkstatt für Asylsucher und Deutsche

Fahrräder will er haben, diesen Wunsch teilt der afghanische Asylbewerber mit fast allen Besuchern unserer Werkräume. Des Deutschen nicht mächtig, hat er außer verschleierter Frau und Tochter nun auch seine deutsche „Nanny“ mitgebracht. Eine kinderlose Seniorin, die sich ehrenamtlich um die Erfüllung der Wünsche von 160 Afghanen bemüht. Kurz zuvor stellte sich heraus, dass er bereits Räder von uns erhalten hat, nun will er sich bei der Stadt beschweren.

Zorn und verbale Kraftmeierei scheinen ein bedeutender Wesenszug zu sein, um den Weg nach Deutschland zu ebnen. Die Kopftuch tragende Anhängerschaft seines zahnlosen Landsmanns zuckt zusammen, nun sollen sie Fahrräder mitnehmen. Sie haben nie eine weltliche Schule von innen gesehen. Zwei seiner Kinder sind geistig behindert. Eine fast unsichtbare kleine Frau im grauen Mantel senkt den Blick und zieht sich das schwarze Kopftuch ins Gesicht. Sie ist deutlich jünger als ihr Mann. Tiefe Falten haben sich um ihre Mundwinkel herum eingegraben und zeugen von einem freudlosen Leben. Sie weigert sich, Männern die Hand zu geben.



Nicht einmal als Hilfskraft geeignet: Immigranten ohne handwerkliche Begabung

Ahmad aus Eritrea ist ein zarter junger Mann und hat bei der Armee als Farmer gedient. Knechtschaft und Perspektivlosigkeit spülten ihn an den Strand einer griechischen Insel. Längst vergessen ist die entbehrungsreiche Anreise ins „Merkel-Land“ und die daheim gebliebene junge Familie. Eine deutsche Seniorin freut sich über dieses „Menschengeschenk“, Hand in Hand flanieren sie nun durch die Einkaufsstraße. Einige dieser freiwilligen Helfer haben bereits Asylsucher bei sich wohnen, denn das Amt zahlt zuverlässig und ist gut versichert.

Im August 2015, die Flüchtlingskrise erreichte täglich neue Höhepunkte, kam ich durch eine Falschmeldung in der Zeitung zu dutzenden Spendenfahrrädern. Ein Reporter leitete durch meine Tätigkeit als Fahrradkursleiter ab, ich würde nun Räder für Flüchtlinge sammeln. Fremde riefen bei mir an, und um diese Wohltäter nicht zu enttäuschen, holte ich die Räder mit einem Miet-Lkw ab. Die Stadtverwaltung half schnell und unbürokratisch, indem ich in einem alten Kinofoyer eine Unterstellmöglichkeit erhielt. Ein fahrradbegeisterter Rentner kam mit seinem Werkzeug hinzu und schon war die ehrenamtliche Fahrradwerft geboren. Was als freiwillige Zwei-Mann-Privatinitiative startete, entwickelte sich schnell zum sozialen Treffpunkt der gelebten Integration, denn Menschen aus über 20 Nationen kamen hier miteinander ins Gespräch und Freundschaften entstanden. Um Rassismus keinen Raum zu geben, praktizierten wir gemäß Gleichbehandlungsgrundsatz eine Gleichstellung deutscher Bedürftiger mit Flüchtlingen, denn die Integration der Zuwanderer funktioniert nicht als geschlossene Gesellschaft, sondern nur in Kontakt mit den Einheimischen. Wir definierten uns somit nicht nur durch die Integrationsarbeit als sozial nachhaltig, sondern auch durch die Reparatur und Aufarbeitung gebrauchter Fahrräder zusammen mit den Flüchtlingen. Dadurch trugen wir zur Wertschätzung, Werterhalt und zur Abfallvermeidung der gespendeten Güter und zudem zur umweltfreundlichen sportlichen Mobilität der Bürger bei. Die undogmatische Transparenz, im Auftrag des Spenders rein ehrenamtlich ohne wirtschaftliche oder politische Interessen zu wirken, bescherte uns eine Popularität bei der Bevölkerung, die in Form von stetigen Rad- und Materialspenden, moralischer Unterstützung und einem steigenden Mitarbeiterstamm messbar war. Der Politik und der Asylindustrie wurden wir jedoch zunehmend unheimlich.

Bereits wenige Wochen nach Eröffnung der Fahrradwerft erhielt ich vom Bürgermeister die fristlose Kündigung unserer Werkräume, dort sollten nun Parkbänke vom Bauhof gelagert werden. Diese Entscheidung musste er zwar auf öffentlichen Druck hin kassieren, ignorieren konnte er uns nun aber nicht mehr. Bei einem durch engagierte Facebook-Nutzer „erzwungenen“ Besuch des Bürgermeisters in der Fahrradwerft sicherte er uns seine Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach neuen Werkräumen zu, obwohl sich Vertreter der Wirtschaft bei ihm über unser Treiben beschwert hätten. Unsere Werkstatt in bester innenstädtischer Einkaufslage, die den Bürger mit alten Fahrrädern beschenkte und in einer städtischen Immobilie saß, die verkauft werden sollte, wurde zum Politikum. Es ging aber in Wahrheit nicht um die gebrauchten Räder, die auch deutschen Bedürftigen zugutekamen. In der Realität waren wir mit unserem erfolgreichen Bürgerengagement weder für das Rathaus noch für die Asylindustrie kontrollierbar und wuchsen ungewollt zu einem unberechenbaren Faktor heran. Vom Bürgermeister und seinen Versprechen hörten wir nichts mehr. Anfragen, auch über Facebook, wurden nicht beantwortet.

Von den 400 Immigranten, die wir neben deutschen Bedürftigen kostenlos mit gespendeten Fahrrädern versorgten, war nur eine Handvoll handwerklich begabt genug, um als Hilfskraft auf dem deutschen Arbeitsmarkt je eine Chance zu haben. So ging unser pädagogisches Konzept als Selbsthilfewerkstatt bei den Flüchtlingen nur bedingt auf, denn den meisten schien das Hackebeil vertrauter zu sein als der Schraubendreher.

Fordernd auftretende Zuwanderer waren zwar in der Minderheit, sie werden aber gern unterstützt von grauköpfigen deutschen Gutmenschen, die sich bei ihren monatlichen Treffen beratschlagen, wie Abschiebungen in sichere Herkunftsländer noch rechtlich verhindert werden können und Anwälte bemühen, ob eine Konversion zum christlichen Glauben Bleiberecht beschert, oder Verhaltenstipps für eine erfolgversprechende Anhörung ihres Schützlings beim Amt geben. Die Wahrheit bleibt dabei oft auf der Strecke. Gegenwärtig wird eine Unterschriftensammlung mit Protestmarsch organisiert, um eine muslimische Familie vor der Abschiebung in den Kosovo zu bewahren. Auch der Umgang mit vermeintlichen Gegnern ist dort immer wieder Thema: Informationsveranstaltungen der AfD sind durch „Beratung“ der Gastwirte, die dieser demokratisch gewählten Partei schon Räume zugesichert hatten, mehrfach verhindert worden. Dabei ist dieses Vorgehen bestens geeignet, selbst Nichtwähler zu mobilisieren und erinnert an Deutschlands dunkle Zeit der Unfreiheit.

Ein umtriebiger Landespolitiker der gelben Partei organisiert möblierte Wohnungen und besorgt das materielle „Rundum-Wohlfühl-Paket“. Dank der Spendenfreudigkeit von Firmen und Privatmenschen gibt es in seinem Lager alles, was das Herz eines ausländischen Schützlings begehrt. Eintritt frei für Kultur, Bücherei und Sportverein, der Ruheständler ist in seinem Heimatort bestens vernetzt. Fahrradspenden werden an einen befreundeten Unternehmer geliefert, vielerlei Aufträge an hiesige Firmen vergeben, denn die heimische Wirtschaft soll schließlich auch von den Flüchtlingen profitieren. Der befreundete Unternehmer verkauft die Räder – bezahlt mit Spendengeldern – ausschließlich an Flüchtlinge. Für die Imagepflege werden regelmäßig Jubelreportagen über die guten Taten einzelner Akteure der „Begrüßen und Begleiten Community“ in den Medien platziert.

Dieser Geldsegen sei für die ehrenamtliche Fahrradwerft unerreichbar, bedauert der Integrationsbeauftragte der Stadt. Umrahmt von Gruppenbildern meist männlicher Flüchtlinge sitzt er in seinem winzigen Büro im dunklen Keller einer ehemaligen Schule. Sein massiger Leib lehnt sich zurück, der Bürostuhl ächzt. Der von ihm verwaltete üppige Spendentopf sei nun mal zweckgebunden, eben nur für Flüchtlinge, seufzt er. Jetzt gähnt er, sein Blick fixiert eine Tabelle auf dem Computerschirm, „Ehrenamt ist Ehrenamt“ murmelt er. „Ehrenamt ist eine Erfindung des Rathauses“, hatte ich vorher anlässlich meines Vorsprechens bei ihm bemerkt, bereits elf Monate saß ich auf meinen Auslagen für den Betrieb unserer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt. Unsere Betriebsweihnachtsfeier wurde vom späteren Käufer der Immobilie der Fahrradwerft, einem türkischen Gastwirt, spendiert. Die Gutmenschen, die gerne und reichlich Räder für ihre ausländischen Schützlinge kassierten und der Hüter des Spendentopfes zeigten sich nicht zuständig, da auch deutsche Gäste dabei waren.



Vor Jahren, mithilfe lokaler linker Aktivisten und dem „Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit“ auf diese neu geschaffene Stelle des Integrationsbeauftragten gehievt, schien für ihn mit zwei Stunden Sprechzeit pro Woche ein Hineindämmern in den Ruhestand garantiert zu sein. Diese Behäbigkeit steht für weite Teile kommunaler Behörden, die den Flüchtlingsstrom in der „Wir schaffen das“-Ära nur mit Hilfe einer Heerschar ehrenamtlicher Helfer eher schlecht als recht beherrschen konnten. Viele freiwillige Helfer aus dieser Zeit haben bereits resigniert oder aufgrund eigener Erlebnisse Merkels Lüge vom „hochqualifizierten Kriegsflüchtling“ durchschaut. Nicht auszudenken, was passiert, wenn Millionen afrikanischer Glücksritter, die sich auf dem Weg nach Europa befinden, in Deutschland ankommen. Im kommunalen Auftrag wurden daher bei zwei kirchlichen Sozialkonzernen vier neue Stellen für Flüchtlingsbetreuer geschaffen. Sie sollen ein Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen und Behörden sein. Nun sehen sich aber die ehrenamtlichen Helfer als Wegbereiter des Glücks ihrer Schützlinge der Daseinsberechtigung beraubt und fühlen sich von der Behörde übergangen. Ein heftiger Streit über Kompetenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt lähmt seitdem die konstruktive Integrationsarbeit.

Mittlerweile zum sozialen Treffpunkt geworden, war nach neun Monaten Schluss mit der Fahrradwerft. Die Stadt kündigte uns die Räume in dem alten Kinofoyer, der Verkauf war vollzogen. Trotz intensiver Suche mit zugesicherter Unterstützung aus Politik und Verwaltung gelang es nicht, neue Werkräume für unser ehrenamtliches Selbsthilfeprojekt zu finden und unseren Fortbestand zu sichern. Sogar Vertreter der grünen Partei zollten unserem Integrationsprojekt Anerkennung, da sie sahen, dass wir mit unserer Arbeit zum sozialen Frieden in ihrer Stadt beitrugen. Mit Blick auf die Förderungswürdigkeit rieten sie aber: „Du kannst ja auch für deutsche Bedürftige da sein, darfst es aber keinem sagen!“

Aber gerade mein Hauptanliegen, bei der Fürsorge die eigenen Landsleute nicht zu vergessen und uns nicht korrumpieren zu lassen, kam bei den Bürgern gut an und machte uns so erfolgreich. Denn Integration funktioniert nur zusammen mit Einheimischen. Die Bevölkerung versorgte uns mit Materialspenden bis zum letzten Arbeitstag. Andererseits musste jedem klar sein, dass ein derartiges Projekt der gelebten Integration ehrenamtlich und ohne finanziellen Hintergrund auf Dauer keinen Bestand haben konnte. Für die Asylindustrie waren wir vom ersten Tag an ein wirtschaftlicher Schadensfaktor. Mein Bemühen, die Idee nicht sterben zu lassen und zwei unserer besten Mitarbeiter bei einem sozialen Träger in Arbeit zu bringen, scheiterte zwar an der herrschenden Politik, erweckte aber beim „Diakonieverein Migration“ Interesse.

Dort gibt es nun eine Fahrradwerkstatt mit völlig neuem Konzept, integriert in das Netzwerk des einflussreichen Politikers der gelben Partei und Teil der Asylindustrie. Gewinnorientiert, förderungswürdig und politisch korrekt: Nur für Flüchtlinge, Deutsche unerwünscht! *Thilo Gehrke*

Die heimlichen Herrscher

Wie vorwiegend US-amerikanische Unternehmensberater den deutschen Staat umkrempeln

Sind Deutschlands Beamte wirklich so mies? Ohne externe Berater läuft kaum noch etwas im Staatsapparat. Bei der Bundeswehr gehen sie ebenso ein und aus wie in der Agentur für Arbeit oder im Finanzministerium. Kritiker warnen: Die zumeist US-amerikanischen Firmen entwickeln sich zu heimlichen Herrschern der Republik. Milliardenteure Fehlberatungen gehen außerdem auf ihr Konto.

Herrliche Zeiten sind das: England sagt Goodbye zur EU, Trump sagt Hello zum Weißen Haus. Hundertausende Asylsucher haben an Europas Stränden ein frohes Salam Aleikum auf den Lippen, und die Zinsen auf diverse Finanzanlagen haben sich grußlos davongemacht. Jetzt ist guter Rat teuer. Die Berater von McKinsey, Roland Berger, A. T. Kearney und Co. streichen großartige Gewinne ein, wenn sie antreten, die besorgte Kundschaft durchs Welten-Chaos zu lotsen. Für 2016 wird mit einem zweistelligen Umsatzplus gerechnet. Alles deutet darauf hin, dass es im nächsten Jahr so weitergeht. „Gewinnmargen von 40 oder gar 50 Prozent sind drin“, staunt Szene-Kennerin Bianka Knobloch von der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Management und Beratung im „Manager-Magazin“.

Zu den spendabelsten Auftraggebern gehört der Staat. 2,5 Milliarden Euro ließ er sich den Profirat aus der Privatwirtschaft im letzten Jahr kosten, mehr als doppelt so viel wie noch zehn Jahre zuvor.

Fast alle Beratungsunternehmen halten mittlerweile eigene Teams für öffentliche oder halböffentliche Auftraggeber bereit. Sie sitzen in Bundesministerien, Länderregierungen, Stadtverwaltungen, Krankenhäusern und Kirchen. Gleich vier verschiedene Consulting-Unternehmen sollen den 9000 Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zeigen, wie die Asylflut zu bewältigen ist. Seit Oktober 2015 sind die Leute von McKinsey am Werk, seit November 2015 die Kollegen von Roland Berger und seit Dezember 2015 die Ernst-&-Young-Mitarbeiter. Der IT-Dienstleister Atos hilft zudem, eine Asyl-Software zu programmieren.

Am ratlosesten scheinen derzeit allerdings Ursula von der Leyen und ihre Mitstreiter im Bundesverteidigungsministerium zu sein. In den nächsten vier Jahren haben sie 300 Millionen Euro für Beratertätigkeiten eingeplant. Der ineffiziente Rüstungsbereich soll auf Vordermann gebracht werden. Die Branche jubelt. Einen Auftrag dieser Größe gab es selbst aus der Privatwirtschaft noch nie, heißt es. Besonders gute Chancen auf der Bonner Hardthöhe dürfte sich wohl McKinsey ausrechnen. Ursula von der Leyens Staatssekretärin Katrin Suder gehörte bis vor zwei Jahren als Direktorin selbst zur Truppe des weltweit tätigen US-Unternehmens.

Insgesamt sind es etwa sechs Beraterfirmen, die sich zwei Drittel aller Aufträge aus der Bundesverwaltung teilen. Eine Konzentration, die jüngst auch der Bundesrechnungshof rügte. Das Risiko der Fremdsteuerung sei besonders hoch, „wenn einzelne Beratungsunternehmen ressortübergreifend von Dienststellen des Bundes beauftragt werden“. Es bestehe grundsätzlich die Gefahr, dass sich die Gestaltungskompetenz des verwaltungseigenen Personals zu sehr auf externe Berater verlagere. Mit anderen Worte: Haben sich diese Leute erst einmal festgesetzt, beeinflussen sie den Staat nicht nur wie es Lobbyisten tun, sondern gestalten ihn in ihrem Sinn um.

> Die Bürger sind die Leidtragenden

Vom „Berater-Staat“ spricht bereits der Wirtschaftsexperte und Publizist Werner Rügemer („Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft“). Er gilt als einer der schärfsten Kritiker der Branche. Für ihn bilden ihre Mitglieder eine Privatarmee von weltweit etwa einer Million hochbezahlter Profis, die Globalisierung und Privatisierung vorantreiben. Die marktbeherrschenden Firmen haben ihren Sitz meist in den USA. Fast alle vertreten einen besonders aggressiven betrieblichen Kapitalismus. In der Privatwirtschaft sollen die Produktionskosten eines Unternehmens soweit wie möglich auf die Angestellten, die Umwelt, die jeweiligen Standorte, die Kommunen und den Staat abgewälzt werden. Im öffentlichen Sektor geht diese Sparstrategie meist zulasten des Bürgers. Rügemer macht dies am Beispiel des US-Beratungsunternehmens Accenture und seiner Tätigkeit im Bereich elektronische Verwaltung deutlich. Bei der Post, in der Zollverwaltung, im Finanzministerium und in diversen Stadtverwaltungen war das Unternehmen bereits tätig. Sein Ideal ist der Bürger, der niemals persönlich im Amt vorspricht. „Zeichenhaft und lautlos verkehrt er via Internetanschluss mit der digitalisierten Öffentlichkeit. Brav und geduldig wartet er auf eine Antwort“, so Rügemer.

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, beschreibt in seinem Bestseller „Deutschland in Gefahr“, was passiert, wenn „moderne“ Unternehmenskonzepte bei den Gesetzeshütern Einzug halten. Plötzlich geht es um „Steuerung durch Kennzahlen, Führung mit Zielvereinbarungen, Qualitätsmanagement und Leitsätze. Die Polizeiarbeit wird zum Produkt. Menschen, die Schutz und Hilfe suchen, sind plötzlich nicht mehr Träger von Grundrechten, sondern schlicht Kunden“. Sein Fazit: Die Polizei wird so an den Rand der Handlungsunfähigkeit geführt.

Auch anderswo unterliefen den hochbezahlten Problemlösern – McKinsey-Mitarbeiter-Tagessatz beim Bamf: 2700 Euro – schwerwiegende Fehler. In einem Gutachten sagten die Berater von „Roland Berger Strategy Consultants“ dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder 40 Millionen Besucher für die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover voraus. Es kamen nur 18 Millionen. Das Land Niedersachsen und der Bund mussten bis ins Jahr 2012 die dadurch entstandenen Milliardenschulden abzahlen.

Frank Horns



Jung, dynamisch, allwissend? Die Ex-McKinsey-Beraterin Katrin Suder, jetzt Rüstungsstaatssekretärin, inspiziert die Truppe

Bild: action press

MELDUNGEN

Gesundheitsfonds wird geplündert

Berlin – Der Bundestag muss rund 1,5 Milliarden Euro extra für die Krankenversicherung der Asylbewerber bereitstellen. Grund ist eine Unterdeckung bei den Krankenversicherungsträgern. Für jeden Hartz-IV-Bezieher und somit auch für viele Asylbewerber zahlt der Staat pauschal 90 Euro monatlich an die Krankenversicherungen. Allerdings verursachen Asylbewerber im Durchschnitt mindestens 136 Euro monatlich an Heilkosten. Das ergibt eine durchschnittliche monatliche Unterdeckung von 46 Euro. Die jetzt vom Parlament zusätzlich bereitgestellten 1,5 Milliarden Euro werden den Reserven des Gesundheitsfonds, der aus Beiträgen der 53 Millionen gesetzlich Krankenversicherten bezahlt wird, entnommen. *J.H.*

Fliegende Spezialkräfte

Berlin – Das Heer hat welche, die Marine auch, nur die Luftwaffe hatte bisher keine Spezialkräfte. Das war natürlich ein unhaltbarer Zustand für die Angehörigen von „Team Luftwaffe“, als das sich die deutschen Luftstreitkräfte in der Werbung präsentieren. Damit sie mit den beiden anderen Teilstreitkräften mithalten können, hat Generalinspekteur Volker Wieker jetzt per Weisung verfügt, dass die Angehörigen der 4. Staffel des Hubschraubergeschwaders 64, das hauptsächlich für die Spezialkräfte der Bundeswehr fliegt, künftig ebenso wie die KSK-Soldaten des Heeres und die Kampfschwimmer der Marine organisiert und geführt werden und somit als Spezialkräfte gelten. Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr ist die streitkräftegemeinsame Führungseinrichtung der Spezialkräfte der Bundeswehr auf der operativen Ebene und nunmehr auch für die neuernannten Spezialkräfte der Luftwaffe zuständig. *J.H.*

Einer von fünf Sternen

Bayerns Ministerpräsident Seehofer empfängt BdV-Präsidium

Horst Seehofer (CDU), Ministerpräsident des Freistaates Bayern, hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) zu einem Meinungsaustausch empfangen. Dabei wurden „in positiver Atmosphäre“, wie es aus dem Kreis der Teilnehmer hieß, zentrale Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler offen angesprochen. Das BdV-Präsidium dankte Seehofer für die Würdigung und Förderung dieser Anliegen durch den Freistaat Bayern.

BdV-Präsident Bernd Fabritius erklärte: „Wenn die Vertriebenen und Spätaussiedler, wie 2012 beim Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl geschehen, vom Ministerpräsidenten als einer der fünf Sterne im Fünf-Sterne-Land Bayern bezeichnet werden, dann motiviert das ungemein.“ Bayern gehe in vielen Bereichen mit gutem Beispiel voran – etwa beim Beitrag der Bundesländer zur Kulturförderung nach Paragraf 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes oder beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung.

Der Ministerpräsident betonte, dass das nach wie vor unermüdliche Engagement der Vertriebenen und ihrer Verbände im Bereich der Verständigungspolitik aus bayerischer Sicht ein Grundstein für die derzeitigen partnerschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Tschechien sei. „Heute ist es fast Normalität, dass der tschechische Ministerpräsident zu Veranstaltungen nach Bayern reist“, so Seehofer.

Einen breiten Raum in dem Gespräch nahmen der Informationsaustausch zum steigenden Risiko der Altersarmut bei Spätaussiedlern, auch im Hinblick auf die Rentendiskussion, sowie die Bewertung der innen- und außenpolitischen Lage ein. Für die Zukunft sicherte Seehofer weiterhin den Rückhalt des Freistaates Bayern bei den berechtigten Anliegen des Bundes der Vertriebenen zu. *PAZ*



Foto: BdV

Das Präsidium des BdV mit Horst Seehofer (v.l.): Stephan Rauhut, Renate Holznagel, Albrecht Schläger, Stephan Mayer, Bernd Fabritius, Stephan Grigat, Horst Seehofer, Waldemar Eisenbraun, Reinfried Vogler, Milan Horacek, Christian Knauer und Oliver Dix

Euro-Kritiker auf Platz 10

Frank Schäffler auf NRW-Landesversammlung der FDP gewählt

Lange lief die Landeswahlversammlung der nordrhein-westfälischen FDP in Neuss gemäß den Wünschen des Bundes- und Landesvorsitzenden Christian Lindner. Die Delegierten wählten ihn mit großer Mehrheit an die Spitzen der Listen für die Landtagswahl im Frühjahr und die Bundestagswahl im Herbst. Hinter dem umjubelten Frontmann wurden allesamt willige Gefolgsleute Lindners gewählt.

Beim Kampf um Platz zehn der Bundestagsliste kam es dann aber doch noch zum großen Knall. Für den Platz hatte sich wie zuvor lange angekündigt der Euro-Kritiker Frank Schäffler beworben. Der Haushaltsexperte gilt als einer der wenigen verbliebenen Exponenten des rechten Parteiflügels. Mit seiner dezidierten Haltung zur sogenannten Griechenlandrettung durch die Bundesregierung hatte er zwar die Parteiführung um Lindner des Öfteren verstimmt, dafür aber viel Zuspruch von der Basis erhalten. Ursprünglich war auch die Landesführung damit einverstanden gewesen, dass Schäffler auf dem Platz kandidierte, der bei einem Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde möglicherweise, aber keinesfalls sicher für ein Bundestagsmandat reichen könnte.

Aber wenige Stunden vor dem Beginn der Versammlung entzog der Vorstand urplötzlich seine Unterstützung und nominierte stattdessen mit Jasmin Wahl-Schwentker eine nahezu unbekannte Gegenkandidatin. Hinter den Kulissen soll der einflussreiche Parteivize Wolfgang Kubicki die Strippen gezogen haben. Der Schleswig-Holsteiner gilt als Verfechter rot-gelb-grüner Ampelkoalitionen, wie sie die FDP unlängst in Rheinland-Pfalz eingegangen ist. Doch das Vorhaben ging schief, Schäffler setzte sich hauchdünn durch und wurde von nicht wenigen Delegierten frenetisch gefeiert. „Das FDP-Establishment wirft Schäffler Populismus vor und hat das Problem, dass Schäffler innerhalb der Partei längst nicht mehr so isoliert ist, wie die Funktionäre es gerne hätten“, analysierte die „Rheinische Post“ und bezeichnet Schäffler als „einzig wahren Gegenspieler“, den Lindner noch habe.

> Vorstand nominierte kurzfristig eine Gegenkandidatin

Innerhalb der Partei wächst die Angst, der Wahlkampfzug des Jahres 2017 könnte an den Liberalen vorbeifahren. Sie hat bisher weder zur Asylkrise noch zur inneren Sicherheit überzeugende Alternativkonzepte vorgelegt, auch bei ihrem früheren Leib- und Magenthema Steuern bleibt sie merkwürdig still. Derzeit wirkt es, als würde die Partei sich auf ihre Rolle in den 90er Jahren zurückziehen wollen, als sie ohne inhaltliches Profil zur bloßen Mehrheitsbeschafferin verkam.

Das Kalkül von Lindner und seinem Chefstrategen Kubicki ist offensichtlich. Irgendwie will man von der Unzufriedenheit mit den Etablierten profitieren. Aber nicht zu laut und vor allem ohne sich irgendwelche Optionen zu verbauen. In Nordrhein-Westfalen benötigt Hannelore Kraft nach jetzigem Stand einen zweiten Partner, um Rot-Grün fortsetzen zu können. Auch für ein Jamaika-Bündnis mit CDU und Grünen werden Lindner Sympathien nachgesagt. Auf der Bundesebene reicht es derzeit nicht einmal für eine Große Koalition. Auch hier stünde die FDP für eine Regierungsbeteiligung zur Verfügung. „Wir legen uns auf nichts fest“, sagte Linder kürzlich. Das scheint auch für die Inhalte zu gelten. *Peter Entinger*

Steuerspirale nach unten

May, Orbán und Trump kündigen Senkungen der Unternehmensabgaben an

Nachdem bereits die britische Regierungschefin Theresa May für ihr Land die niedrigsten Unternehmenssteuern innerhalb der G-20-Nationen angekündigt hat, zieht nun der ungarische Regierungschef Viktor Orbán nach.

Noch unter Theresa Mays Vorgänger David Cameron war eine Absenkung der Körperschaftssteuer auf 17 Prozent bis zum Jahr 2020 beschlossen worden. Inzwischen hat die derzeitige Regierungschefin angekündigt, sie wolle die Unternehmenssteuern in Großbritannien auf den niedrigsten Satz innerhalb der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer absenken. Über Details des Vorhabens hat inzwischen der „Daily Telegraph“ berichtet. Demzufolge will May die Körperschaftssteuer sogar unter 15 Prozent drücken. Würde der Plan umgesetzt, könnte aus der Gruppe der 15 alten EU-Mitglieder nur Irland mithalten.

Beobachter werten die bekannt gewordenen Steuerpläne vor allem als Versuch, nach dem Brexit-Referendum die Abwanderung von Firmen zu verhindern. Die Verwandlung Großbritanniens zu einem Niedrigsteuerland könnte allerdings sogar zu einer Überkompensation führen, sprich dass Firmen sogar ihren Standort auf die Insel verlagern. Erste Anzeichen für einen Erfolg dieses Konzepts gibt es bereits. So hat etwa die Internetfirma Facebook angekündigt, ihre Aktivitäten in Großbritannien ausbauen zu wollen.

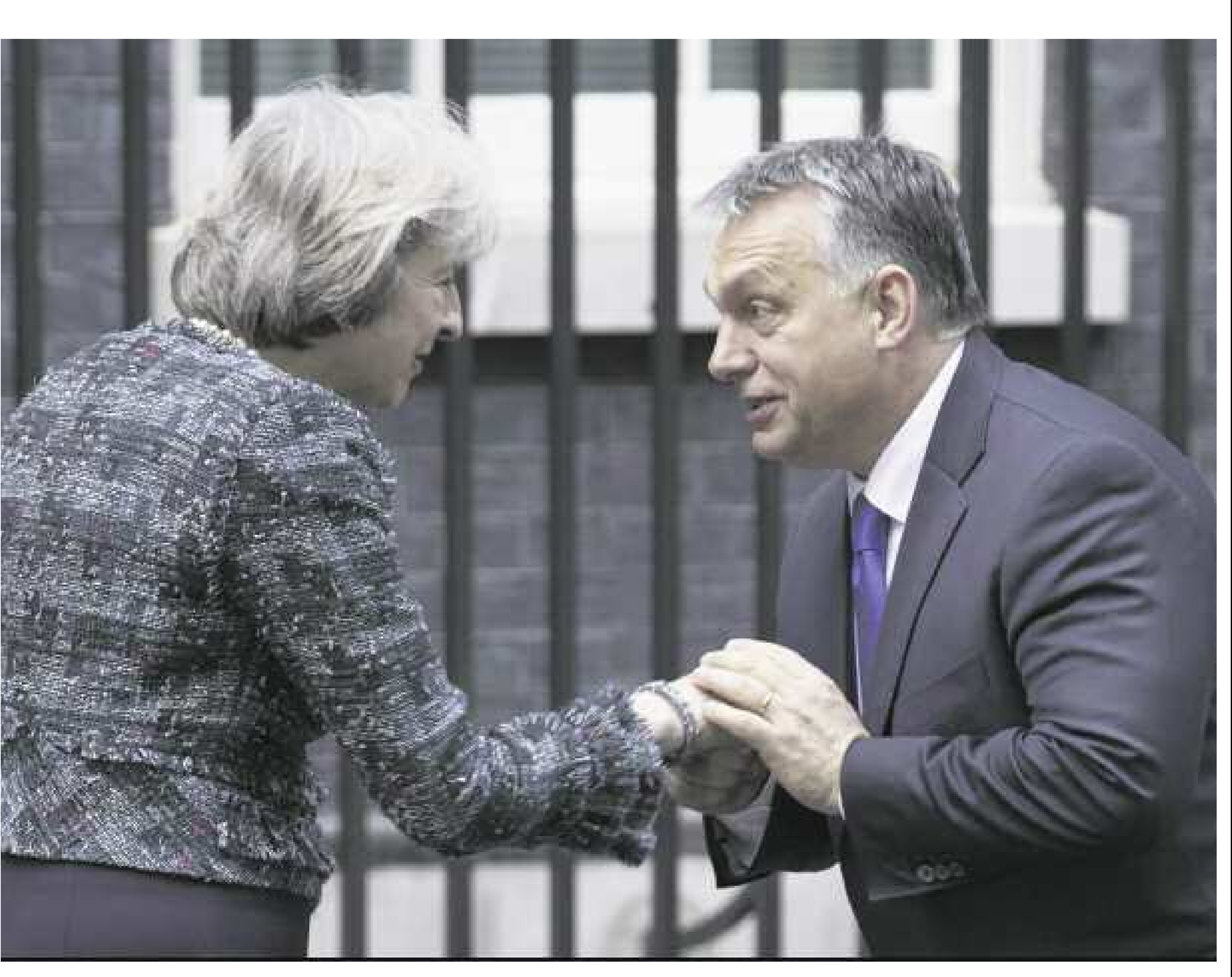
Wien denkt darüber nach, nolens volens nachzuziehen

Überraschend kündigte Viktor Orbán an, den ohnehin schon niedrigen Körperschaftssteuersatz von derzeit 19 Prozent im nächsten Jahr auf neun Prozent senken zu wollen. Ungarn würde sich mit diesem Schritt zum Steuerparadies Nummer eins in Europa entwickeln. Derzeit haben Irland, Bulgarien und Zypern die niedrigsten Sätze. Zwar muss sich Ungarn zunächst auf Steuerausfälle von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr gefasst machen, doch rechnet man in Budapest mit langfristigen Vorteilen. So hofft man in Budapest, dass der niedrigste Steuersatz in der EU mehr internationale Firmen nach Ungarn lokken wird. Zudem will die ungarische Regierung die Konzerne dazu bringen, einen Teil des durch die Steuersenkung gesparten Geldes über höhere Löhne an deren Mitarbeiter weiterzugeben. Um das zu erreichen, soll in Ungarn der gesetzliche Mindestlohn angehoben werden. Hintergrund dieser Doppelstrategie aus Steuersenkungen und Lohnerhöhungen ist eine Entwicklung, die im Ausland bislang nur sehr wenig wahrgenommen wird: Ungarn, aber auch Bulgarien und Rumänien leiden aufgrund einer seit Jahren anhaltenden Abwanderung nach Westeuropa mittlerweile unter einem akuten Fachkräftemangel.

Die ungarischen Steuerpläne drohen insbesondere Österreich unter Druck zu setzen. Bereits im Oktober ist durch einen Medienbericht bekannt geworden, dass man im Wiener Finanzministerium über eine Reduzierung der Körperschaftssteuer von derzeit 25 auf 20 Prozent nachdenkt.

Im US-Wahlkampf war eines der zentralen Versprechen Donald Trumps, die Steuern auf breiter Front zu senken, um damit neue Arbeitsplätze in den USA zu schaffen. Setzt sich diese Entwicklung fort, könnte eine Steuersenkungsspirale nach unten in Gang gesetzt werden, die sich nicht auf Europa beschränkt.

Norman Hanert



Einig in dem Bestreben, die Unternehmenssteuern zu senken: Die Regierungschefs Theresa May und Viktor Orbán Bild: Imago

Zeitzeugen



Antoine Deltour – Der ehemalige Mitarbeiter von PricewaterhouseCoopers (PwC) brachte vor einigen Jahren die Aufarbeitung des Finanzskandals Luxemburg-Leaks in Gang. Zusammen mit Raphaël Halet, einem anderen Ex-Mitarbeiter von PwC, spielte er einem Journalisten Tausende Dokumente über die Steuerpraktiken multinationaler Konzerne in Luxemburg zu. Eine Auswertung des Lux-Leak-Materials ergab, dass die Behörden Luxemburgs Großkonzernen systematisch geholfen haben, Milliarden an Steuerzahlungen zu vermeiden. Ein Luxemburger Gericht verurteilte Deltour Mitte 2016 im Zusammenhang mit der Weitergabe der Steuerunterlagen zu zwölf Monaten Haft auf Bewährung.

Donald Trump – Im August hat der designierte US-Präsident in einer vielbeachteten wirtschaftspolitischen Rede in Detroit eine Absenkung der Steuerlast in Aussicht gestellt: „Die Politik sollte insgesamt darauf abzielen, Jobs und Wohlstand in den USA zu halten. Ich plane, dass kein amerikanisches Unternehmen mehr als 15 Prozent seiner Einnahmen als Steuern bezahlt – anders gesagt, wir reduzieren die Steuern von 35 auf 15 Prozent.“



Theresa May – Die britische Premierministerin erklärte: „Mein Ziel ist nicht nur, die niedrigste Unternehmensteuer in der G 20 zu haben, sondern auch eine, die Innovationen umfassend unterstützt.“

Jean-Claude Juncker – Seit dem Beginn seiner Amtszeit sieht sich der EU-Kommissionspräsident Vorwürfen ausgesetzt, Luxemburg habe in seiner Zeit als Finanzminister und Ministerpräsident Steuerdumping zulasten anderer Länder betrieben. Der Luxemburger hat sich in der Vergangenheit immer wieder für einen Steuerwettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten ausgesprochen.



Wolfgang Schäuble – „Noch ist Großbritannien Mitglied der Europäischen Union“, meinte der deutsche Finanzminister, und sollten die Briten eines Tages nicht mehr der EU angehören, seien sie an die Vereinbarungen der G-20-Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer gebunden – „jedenfalls, wenn sie anständige Leute sind“.

Donald Trump auf den Spuren Ronald Reagans

Ein Kernpunkt im Wahlkampf Donalds Trumps war das Versprechen, eine umfassende Steuerreform in den USA durchzuführen. Wie bereits unter Ronald Reagan sollen die Steuersätze massiv sinken. Das Streichen von Vergünstigungen und Ausnahmeregelungen soll das Steuerrecht der Vereinigten Staaten zusätzlich vereinfachen.

Die Trump-Administration steht damit vor einer gewaltigen Herausforderung, samt der Gefahr eines Scheiterns. So wird die Steuer- und Wirtschaftspolitik Reagans bis heute kontrovers diskutiert. In der Amtszeit Reagans verdreifachte sich nahezu die Staatsverschuldung der USA von 997 Milliarden auf 2,8 Billionen US-Dollar.

Wenn Trump ein ähnliches Ausufern der Verschuldung vermeiden will, wird er mit Blick auf seine Steuersenkungspläne die Ausgaben des Staates reduzieren, aber auch neue Einnahmequellen erschließen müssen. Bereits unter dem aktuellen Präsidenten Barack Obama sind die gewaltigen Gewinne in den Blick der Politik gerückt, die US-Unternehmen im Ausland angehäuft haben. Laut einer Schätzung des Steuerausschusses des US-Kongresses haben Konzerne wie Apple, Google oder Amazon Gewinne von 2,6 Billionen Dollar außerhalb der USA geparkt.

Umfassende Steuerreform

Bei der „Repatriierung“ dieser gewaltigen Finanzreserven könnte Trump laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche“, eine steuerliche Regelung anwenden, die von der Exportnation Deutschland schon lange eingesetzt wird. Deutsche Exporteure profitieren davon, dass der deutsche Fiskus von ihnen von den im Ausland erzielten Gewinnen nur die dortigen Steuern verlangt. Dies hilft den deutschen Firmen, mit der Konkurrenz im Ausland mitzuhalten. Wenn dann entsprechend höhere Dividenden an in Deutschland lebende Aktionäre ausgezahlt werden, profitiert der deutsche Fiskus über eine entsprechend höhere Kapitalertragssteuer der Anteilseigner.

N.H.

Nur ein Extremfall

Luxemburg ist beim Steuerdumping die Spitze des Eisbergs

Mit Vorschriften zur Gurkenkrümmung hat sich die EU den Ruf erworben, auch noch das allerletzte Detail des Alltags regeln zu wollen. Erstaunlich erfolglos war man in Brüssel allerdings bislang dabei, sich in die Steuerpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten einzumischen. Trotz EU-Vorgaben, etwa bei der Mehrwertsteuer, haben die Mitgliedsstaaten auf dem wichtigen Gebiet der Unternehmensbesteuerung viel Gestaltungsspielraum behaupten können.

Wie weit dies in der Praxis gehen kann, machte der Luxemburg-Leaks-Finanzskandal im Jahr 2014 deutlich. Die damals bekannt gewordenen Dokumente zeigten, dass multinationale Konzerne im Großherzogtum jahrelang von Steuerabsprachen mit den dortigen Finanzbehörden profitiert haben. Als Resultat zahlten mehr als 300 große Unternehmen in Luxemburg weniger als ein Prozent Steuern. Was im Großherzogtum trotz der Ministeuern hängenbleibt, ist für das kleine Land als Einnahmequelle immer noch sehr lukrativ.

Wenige Jahre zuvor war bereits die Steuerpraxis von Irland in den Fokus gerückt. Im Jahr 2010 hatte das Land zur Stabilisierung seines maroden Bankensystems ein Rettungspaket von 85 Milliarden Euro erhalten. Auf Forderungen zur Anhebung der weit unter dem EU-Durchschnitt liegenden Unternehmenssteuern schaltete man in Dublin allerdings auf stur. So kritisierte der Unions-Politiker Michael Fuchs seinerzeit, es könne nicht sein, dass Irland Hilfe aus europäischen Finanztöpfen erhalte, „aber von seinen Bürgern und Firmen viel niedrigere Steuern verlangt“ als die helfenden Partner.

Michael Fuchs (CDU) protestierte, aber es bewirkte nichts

Es sind allerdings nicht nur Luxemburg und Irland, die bislang wenig Interesse gezeigt haben, auf einen Steuerwettbewerb mit anderen EU-Ländern zu verzichten. Eine wichtige Rolle in den Steuervermeidungsstrategien von Konzernen spielen häufig auch die Niederlande, ebenso Finanzplätze wie Gibraltar, Guernsey und Jersey.

Verschärft hat sich der Steuerwettbewerb noch durch die Osterweiterung der EU. Im Schnitt liegen die neuen EU-Mitglieder bei den Unternehmenssteuern deutlich unter den Werten der alten.

N.H.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die auf der Strecke bleiben

Senat spaltet die Gesellschaft: Schnelle Hilfe für Asylsucher – kaum etwas für Obdachlose



Die Vergessenen von Berlin: Ein Obdachloser hat sich auf einer Stele der früheren Berliner Mauer nahe dem „Chekpoint Charlie" auf einem Stück Pappe und einer Deutschlandfahne niedergelassen

Bild: pa

Der neue rot-rot-grüne Senat („R2G-Senat") denkt noch über seine Pläne für mehr günstigen Wohnraum in Berlin nach, da ist auf der Straße schon die nächste Krise in Sicht: Obdachlosigkeit, die Deutsche und andere EU-Bürger betrifft, nimmt zum Winter dramatische Formen an. Für die geschätzt 6000 Betroffenen reichen die weniger als 1000 Plätze der Berliner Kältehilfe nicht.

„Wohnen ist für uns ein Grundrecht", tönt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und Linkspartei. Wie viele bezahlbare Wohnungen Berlin benötigt, steht dort nicht. Die enorme Zuwanderung aus fernen Regionen hat die Stadt mit dem Bau zahlreicher neuer Unterkünfte beantwortet. Die neuen Wohnmodule für Immigranten will Berlin jedoch ähnlich wie die Metropole Hamburg nicht für Obdachlose öffnen. Eher bleiben die Container leer, auch wenn die Kosten weiter laufen.

Während der neue linke Senat über Mietbremsen philosophiert und verkündet, Mieten künftig am Einkommen auszurichten, drohen Menschen, die ganz ohne Einkommen sind, auf der Straße zu erfrieren. Dass Berlins in Landesbesitz befindliche Wohnungsfirmen ganze 3000 Sozialwohnungen pro Jahr bauen sollen, wie der Senat bekannt gab, muss wie Hohn für diejenigen klingen, die schon aus dem bestehenden landeseigenen Wohnraum ausgesperrt bleiben.

Eine Kurz-Besetzung des Amano-Hotels durch linke Aktivisten vergangene Woche bildete die Begleitmusik für die neuen sozialen Debatten um Wohnraum. Linke Kritiker des Senats und die neue R2G-Koalition selbst haben ein gemeinsames Feindbild: Investoren und Vermieter – auf sie soll Druck ausgeübt werden, genug günstigen Wohnraum in Bauprojekten einzuplanen und bisherige Bestände Bewohnern günstig anzubieten.

Hehre Versprechen zerbersten an elender Wirklichkeit

Dabei wirkt Berlins Politik gerade in ihrer scheinbar sozialen Stoßrichtung erheblich an Engpässen mit. Die Metropole ist als Hartz-IV-Hauptstadt bekannt. Die Politik hat mehr in Soziales als in Arbeit investiert. Mit dem absehbaren Bleiberecht für alle Asylsucher und (auch illegale) Zuwanderer, das Berlins Senat jetzt schafft, wird ein nicht mehr zu erfüllender Bedarf an günstigstem Wohnraum ausgelöst. Die Stadt wird zur Großwärmstube für Osteuropa, den Balkan und ungezählte weitere Zuwanderer – auch solche, die sich bislang in anderen Bundesländern aufhalten, und für die der Senat gerade weitere Anreize bereitstellt, an die Spree umzuziehen. Ob sich Berlin damit übernimmt, wird nicht diskutiert.

Die Hauptstadt steuert zudem in Richtung mehr Regulierung. Während in Deutschland politische Ansätze diskutiert werden, wie sich der Anteil der Immobilienbesitzer erhöhen lässt – sei es über steuerliche Förderung wie in der Vergangenheit, eine Eigenheimzulage oder Rabatt bei der Grunderwerbsteuer – steht der Hauptstadt ein erneutes Scheitern auf dem Berliner Sonderweg sozialer Lenkung bevor.

Die Wohnungslosen drohen als erste den Preis dieser Utopie zu zahlen. Ihre Verelendung beschleunigt sich. Im Tiergarten bilden sich regelmäßig wilde Lager, die der zuständige Grünen-Politiker Stephan von Dassel räumen lässt. Von Bedenken oder gar Widerstand seiner Partei wie im Fall des einstigen wilden Zuwandererlagers am Oranienplatz keine Spur. Dieses Mal geht es „nur" um EU-Bürger ohne Sozialhilfeansprüche. Zwar seien die Zustände „bemitleidenswert", so von Dassel, dulden dürfe man die Lager aber nicht, „zumal sich neben der Vermüllung die Tötung von dort lebenden Tieren zur Nahrungsbeschaffung häuft". Es gebe genug Notübernachtungsplätze, behauptet von Dassel.

Tatsächlich kann die seit 1989 bestehende Kältehilfe trotz gestiegener Nachfrage weniger Plätze anbieten als 2015. Da hilft auch nicht der jüngste politische Auftrag, die Plätze auf 1000 zu erhöhen. Seit Anfang November stehen 550 Plätze, mit Beginn des Dezembers 700 bereit. Der Bedarf sei aber höher, so Vertreter der beteiligten Sozialeinrichtungen. Man benötige zudem 25 Euro pro Schlafplatz, die Sozialverwaltung zahle aber nur 17. Es fehle vor allem günstiger Wohnraum, warnen die Helfer. Die Diakonie verzeichnet zudem einen Anstieg bei den „Arbeitsmigranten", Menschen, die ausgebeutet würden, und die sich keinen Schlafplatz leisten könnten. Die „Flüchtlinge" hingegen seien im Winter 2015/16 meist erfolgreich an Heime vermittelt worden.

So tritt genau jene soziale Spaltung ein, welche die neue Koalition zu bekämpfen vorgibt. Zwecks Tierschutz und der Beseitigung missliebiger Lager von deutschen Obdachlosen und solchen aus Osteuropa darf geräumt werden. Der Eindruck: Für sie sind Notquartiere nachrangig, für Fern-Zuwanderer dagegen steht dem gegenüber unbürokratisch über Vorschriften hinweg eine lange im Voraus bezahlte Unterkunft bereit. *Sverre Gutschmidt*

Alle Jahre wieder

Von Vera Lengsfeld

Beim Stadtbummel am 1. Advent fiel mir auf, dass erheblich weniger Fenster weihnachtlich geschmückt sind als noch vor wenigen Jahren. Das trifft besonders auf den Prenzlauer Berg zu, der in den 90ern noch eine Hochburg für Adventsdekorationen war, besonders von bunten, blinkenden. An den Fassaden waren damals zahllose kletternde Weihnachtsmänner befestigt. Im Vergleich dazu sehen die Straßen heute direkt nüchtern aus.

Auch die Weihnachtsmärkte sind viel weniger geworden. Dafür hat die Zahl der Wintermärkte zugenommen. Besonders Kreative sind auf „Adventsmarkt" ausgewichen, wie bei mir um die Ecke ein junges Kollektiv von Kunsthandwerkern, die sich auf einem alten Handwerkergelände niedergelassen und in den Backstein-Schuppen ihre Ateliers und Werkstätten eingerichtet haben.

Schon im Vorfeld gab es heftige Diskussionen um Weihnachtsbäume. Die traditionelle Tanne vor dem Roten Rathaus sollte nicht mehr aufgestellt werden. Der Noch-Bausenator Andreas Geisel war der Meinung, man sollte nur noch einen an Ort und Stelle gewachsenen Baum schmücken. Leider gibt es den dort nicht. Vermutlich wird der neue rot-rot-grüne Senat da bald Abhilfe schaffen. Im Augenblick verhindern die Bauarbeiten an der neuen U-Bahn, die das Regierungsviertel mit dem Alexanderplatz verbinden soll, Pflanzaktionen. Aber sollte die U-Bahn irgendwann wirklich einmal fertig sein, gibt es kein Halten mehr.

Beruhigend ist, dass sich das Angebot der Weihnachtsmärkte noch nicht wesentlich verändert hat. Es gibt immer noch Schokoladenweihnachtsmänner, Pfefferkuchen und Glühwein. Es ist nur leiser geworden. Die Dauerbeschallung mit amerikanischer Weihnachtsmusik hat stark nachgelassen. Das ist ein wohltuender Effekt der neuerdings erhobenen Gebühren. Es passt auch viel besser zu den Adventswochen, die ja eine stille Zeit sein sollen.

Mein Favorit unter den Märkten ist auch in diesem Jahr der zwischen Fernsehturm und Schlossbau. Inzwischen ist die Außenhaut des neuen Schlosses fertiggestellt und dominiert die Silhouette. Beim Glühwein kann ich mich über zwei Nachrichten freuen, die uns beschert wurden: Schinkels Bauakademie auf der anderen Seite der Spree, zu DDR-Zeiten abgerissen, um dem Außenministerium Platz zu machen, das schon wieder verschwunden ist, kann wieder errichtet werden. Auch für die Schlossarkaden am Spreeufer gibt es eine gute Chance zur Wiederauferstehung, nachdem das Einheits- und Freiheitsdenkmal an dieser Stelle nicht realisiert werden kann, weil die Mittel dafür wegen Kosten, die wieder mal aus dem Ruder zu laufen drohten, vom Bundestag gestrichen wurden. Wenn beide Vorhaben realisiert sind, ist die traditionelle Bebauung an dieser Stelle fast wieder hergestellt. Meine Vorfreude auf eine neue historische Mitte ist noch größer als die auf Weihnachten.

Privatschulen unter Feuer

Forscher beklagen Aussonderung armer Schüler per Gebühren

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat eine Studie vorgestellt, nach der die Auswahl der Schüler von Privatschulen verfassungswidrig ist. Gerade in Berlin ist der Anteil von Privatschülern höher als im Bundesdurchschnitt.

Das schlechte Abschneiden staatlicher Schulen bei bundesweiten Vergleichen lässt immer mehr Eltern die Flucht zu den Privaten antreten. Jeder zehnte der 340 000 Berliner Schüler besucht inzwischen eine Privatschule.

Herausgegriffen haben die WZB-Forscher unter anderem die „Metropolitan School" und die „Cosmopolitan School" in Mitte und dem Prenzlauer Berg. Die „Cosmopolitan School" verlange in der günstigsten Stufe 240 Euro monatlich – 135 Euro als Schulgeld (für die Grundschule) plus 105 Euro für das obligatorische Nachmittagsprogramm. Das halten die Gutachter für verfassungswidrig, da das Bundesverfassungsgericht 1987 festgestellt habe, dass Stipendien für Einzelne nicht genügten, um das Sonderungsverbot zu wahren. Eine Privatschule müsse „allgemein zugänglich sein, zwar nicht in dem Sinn, dass sie wie die öffentliche Schule jeden Schüler bei der Erfüllung allgemeiner Voraussetzungen aufnehmen muss, wohl aber in dem Sinne, dass sie grundsätzlich ohne Rücksicht auf deren Wirtschaftslage besucht werden kann". Die beiden in der Kritik stehenden Schulen verweisen darauf, dass sie „Flüchtlingskinder" aufgenommen hätten und auch sonst „international" seien. Yvonne Wende von der „Cosmopolitan School": „Weit über 45 Nationen sind aus den verschiedensten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Hintergründen repräsentiert. Wir sind auf diese Mischung besonders stolz." Beim WZB ist man jedoch der Auffassung, dass bei der Auswahl der Schüler solche bevorzugt würden, deren Eltern neben dem Schulgeld auch noch großzügige Spenden aufbringen könnten. Womit sie diese Behauptung stützen wollen, blieb offen.

Jeder zehnte Berliner Schüler besucht eine private Schule

Weiter heißt es in der Studie, der Berliner Verwaltungsvollzug sei „besonders mangelhaft", weil er den Privatschulen größte Spielräume einräume. Die Senatsverwaltung kündigte an, man wolle die WZB-Studie „einer eingehenden Betrachtung" unterziehen. Ein „soziale Mischung" wolle man „keinesfalls ausklammern". Dabei entspricht der Ganztagsunterricht der beiden in der Kritik stehenden Schulen den schulpolitischen Vorstellungen linker Parteien. *Hans Lody*

Tegel: Unterstützung wächst

Berliner Initiative will den alten Flughafen trotz BER offenhalten

Die vor allem von der Berliner FDP unterstützte Initiative „Berlin braucht Tegel" will bis März 2017 174 000 Unterschriften für ein Offenhalten des Flughafens Tegel sammeln. Aus Sicht der Initiatoren wird der Flughafen auch nach der Eröffnung des neuen Großflughafens BER weiter benötigt, um die steigenden Passagierzahlen zu bewältigen.

Der Senat hat bislang darauf verwiesen, dass der Bau des BER in Schönefeld nur unter der Voraussetzung genehmigt worden sei, dass die beiden innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel geschlossen würden. Nochmals bekräftigt wurde diese Sichtweise inzwischen durch den sich formierenden rot-rot-grünen Senat. Im Koalitionsvertrag heißt es, die Schließung Tegels sei „im Interesse der Lärmentlastung breiter Bevölkerungsschichten und wegen der Auflagen in der Planfeststellung des BER und der fehlenden Genehmigung des Betriebs des Flughafens Tegel nach deutschem Recht" erforderlich.

Sebastian Czaja, Generalsekretär der Berliner FDP, gibt sich dagegen überzeugt, dass ein Weiterbetrieb von Tegel möglich ist. Der vorliegende Schließungsbeschluss könne aufgehoben werden.

Volksabstimmung im Herbst 2017 angestrebt

Die Initiatoren des Begehrens führen vor allem wirtschaftliche Gründe für Tegel an: Unter anderem werde der neue Großflughafen bereits mit der Eröffnung unter Kapazitätsproblemen leiden. So sei der BER ursprünglich nur für anfangs 22 Millionen Passagiere im Jahr konzipiert worden. Bereits 2016 würden in Berlin aber 33 Millionen erwartet. Für 2030 würden gar bis zu 60 Millionen Passagiere prognostiziert.

Zudem droht nach Auffassung der Tegel-Befürworter dem Berliner Südosten und dem Umland mit der BER-Eröffnung ein Verkehrskollaps. „Schon jetzt ist die Stadtautobahn regelmäßig zugestaut, dann kommen noch mal 90 000 Fahrzeuge pro Tag hinzu", warnt Czaja.

Inzwischen deutet sich auch bei der CDU ein Umdenken an. So äußerte der CDU-Verkehrspolitiker Oliver Friederici, es müsse eine ergebnisoffene Diskussion darüber geben: „Man kann sich vorstellen, zwei Flughäfen zu betreiben." Gelingt es der Initiative „Berlin braucht Tegel" bis März, die notwendige Zahl von Unterschriften zusammenzubekommen, könnte es zur Bundestagswahl im Herbst 2017 zu einem Volksentscheid über die Zukunft Tegels kommen. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Ukip soll Geld zurückzahlen

Brüssel – Das EU-Parlament fordert rund 172 000 Euro von dem Parteiennetzwerk „Alliance for Direct Democracy in Europe" zurück, zu dem Europaabgeordnete der britischen Ukip-Partei gehören. Der Gruppe wird vorgeworfen, ihre Kampagne zum EU-Austritt Großbritanniens mit EU-Geldern finanziert zu haben. Gemäß den Regeln dürfen die im EU-Parlament vertretenen Gruppen Gelder der EU nicht für ihre nationale Arbeit nutzen. Auch die britische Wahlkommission hat Untersuchungen gegen Ukip angekündigt. Es soll geklärt werden, ob Ukip mit der Verwendung der Gelder gegen nationale Vorgaben zur Parteienfinanzierung verstoßen hat. *N.H.*

Großer Erfolg für 5-Sterne-Ableger

San Marino – Bei den Wahlen in dem vollständig von Italien umgebenen Kleinststaat San Marino ging die „San Marino Prima di Tutto", eine Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten, mit 42 Prozent als stärkste Kraft hervor. Auf dem zweiten Platz landete mit 31 Prozent das Bündnis einer liberalen mit einer linken politischen Gruppierung, namens „Adesso.SM". Unerwartet gut schnitt die dritte Koalitionsvariante „Movimento" ab, wobei der Erfolg vor allem auf das Konto von „Movimento Rete" geht, einer politischen Bewegung, die sich an der italienischen „5-Sterne"-Partei des Komikers Beppe Grillo orientiert. Rete wurde nach den Christdemokraten zweitstärkste Partei in dem Land, das bisher als unangefochtene linke Hochburg galt. Da keines der drei Koalitionsbündnisse eine absolute Mehrheit erreichte, gibt es noch eine Stichwahl. Mit Spannung wird erwartet, für welches Bündnis sich Rete dann aussprechen beziehungsweise wie deren Wähler entscheiden werden. *J.H.*

Rückschlag für »westliche Siegerjustiz«

Immer mehr Länder ziehen sich aus dem Internationalen Strafgerichtshof zurück – nun auch Russland

Russland, Südafrika, Burundi und Gambia verabschieden sich bereits vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Die Philippinen, Kenia, Namibia, der Tschad und Uganda spielen mit dem Gedanken, dem Beisliel zu folgen. Was sind die Ursachen? Und was werden die Folgen sein?

Für Russlands Präsidenten Wladimir Putin war es, von außen gesehen, ein reiner Verwaltungsakt: Er unterschrieb die Anordnung über den Austritt der Föderation aus der Vereinbarung zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag. Wörtlich heißt es da: „Der Vorschlag des Justizministeriums Russlands, kein Teilnehmer des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes zu sein, ist anzunehmen." Das Dokument erhielt mit der Unterzeichnung Rechtskraft, das Außenministerium wurde angewiesen, den UN-Generalsekretär darüber in Kenntnis zu setzen.

Diese Entscheidung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Fatou Bensouda, die Haager Chef-Anklägerin, die Wiedervereinigung der Krim mit Russland als „Okkupation" eines ukrainischen Territoriums bezeichnet hatte und ermitteln lässt, inwieweit Russland am Konflikt in der Ost-Ukraine beteiligt ist. Damit wendet sich der Strafgerichtshof erstmalig gegen eines der großen und mächtigen Länder dieser Welt. In den 14 Jahren seines Bestehens hat er bislang nur vier Urteile gefällt, samt und sonders gegen afrikanische Potentaten. Von zehn laufenden Ermittlungsverfahren richten sich neun ebenfalls gegen afrikanische Länder. Dabei ist die Oberste Anklägerin eine ehemalige Justizministerin aus dem afrikanischen Gambia. Für die bislang vier Urteile wendete der Strafgerichtshof eine Milliarde US-Dollar auf.

Dass in Den Haag bislang nur die Kleinen gehenkt wurden, hat gute Gründe. Wäre beispielsweise jemand auf den Gedanken gekommen, den US-amerikanischen Präsidenten wegen der seit Jahren andauernden Drohnenkriege in verschiedenen Ländern, die zweifelsohne ein Kriegsverbrechen darstellen, zur Rechenschaft zu ziehen, hätte ihm das Weiße Haus vermutlich die CIA auf den Hals gehetzt. Allerdings haben derzeit laufende Voruntersuchungen erhebliche Beweise für Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan erbracht, hauptsächlich wegen der Folterungen durch das Militär und wieder einmal der CIA. Staatsanwältin Bensouda zur französischen Nachrichtenagentur AFP (Agence France-Presse): „Die uns vorgelegten Informationen lassen schlussfolgern, dass die Militärs der US-Streitkräfte und der Central Intelligence Agency bei den Vernehmungen der Gefangenen zu Mitteln gegriffen haben, die nach Meinung der Kommission als Kriegsverbrechen eingestuft werden sollen. Dazu gehören unter anderem Folter, Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde sowie Gewalt."

Das US-Außenministerium wies solche Untersuchungen als „unangebracht" zurück und behauptete, dass die USA „sich verpflichtet haben, das Kriegsrecht einzuhalten". In erster Linie aber wies das Ministerium darauf hin, dass sich die USA nie dazu bereiterklärt hätten, sich der Rechtsprechung des IStGH zu unterwerfen.

> Mit dem IStGH in Den Haag nimmt die ganze Strategie der Globalisierung Schaden



Für seine bislang vier Urteile wendete er eine Milliarde US-Dollar auf: Der Internationale Strafgerichtshof

Bild: Hypergio/CF

Das stimmt freilich, und jene für die USA peinlichen Untersuchungen erfolgen nur, weil sich die Verbrechen in Afghanistan abspielen, das Mitglied des Römischen Statuts ist. Allerdings wollen die USA auf Nummer Sicher gehen. Sie bereiten ein Gesetz vor, das dem US-Militär Sonderrechte gegenüber den Niederlanden verschaffen soll, wenn tatsächlich einmal gegen US-amerikanisches Personal verhandelt werden sollte.

Bei dem Rückzug Russlands scheint es nicht zu bleiben. Noch vor seiner Reise zum APEC-Gipfel nach Lima ließ der philippinische Präsident Rodrigo Duterte verlauten, er erwäge ebenfalls einen Austritt seines Landes aus dem Vertrag zum IStGH und wolle dem russischen Beispiel folgen. „Russland trat zurück", so Duterte, „ich werde vielleicht dasselbe tun." Der Gerichtshof sei sinnlos, erklärte er und nannte dafür die Kritik des Westens an der Art und Weise, wie er in seinem Land die Drogenkriminalität bekämpft. Sollten aber Russland und China eine „neue Ordnung" herstellen, so wäre er der erste, der sich ihr anschlösse.

Und die Beispiele machen Schule. Auch Südafrika verabschiedet sich vom Internationalen Strafgerichtshof, ebenso Burundi und Gambia, die Heimat der Chefanklägerin. Die gambische Regierung wirft dem Gericht in Den Haag die „Verfolgung von Menschen mit dunkler Hautfarbe" vor. Es habe sich bisher nur auf afrikanische Täter konzentriert und fördere eine „rassistische Diktatur weißer, westlicher Siegerjustiz". Der Austritt Gambias, so Informationsminister Sheriff Bojang, sei Folge der Tatsache, dass der Gerichtshof – auch wenn er als Internationaler Strafgerichtshof bezeichnet wird – viel eher ein „international-kaukasisches Gericht zur Verfolgung und Demütigung Farbiger, vor allem aber von Afrikanern ist".

Neben dem Vorreiter Gambia sowie Südafrika und Burundi tragen sich auch die Regierungen weiterer afrikanischer Länder mit dem Gedanken, die Mitgliedschaft beim Römischen Statut aufzukündigen. Andeutungen in dieser Richtung gibt es von Kenia, Namibia, dem Tschad und Uganda. Der Professor Murumbu Kiania vom Institut für Internationale Studien und Diplomatie der Universität von Nairobi sagt: „Afrikanische Spitzenpolitiker haben allgemein das Gefühl, dass sie dem Gericht freiwillig beigetreten, nun aber vermehrt Zielscheibe der Ermittlungen sind. Sie denken, dass der Gerichtshof mit zweierlei Maß misst und Zwietracht unter den führenden Politikern des Kontinents sät."

Ob nun mit Absicht oder ohne – Russland fällt durch seinen Rückzug aus dem Strafgerichtshof ganz unvermeidlich eine Führungsrolle gegenüber den anderen Ländern zu, die es ebenso machen. Und diese Rolle wird sich angesichts der politischen Bedeutung des Vorgangs nicht nur auf den juristischen Aspekt beschränken. In jedem Fall leidet mit dem IStGH in Den Haag die ganze Strategie der Globalisierung Schaden, deren Teil der Gerichtshof ist. *Florian Stumfall*

ANC-Konkurrenz von links

Die rassistischen EFF sind bereits Südafrikas drittstärkste Partei

In einer Ansprache vor Unterstützern der Economic Freedom Fighters (EFF, Kämpfer für wirtschaftliche Freiheit) in der Stadt Bloemfontein sagte deren Parteichef Julius Malema nach einer Gerichtsverhandlung:: „Wenn ihr von hier loszieht, werdet ihr schöne Grundstücke sehen. Wenn sie euch gefallen, nehmt sie euch." Die von Malema 2013 gegründete EEF ist aus den letzten südafrikanischen Parlamentswahlen 2014 mit 6,4 Prozent der Stimmen als drittstärkste Kraft nach dem regierenden Afrikanischen Nationalkonkress (ANC) und der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Allianz (DA), hervorgegangen. Die linksgerichtete, rassistische Partei will Agrarland verstaatlichen und an die schwarze Bevölkerung verteilen. Für sie sind ländliche Armut und sogenannter Bodendiebstahl durch Weiße eng verknüpft.

Malema steht in Bloemfontein unter dem Vorwurf der Volksverhetzung vor Gericht. Bereits 2014 hatte er Anhänger angestachelt, sich den Besitz weißer Südafrikaner anzueignen. Seine EFF die eine gegen Weiße gerichtete Politik verfolgen, haben Anfang August bei den Regionalwahlen mancherorts zweistellige Resultate verbucht. Aus der DA, der vor allem weiße Südafrikaner vertrauen, kam scharfe Kritik an Malemas Aufruf.

Südafrika befindet sich seit Monaten in einer politischen Vertrauenskrise. Seit dem Ende der Apartheid vor mehr als zwei Jahrzehnten regiert der ANC allein das Land. Präsident Jacob Zuma ist in zahlreiche Skandale verstrickt, gleichzeitig lahmt die Wirtschaft. Die Schuld an der Krise geben Malema und seine EFF neben Zuma der weißen Bevölkerung. Der Ideologie Malemas zufolge besteht die wirtschaftliche

> EFF-Chef fordert zur Aneignung weißen Besitzes auf

Abhängigkeit der schwarzen Südafrikaner trotz der faktischen Alleinherrschaft des ANC weiter fort. Malema war früher ein enger Vertrauter Zumas und Anführer der ANC Youth League (ANCYL), der Jugendorganisation des ANC. 2012 warf Zuma ihn wegen rassistischer Ausfälle gegen Weiße aus der Partei.

Südafrikas Regierung hatte sich einst zum Ziel gesetzt, bis 2015 rund 30 Prozent des Farmlands in schwarzen Besitz zu überführen. 1994 waren 87 Prozent des Farmlands in dem Kap-Staat in weißem Besitz. Seitdem scheint sich nicht viel geändert zu haben. Etwa 67 Prozent der Landfläche entfielen heute auf 40 000 Farmen, die meisten von ihnen im Besitz von Weißen, sagt das Institut für Armut, Land- und Agrarstudien (PLAAS) der Universität Western Cape. Zwei Millionen schwarze Landwirte erwirtschaften demnach auf ihren kleinen Flächen gerade genug zum Überleben, nur 200 000 produzieren Überschüsse.

Für Kritiker liegt das Problem darin, dass die Farmer nicht gezwungen werden können, ihr Land an den Staat zu verkaufen. Unter dem zunehmenden Druck der EFF hatte der ANC vor den Kommunalwahlen die Gesetzesschrauben bei den Landbesitzern angezogen. Die Enteignung von Grund und Boden wurde gegen Entschädigung erlaubt, wenn dies im „öffentlichen Interesse" liegt. Ein von der Regierung gestellter „Schiedsrichter" soll den Wert des Grundstücks fair und gerecht feststellen und die Entschädigung festlegen. Gewerbliche Landwirte sollen bis zu 50 Prozent ihrer Betriebe an ihre Arbeiter überschreiben. Zudem wurde eine Besitzobergrenze von 12 000 Hektar eingeführt und Ausländer vom Grunderwerb ausgeschlossen. *Bodo Bost*

Kein bedauerlicher Einzelfall

Taten wie die in Hameln sind in der Türkei gang und gäbe

Die brutale Gewalttat eines 38-jährigen Kurden, der in Hameln seine frühere Lebensgefährtin niederstach und sie anschließend mit einem Strick um den Hals 250 Meter weit hinter seinem Wagen durch die Innenstadt schleifte, löste deutschlandweit Entsetzen und Empörung aus. Bei dem mutmaßlichen Täter handelt es sich zwar angeblich um einen Angehörigen des libanesischen Mhallamiye-Clans, also nicht um einen türkischstämmigen Kurden, doch berichten die Medien in der Türkei immer wieder über vergleichbare Fälle mit tödlichem Ausgang. Das heißt, der PKK-Anhänger Nurettin B. hat genau das getan, was in Erdogans Reich gang und gäbe ist und offenbar fest zur vorderasiatisch-islamischen Kultur gehört, die hierzulande immer mehr Fuß fasst.

Wie eine Parlamentskommission in Ankara nach der Durchsicht zahlreicher Polizeiakten feststellte, wurden alleine im Zeitraum von 2000 bis 2005 um die 2500 Frauen von ihren Ehemännern oder Verwandten ermordet. Dazu kommen weitere 1134 solcher Tötungsdelikte zwischen 2010 und 2015, welche die türkische Frauenrechtsgruppe „We will stop Femicide" zählte – bei einer hohen Dunkelziffer, da die Behörden kaum mit den Aktivistinnen kooperierten. Hier waren in mindestens 608 Fällen die Ehemänner oder Ex-Partner die Täter; vielfach mussten die Frauen wegen ihres Wunsches sterben, sich zu trennen oder scheiden zu lassen. Und sie hatten oft genauso zu leiden, wie das Opfer in Hameln. So kam die erst 18 Jahre alte Rabia Oguz zu Tode, als zwei ihrer männlichen Verwandten sie mitten auf einer belebten Einkaufsstraße im anatolischen Urfa mit dem Traktor überrollten und dabei regelrecht in Stücke rissen. Ähnlich grausam

> AKP wollte sexuellen Missbrauch legalisieren

verliefen weitere Morde, bei denen ebenfalls Kraftfahrzeuge als Tatwaffe benutzt wurden.

Im internationalen Vergleich steht die Türkei damit ausnehmend schlecht da, obwohl der Republikgründer Kemal Atatürk seinerzeit zahlreiche Reformen initiiert hatte, durch die sich die Stellung der Frau verbessern sollte. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird weltweit durchschnittlich jede dritte Frau Opfer von physischen Übergriffen seitens ihres Partners – in der Türkei trifft dieses Schicksal hingegen jede Zweite. Dem musste sogar das Familienministerium in Ankara beipflichten, das 2014 eine Studie veröffentlichte, in der es hieß, dass drei Viertel aller geschiedenen Frauen während ihrer Ehezeit misshandelt worden seien. Deshalb spricht Amnesty International mittlerweile vollkommen zu Recht von nachgerade „endemischer Gewalt", die in Anatolien, aber auch den Großstädten der Westtürkei, gegen Frauen ausgeübt werde.

Als Ursache hierfür sehen Kriminologen das traditionelle Frauenbild, das immer noch in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft vorherrscht, eingeschlossen Erdogans Regierungspartei AKP. Wie sonst ließe sich deren Gesetzesentwurf vom 17. November dieses Jahres erklären, der Sexualstraftätern eine Amnestie zusichert, wenn sie ihr Opfer heiraten?

Erst nach massivem Protest nicht zuletzt aus dem Ausland war der AKP-Vorsitzende, der gleichzeitig Ministerpräsident der Türkei ist, zurück gerudert. Binali Yıldırım wies seine Partei an, mit den Rechtsexperten und den Parlamentarierinnen der AKP-Fraktion eine geänderte Fassung des Gesetzentwurfs zu erarbeiten und dabei auch mit der Opposition zu reden. *Wolfgang Kaufmann/PAZ*

»Untypische Beitragserhöhungen«

Zwei Drittel der fast neun Millionen privat Krankenversicherten müssen höhere Kosten schultern

Der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) hatte bereits vor einiger Zeit vor „untypischen Beitragserhöhungen“ im zweistelligen Prozentbereich zum Jahreswechsel gewarnt. Und so ist es nun auch eingetreten.

Bis zu 27 Prozent höhere Beiträge fordert der Axa-Konzern im kommenden Jahr von seinen Kunden. Auch die Debeka, die seit Ende Oktober die Beitragsschreiben für das kommende Jahr versendet, bittet ihre Kunden 2017 ordentlich zur Kasse und verlangt teilweise 20 Prozent mehr. Immerhin 18 Prozent schlug die Barmenia bei manchen Tarifen drauf.

Zwei Faktoren führen nach Einschätzung von Marktbeobachtern zu den überdurchschnittlichen Anpassungsraten: steigende Leistungsausgaben und niedrige Zinsen am Kapitalmarkt. Die Kosten für medizinische Behandlungsmethoden und neuartige Medikamente verteuern den Gesundheitsschutz. Private Krankenversicherer können die Tarife erst anpassen, wenn bestimmte auslösende Faktoren anspringen. Dies führt dazu, dass bestimmte Tarife über Jahre nicht angepasst werden. Liegen die Voraussetzungen für eine Beitragserhöhung vor, werden dann sämtliche neue Faktoren einkalkuliert, und somit auch die höhere Lebenserwartung und das Zinsniveau. „Vor allem der anhaltende Niedrigzins belastet die Gesellschaften und erfordert eine Anpassung der Altersrückstellungen. Im Schnitt erwirtschaften die Versicherer heutzutage bis zu zwei Prozentpunkte weniger für die Kapitalanlagen im Vergleich zu 2010. Daraus ergibt sich ein massiver Anpassungsbedarf, damit die höheren Gesundheitskosten im Alter finanziert werden können“, teilt das Finanzdienst-Portal „Cecu“ mit.

Die private Krankenversicherung ist bestimmten Personengruppen vorbehalten. Dazu gehören Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Studenten. Auch Arbeitnehmer dürfen sich privat versichern, wenn ihr Bruttoeinkommen die Versicherungspflichtgrenze, die für 2017 57600 Euro pro Jahr beträgt, übertrifft. In der Medizin ist schon seit Längerem von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft die Rede. Privat versicherte erhalten oftmals bessere Leistungen und haben weniger Wartezeiten. Zudem ist der Beitrag zumindest in jungen Jahren deutlich geringer. Ein Einsteigertarif kostet oftmals nicht mehr als 300 Euro, von dem der Arbeitgeber noch die Hälfte zuschießt. Bei den gesetzlichen Krankenkassen ist der Beitrag derzeit bei 15,5 Prozent des Einkommens festgeschrieben, die meisten von ihnen erheben noch einen Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent. Der Arbeitgeber ist insgesamt nur mit rund 40 Prozent an den Kosten beteiligt. Für einen 35-Jährigen, der über der Versicherungspflichtgrenze liegt, kann dieses Privileg eine Ersparnis von mehreren hundert Euro im Jahr ausmachen.

Zehn Prozent der Beiträge führt die PKV in die sogenannten Altersrückstellungen ab, die dazu führen sollen, dass die Beiträge im Alter nicht ins Unerschwingliche steigen. Dennoch haben viele PKV-Versicherte derzeit Angst, dass genau dieses Szenario eintreten könnte. Um eine durch explodierende PKV-Beiträge provozierte Altersarmut zu verhindern, hat der Gesetzgeber bereits vor Jahren reagiert. Versicherte können innerhalb der Gesellschaft in einen oftmals günstigeren Tarif wechseln. Außerdem besteht ab einer bestimmten Altersgrenze die Möglichkeit, in einen Standard- oder Basistarif zu wechseln, der im Sachen Preis-Leistungs-Verhältnis den gesetzlichen Kassen gleichgestellt ist. Damit ist aber der eigentliche Sinn der privaten Krankenversicherung konterkariert.

> Als Ursachen gelten neben steigenden Leistungsausgaben niedrige Zinsen am Kapitalmarkt

SPD, Linkspartei und Grüne plädieren schon seit Längerem für die Einführung einer Bürgerversicherung. Denn das deutsche duale System ist außergewöhnlich. In den allermeisten Ländern sind alle Einwohner pflichtversichert und können bei Bedarf private Zusatzversicherungen abschließen. In der Bundesrepublik gibt es derzeit rund 110 gesetzliche Kassen und 40 private Versicherer. Für niedergelassene Ärzte sind Privatpatienten eine begehrte Klientel, da sie für die Behandlung deutlich höhere Honorare abrechnen können. Während gesetzlich Versicherte monatelang auf einen Termin bei manchen Fachärzten warten, kommen Privatpatienten innerhalb weniger Tage dran. Der Gesundheitsexperte und SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach kündigte in der vergangenen Woche an, dass für seine Partei die „paritätische Bürgerversicherung“ ein Riesenthema werde. Damit strebt die SPD nun offiziell die Abschaffung der privaten und eine gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger an.

Der Verband der Privaten Krankenversicherung warnt vor Panikmache und fordert von der Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene gegen eine Fortsetzung der Niedrigzinspolitik stark zu machen. Dass sich das Dilemma nicht auf die Niedrigzinspolitik reduzieren lässt, zeigt der starke Anstieg der Beiträge der gesetzlichen Kassen in den vergangenen Jahren.

Peter Entinger



Volker Leienbach, Verbandsdirektor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung: „... was am Kapitalmarkt nicht zu erwirtschaften ist, muss – so ist es gesetzlich vorgeschrieben – durch eine Erhöhung der Vorsorge ausgeglichen werden. Davon sind Privatversicherte jetzt ebenso betroffen wie andere Sparer ...“

Bild: Verband der Privaten Krankenersicherung

China könnte einspringen

Trumps TTP-Absage provoziert VRC-geführte Freihandelszone

Mit seinem Programm für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit hat der neugewählte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem pazifischen Freihandelsabkommen TPP bekräftigt. Trump erklärte, er werde formell die Absicht der USA zu Protokoll geben, sich aus der Transpazifischen Partnerschaft zurückzuziehen. Mit diesem Schritt ist es fraglich, ob das fertig ausgehandelte Abkommen in Kraft treten wird.

Bis Februar 2018 muss der Anfang Februar dieses Jahres von zwölf Ländern unterzeichnete Vertrag von mindestens 50 Prozent der Unterzeichnerstaaten, die zusammen mindestens 85 Prozent der Wirtschaftsleistung erbringen, ratifiziert werden. Während Neuseeland am Abkommen festhalten will, hat Australien signalisiert, es wolle das Abkommen nachverhandeln. Zum Teil scharfe Kritik an der bevorstehenden Kurswende in der US-amerikanischen Asienpolitik ist in Japan, Südkorea, Singapur, Thailand und auch in Vietnam laut geworden. Diesen Ländern droht nämlich durch den US-amerikanischen Rückzug von der TPP, dass sie es mit einer noch selbstbewusster auftretenden Volksrepublik China (VRC) zu tun bekommen. Schon länger unterstützt die chinesische Führung Projekte, die in Konkurrenz zu der von Obama vorangetriebenen TPP stehen

Relativ schlecht stehen die Chancen für ein Abkommen namens „Free Trade Area of the Asia-Pacific“ (FTAAP), das alle 21 Pazifikanrainer-Staaten der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) umfassen würde. Der Erfolg ist gleich aus mehreren Gründen fraglich. So wären auch in diesem Vertrag die USA eingebunden. Zudem scheint es schwierig, Pazifikanrainer wie die USA, die VRC, Russland und Japan in Handelsfragen unter einen Hut zu bekommen.

> Die RCEP ohne die USA könnte an die Stelle der TTP treten

Deutlich besser sieht es bei der Umsetzung eines Freihandelsabkommens zwischen den zehn Mitgliedsstaaten des Verbandes Südostasiatischer Nationen (Asean) sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland aus, das die Bezeichnung „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP) trägt. Wirtschaftlich einbinden würde dieser Pakt fast ganz Südost- und Ostasien. Von vornherein ausgeschlossen wären die USA. Der so entstehende Wirtschaftsblock würde immerhin für rund 40 Prozent des Welthandels stehen und vermutlich stark unter dem Einfluss Chinas stehen. Anders als die TPP soll sich die RCEP auf den Freihandel beschränken. Umwelt-, Arbeits- und Patentrecht sollen dagegen nicht vereinheitlicht werden. Die hohen Standards auf diesen Feldern, welche die Unterhändler der USA in das TPP-Abkommen eingebaut hatten, seien für Entwicklungsländer ohnehin „nicht unbedingt gut“, so ein ranghohes Mitglied der VRC-Delegation am Rande des jüngsten Apec-Gipfels in Peru.

Käme eine derartige Freihandelszone zustande, würde dies dem Reich der Mitte einen bevorzugten Zugang zu einigen seiner größten Handelspartner gewähren. Wäre hingegen stattdessen das TTP-Abkommen in Kraft getreten, hätte – zumindest laut dem Peterson Institute for International Economics in Washington – die VRC Exportverlusten im Wert von jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar erlitten.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Neues VW-Werk in Posen

Posen – Nach zwei Jahren Bauzeit hat der Volkswagen-Konzern in Wreschen bei Posen ein Werk zur Fertigung des von VW vollständig neu entwickelten Kleintransporters „Crafter“ in Betrieb genommen. Mit gut 800 Millionen Euro handelt es sich um die größte bisher getätigte einzelne Auslandsinvestition auf polnischem Staatsgebiet. Ab 2018 sollen im Wartheraum, der damit erstmals zu einer bedeutenden Automobilregion aufsteigt, jährlich etwa 100000 Crafter sowie einige baugleiche MAN TGE vom Band rollen. In der Fabrik sind etwa 3000 Arbeiter beschäftigt, hinzu kommen die Arbeitsplätze der Zulieferer im Umland. *T.W.W.*

Riga Konkurrenz für Duisburg

Riga – Erstmals hat ein Zug mit Containern aus der ostchinesischen Kleinwaren-Handelsmetropole Yiwu Riga erreicht. China und Lettland haben vereinbart, diesen über Russland geführten Handelsweg auszubauen. Er ergänzt die Kapazität des Hafens in Memel, der gegenwärtig für den China-Handel vergrößert wird, und macht damit dem bundesdeutschen Hafen Duisburg Konkurrenz. Dieser wird gleichfalls durch einen regelmäßig verkehrenden Containerzug mit China verbunden. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.657.179.627 €
Vorwoche: 2.038.569.380.261 €

Verschuldung pro Kopf:
24.807 €
Vorwoche: 24.806 €

(Dienstag, 29. November 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Parteitag oder Krönungsmesse?

Von Vera Lengsfeld

Der Parteitag der CDU am 6. und 7. Dezember wirft seine Schatten voraus. Nein, es sind keine Schatten, denn die können nur fest umrissene Körper werfen. Die CDU hat aber längst alle Konturen verloren, deshalb ist es ein diffuses Licht, in dem man nicht erkennen kann, wofür die Partei noch steht.

Sie ist ein Kanzlerwahlverein geblieben. Mit der widerspruchslosen Akzeptanz der Kanzlerkandidatin hat die CDU die letzte Gelegenheit für lange Zeit verpasst, sich an Haupt und Gliedern zu erneuern. Sie ist ein inhaltliches Wrack, dem etwas modische Schminke aufgetragen wurde, von der man hofft, dass sie bis zur Bundestagswahl irgendwie hält.

Die Kandidatin hat selbst eingeschätzt, dass es schwierige Wahlen werden. Sie hat aber nicht gesagt, warum. Der schwierigste Part wird für Merkel, die CDU-Wähler davon abzulenken, dass sie rot-grüne Politik macht und auch beabsichtigt, das fortzusetzen.

Schaut man sich den Leitantrag „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ an, bemerkt man, dass die Wortbausteine dieses Papiers übereinstimmen mit den Phrasen, die Kanzlerin Merkel bei der Pressekonferenz nach ihrer Kandidatur-Verkündung und in dem Interview mit Anne Will verwandt hat.

Es ist an prominenter Stelle von Sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Digitalisierung und Neugier die Rede. Man hat das Gefühl, dass Merkel diese Begriffe von der Werbeagentur, die sie in ein möglichst günstiges Licht rücken soll, eingehämmert wurden. Besonders „Neugier“ hat sie so oft benutzt, wie in den vergangenen Jahrzehnten zusammengenommen nicht. Niemandem wäre es bisher in den Sinn gekommen, die abwartende, zögernde, abschätzende Merkel für neugierig zu halten. Nun behauptet die Kandidatin, neugierig zu sein. Das sollte sich im Leitantrag, der ja das Substrat dessen ist, womit die Kandidatin Merkel im Wahlkampf überzeugen will, widerspiegeln.

> Nullsätze mit viel Wortgeklingel und null Aussagen

Fehlanzeige. Er beginnt mit einer Beschreibung der Erfolge der jahrzehntelangen CDU-Politik, die sich lesen, als wäre alles in bester Ordnung, sodass man sich fragt, warum die Zeiten schwierig werden sollen.

„Weil die Erfolge unserer Politik sichtbar sind, vertrauen viele Menschen auch für die Zukunft auf die Verlässlichkeit und die Gestaltungskraft unserer Politik.“ Wenn das so ist, warum steht schon im nächsten Satz, „man wolle verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen“? Der neugierige Leser erfährt nicht, warum dieses Vertrauen verloren gegangen ist.

Die CDU stehe für eine freie, offene, solidarische und pluralistische Gesellschaft. Populismus, Abschottung nach außen und Spaltung der Gesellschaft seien keine Antwort auf die drängenden Fragen. Welche das sind, was genau mit Populismus gemeint ist, wie es zur Spaltung der Gesellschaft kommen konnte und welche Rolle die Politik der Kanzlerin dabei spielte, wird nicht beantwortet.

Man bekommt das Gefühl, dass nicht die Situation Deutschlands, das mit keinem Wort erwähnt wird, beschrieben wird, sondern der Transitraum eines Flughafens. Da sind diejenigen, „die schon immer hier waren“, wer immer das sei, die „Spätaussiedler“ und „diejenigen, die selbst oder deren Eltern in den vergangenen Jahrzehnten als Gastarbeiter, Zuwanderer oder Flüchtlinge zu uns gekommen sind“. Ob kurze oder lange Wartezeit, ob mit oder ohne Ticket – alle sollen mitfliegen dürfen. Weil das vielen Steuerzahlern nicht einleuchtet, soll es als Beruhigungspille eine „Leitkultur“ geben, für alle „die in ein- und demselben Land leben und eine Schicksalsgemeinschaft sind“. Wo die „Schicksalsgemeinschaft“ lebt, in Deutschland oder m Wolkenkuckucksheim, wird offengelassen. Dafür werden ein paar bereits vom Grundgesetz garantierte Werte aufgezählt, wie Meinungs- und Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Schutz von Minderheiten. Wieso diese Selbstverständlichkeiten extra benannt werden, wird verschwiegen.

Solche Nullsätze mit viel Wortgeklingel und Null-Aussagen reihen sich über 22 Seiten aneinander. Wenn die Parteitagsdelegierten diese Schimäre akzeptieren, wird die CDU endgültig zum tönernen Koloss, der beim ersten Windstoß einstürzt. Merkel wird den Sturz überleben, notfalls als Kanzlerin einer Vier-Parteien-Koalition. Die CDU nicht.

Ignoranz

Von Bodo Bost

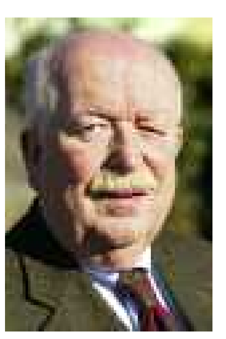
Nachdem sie bereits mehr Verständnis für nach islamischem Recht verheiratete minderjährige Mädchen gefordert hatte, mahnt die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Aydan Özoguz, die auch Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist, nach den Razzien bei Islamisten „mehr Augenmaß“ im Umgang mit radikalen Muslimen und vor allem Respekt vor heiligen Räumen an. Viele der durchsuchten Räumlichkeiten hatten die Salafisten nämlich kurzfristig zu Moscheen erklärt, also zu heiligen Räumen, die nach Ansicht des Islam nicht durch Gewaltphantasien der sich dort aufhaltenden Menschen beschmutzt werden können, wohl aber durch die Schuhe von die Verfassung schützenden Polizisten.

Mit ihrem Verständnis für die koranverteilenden Salafisten hat die Integrationsministerin Özoguz Integration ins Gegenteil verkehrt. Aus ihrer Sicht soll Integration sich an den Bedürfnissen derer ausrichten, die hinzukommen. Ob diese nun minderjährige Bräute oder Gewaltkorane im Gepäck haben, Deutschland soll als multikulti-bunte Republik alles tolerieren und aushalten. So wird die Integration ins Gegenteil verkehrt und zu angewandter Ignoranz.



Setzt auf rührselige Inszenierung statt mit Argumenten zu überzeugen: CDU-Chefin Merkel lässt sich während der Regionalkonferenz ihrer Partei in Heidelberg von einem afghanischen Jungen für ihre Zuwanderungspolitik danken Bild: pa

Gegenwind



Wie und wobei George Soros die Strippen zieht

Von Florian Stumfall

Wer beobachtet hat, mit welch professioneller Spontaneität in verschiedenen Städten der USA die empörten Völker auf Straßen und Plätze eilten, um ihren Zorn über das Ergebnis einer demokratischen Wahl kundzutun, der mag nicht so recht an Zufall glauben. Tatsächlich hatte sofort nach der Niederlage Hillary Clintons die Nicht-Regierungs-Organisation (NRO) „Move on“ zum Protest gegen den gewählten Präsidenten Donald Trump aufgerufen.

Wenn man weiß, wer „Move on“ finanziert, dann wird alles klar. Es ist der Milliardär George Soros, neben den Saudis einer der größten Spender für Clinton im zurückliegenden Wahlkampf und alter-fahren, was die Organisation von Aufruhr und Umsturz angeht. Seine innigen Beziehungen zu „Move on“, aber auch anderen NRO wie „Woman vote“ und „Sierra Club“, die ebenfalls gegen den verhassten Kandidaten Trump agitiert hatten, wurden spätestens durch E-Mails bekannt, die zwischen Soros und dem Wahlkampfleiter Clintons, John Podesta, hin- und hergingen. Wikileaks hatte das zu Tage gefördert.

Gemäß seiner bewährten Taktik stellt für Soros die Empörung der Massen nur einen Teil seines Vorgehens dar. Parallel zu den Demonstrationen rief die Vereinigung „Democracy Alliance“, eine Gründung wiederum von Soros und diesmal dem Versicherungs-Potentaten Peter Lewis, hohe demokratische Politiker zur Krisensitzung zusammen. Dabei waren die Minderheiten-Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, und die ebenso einflussreiche Senatorin Elizabeth Warren. Bei dem Treffen ging es um die Planung eines „Krieges gegen Donald Trump vom ersten Tag an“ und in dem Zusammenhang darum, den 100-Tage-Plan Trumps möglichst restlos „zu vereiteln“, so die US-Zeitung „Politico“.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeigeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dass er einmal bis über beide Ellenbogen nicht nur an den internationalen Börsen, sondern auch in der Politik mitmischen würde, hat man dem 1930 in eine ungarisch-jüdische Familie geborenen György Schwartz, so sein eigentlicher Name, nicht an der Wiege gesungen. Nach seiner Schulzeit in Budapest studierte er in London Philosophie bei Karl Popper, dessen Idee von der „offenen Gesellschaft“ ihm so imponierte, dass angeblich deshalb heute die mächtigste und gefährlichste der Soros-NRO „Open Society“ heißt.

Im Jahre 1956 ging Soros nach Amerika, ließ die Philosophie Philosophie sein und betrieb ab 1968 einen Hedgefonds im Steuerparadies Curacao. Die Finanzaufsicht der USA hatte somit keine Kontrolle über seine Geschäfte, Steuern zu zahlen erübrigte sich. Auch als er später seine sogenannten Quantum Funds gründete, blieb er dem System treu: Er wählte dazu die Niederländischen Antillen und die Jungferninseln, ebenfalls gute Plätze für Leute mit einer natürlichen Scheu vor den Finanzern.

Wie Soros seine Milliarden aufhäufte, ist im Einzelnen nicht bekannt. Einen großen Coup landete er im Jahr 2007 im Zusammenhang mit der hereinbrechenden Finanzkrise, mit der er über seinen Quantum Funds in einem einzigen Jahr einen Reibach von 2,9 Milliarden US-Dollar machte. Im Krisenjahr selbst, 2008, das viele Existenzen ruiniert hat, schob er noch einmal 1,1 Milliarden ein. Und jedenfalls dürften windige Insidergeschäfte, derer er im Jahr 2006 von einem französischen Gericht in letzter Instanz für schuldig befunden wurde, zu den harmloseren Methoden gehören. Heute wird sein Vermögen auf 25 Milliarden Dollar geschätzt.

Ein Grundprinzip aber des Moguls Soros spielt bei allen seinen Geschäften die entscheidende Rolle: die Nähe zur Politik. Dabei zählt nicht nur, dass Soros mit den Spitzen der US-Politik im persönlichen Kontakt steht. Daneben ist er selbstverständlich Mitglied im allmächtigen „Council on Foreign Relations“, der in den USA und darüber hinaus über eine Macht verfügt, die in keiner Verfassung steht. Hier fallen die großen, langfristigen Entscheidungen der US-Politik über die Parteigrenzen hinweg, und dies ist der natürliche Lebensraum für einen Spekulanten von Weltformat. Hier befindet sich auch das Gelenk zwischen der privaten Geldmaschine Soros und der Politik. Es geht dabei nicht nur um die Möglichkeit, politische Entscheidungen herbeizuführen, die eine Spekulation begünstigen, sondern auch um eine neue Art der Kriegführung, die in den vergangenen drei Jahrzehnten die Welt in Teilen verändert hat.

Die Rede ist von den sogenannten Farb-Revolutionen. Als Lehrbeispiel steht dafür die sogenannte „Rosen-Revolution“ des Jahres 2003 in Georgien. Die Akteure waren die CIA, das US-Außenministerium, Stiftungen wie die „Open Society“ von Soros und der Mann, der durch den Putsch an die Macht gelangen sollte, der korrupte, in den USA ausgebildete, mit Nato und westlichen Geheimdiensten vertraute Micheil Saakaschwili. Die NRO schürten Proteste gegen den Präsidenten Eduard Schewardnadse, Polizei und Militär-Einheiten wurden unterwandert und gekauft, die Revolution nahm ihren Lauf und die US-Marionette Saakaschwili kam an die Macht. Sogar das „Wall Street Journal“ schrieb, es handele sich bei der Revolution um das Werk „einer Reihe nicht-staatlicher Organisationen ..., die von amerikanischen und westlichen Stiftungen finanziert werden“. Dies ist die Handschrift des George Soros.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es versteht sich von selbst, dass Georgien keinen Einzelfall darstellt. 2009: Putsch gegen Manuel Zelaya in Honduras, 2012 Putsch gegen Fernando Lugo in Paraguay, und, in noch frischer Erinnerung, 2016: Putsch in Brasilien gegen Dilma Rousseff. Überall hat Soros mit seinen Stiftungen die Hand mit im Spiel. Sein Meisterwerk aber stellt die Ukraine dar.

Dort ist die Liste der handelnden Personen noch umfangreicher als bei den anderen Einsätzen. Dort treten sogar westliche Politiker auf, unverhüllt und in Lebensgröße, Statisten wie der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle und Hauptakteure wie die im US-Außenministerium für Europa und Eurasien zuständige Assistant Secretary of State (Referatsleiter) Victoria Nuland. Letztere bekannte im Siegesrausch vor den Mitgliedern des Washingtoner „National Presse Club“: „Seit die Ukraine 1991 unabhängig wurde, haben die Vereinigten Staaten über fünf Milliarden Dollar investiert, um der Ukraine in Notlagen und bei anderen Dingen zu helfen.“

Von den fünf Milliarden, die der Putsch auf dem Majdan gekostet hat, dürften einige Millionen zulasten des George Soros gegangen sein. Allein die Tagegelder, mit denen die Demonstrierer auf dem Hauptplatz in Kiew bei der Stange gehalten wurden, machen eine schöne Summe aus, ungerechnet die Aufwendungen für Bestechung und Propaganda. Ohne letztere hätte der Majdan-Putsch seine Aufgabe nicht zur Gänze erfüllt. Daher richtete Soros noch während der Tumulte in Kiew ein „Ukraine Crisis Media Center“ ein, mit dem beispielsweise auch das ZDF eng zusammenarbeitete. Man darf schließlich die Deutungshoheit über die Zeitereignisse nicht dem Zufall überlassen.

Über allem hat Soros eine strategische Klugheit des alten John D. Rockefeller I. übernommen. Dieser war in seinen Anfangsjahren als Unternehmen im Ölgeschäft bei der Wahl seiner Mittel von einer Bedenkenlosigkeit, die man sogar im Wilden Westen als kriminell angesehen hätte. Um sich zu schützen, engagierte sich Rockefeller in großem Maße bei sozialen Projekten. Dem wohlwollenden Beobachter drängte sich so der Eindruck eines erfolgreichen Wohltäters der Menschheit auf. Ähnlich macht es Soros.

Kauz in Spendierhosen

Vor 200 Jahren entstand das Frankfurter Städel-Museum – Sein Gründer erlebte es nicht mehr mit

Zu Lebzeiten machte der Junggeselle Johann Friedrich Städel weder durch große Taten noch Skandale von sich reden. Aufmerksamkeit erregte er erst nach seinem Ableben am 2. Dezember 1816 mit seinem ein Jahr zuvor verfassten Testament.

Es stellte sich heraus, dass der 1728 in Frankfurt geborene Städel einer der drei reichsten Männer der Mainmetropole gewesen war, die er „meine geliebte Vaterstadt“ nannte. Nach seinem Tod vor 200 Jahren hinterließ er sein gesamtes Vermögen einer Stiftung, der er den Namen „Städelsches Kunstinstitut“ gab. Sie betreibt seitdem das Städel-Museum, das heute mit seinen Abteilungen Alte Meister, Kunst der Moderne und Gegenwartskunst zu den führenden deutschen Sammlungen zählt und weltweit hohes Ansehen genießt. Meisterwerke von Dürer, Botticelli und Rembrandt, Monet, van Gogh, Picasso, Kirchner, Beckmann und Gerhard Richter belegen im Haus die Kunstentwicklung der letzten 700 Jahre.

Städel betrieb ein Großhandelsunternehmen für Gewürze und Kaffee, Farben und Metalle, das er von seinem Vater geerbt hatte. Er erweiterte seine geschäftlichen Aktivitäten auf den Geldhandel und brachte es zu großem Reichtum. Später hinterließ er eine Kunstsammlung, Immobilien und 1,3 Millionen Gulden. Als das der Schriftsteller und Diplomat Johann Isaak von Gerning seinem Brieffreund Johann Wolfgang von Goethe mitteilte, schrieb der zurück: „Haben Sie sich bei der Aufzeichnung der Städelschen Hinterlassenschaft um eine Null verschrieben? Es ist wirklich zum Erstaunen, was man den Frankfurter Käuzen zutrauen kann.“

Der Kauz namens Städel war der erste Bürger im deutschsprachigen Raum, der ein öffentliches Kunstmuseum begründete und obendrein noch eine Kunstakademie, die heutige Städelschule. Seine Stiftung beruhte auf der Idee, dass die Beschäftigung mit Kunst ein grundlegender Teil der allgemeinen Erziehung und Bildung des Menschen sein sollte. Zudem hoffte er, dass die im Museum ausgestellten Werke angehenden Künstlern als Vorbilder für das eigene Schaffen dienen.



Bild: Städel Museum

Historische Städel-Fassade am Schaumainkai 63: Stiftungsdatum aus dem Testamentsjahr

In seinem Testament vom 15. März 1815 bestimmte er: „Meine Sammlung von Gemälden, Handzeichnungen, Kupferstichen und Kunstsachen, sammt dazu gehörigen Büchern, soll Grundlage eines zum Besten der hiesigen Stadt und Bürgerschaft hiermit von mir gestiftet werdenden Städelschen Kunstinstituts seyn. Dieses Städelsche Kunstinstitut setze ich zu meinem Universal-Erben in meinen gesammten dereinstigen Nachlaß an beweglichen und unbeweglichen Vermögen“ ein. Er ernannte fünf Administratoren (Bevollmächtigte), die nach seinem Tod diese Bestimmungen Wirklichkeit werden lassen und das Städelsche Kunstinstitut verwalten sollten.

Doch es gab Komplikationen. Nachdem die Administratoren die Genehmigung der Stiftung bei der Stadt Frankfurt beantragt hatten, fochten drei entfernte Verwandte Städels Testament an. Und zwar mit der Begründung, niemand könne erben, den es zum Zeitpunkt des Todes des Erblassers juristisch noch gar nicht gegeben habe. Erst 1828 ließen sich die Kläger auf einen Vergleich ein: Sie begnügten sich mit der Auszahlung von 300 000 Gulden aus dem Nachlass. Eine spätere Folge der durch Städels Testament ausgelösten juristischen Kontroverse ist Paragraf 84 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der als „Städel-Paragraf“ bekannt ist: „Wird die Stiftung erst nach dem Tod des Stifters als rechtsfähig anerkannt, so gilt sie für die Zuwendungen des Stifters als schon vor dessen Tod entstanden.“

In Städels Todesjahr fand Goethe die anerkennende Worte für dessen Kunstsammlung: „Der Decan aller hier lebenden ächten Kunstfreunde, Hr. Städel, genießt in seinem hohen Alter noch immer der lebenslänglich mit Einsicht und Beharrlichkeit gesammelten Kunstschätze, in dem wohlgelegensten Hause. Mehrere Zimmer sind mit ausgesuchten Gemälden aller Schulen geschmückt, in vielen Schränken sind Handzeichnungen und Kupferstiche aufbewahrt, deren unübersehbare Anzahl, sowie ihr unschätzbarer Werth den öfters wiederkehrenden Kunstfreund in Erstaunen versetzen.“ Angemeldete Kunstfreunde führte Städel persönlich durch seine Sammlung. Sie umfasste knapp 10 000 Druckgrafiken, rund 4600 Handzeichnungen und 476 Gemälde. Städels besondere Liebe galt Landschaftsgemälden und biblischen Historien.

Doch der Kunstfreund war davon überzeugt, dass seine Sammlung verbesserungswürdig sei. Daher verfügte er, dass sie „bey vorkommenden Gelegenheiten durch Austausch der vorhandenen schlechtern und mittelmäßigen Stücke gegen bessere vervollkommnet“ werden solle. Und so verkauften die Administratoren über 400 von Städels Gemälden, um dafür „bessere“ Stücke zu erwerben.

Die bedeutendsten noch im Städel-Museum aufbewahrten Werke des Stifters sind Lucas van Valkkenborchs „Ansicht von Linz mit dem zeichnenden Künstler im Vordergrund“ (1593), Jacob Jordaens „Anbetung der Hirten“ (um 1653) und die von Peter Paul Rubens 1628 geschaffene Entwurfsskizze für das Altarbild der Antwerpener Augustinerkirche.

Der offenbar gänzlich uneitle Städel hat der Nachwelt kein einziges Porträt von sich hinterlassen. Und doch ist im Eingangsbereich des Städel-Museums sein Porträt aufgestellt. Aber diese Marmorbüste fertigte Nepomuk Zwerger erst 1829 an. Der Bildhauer hatte Städel persönlich nie gesehen. Er ließ sich jedoch von Menschen beraten, die den kinderlosen Geschäftsmann und Kunstsammler noch gekannt hatten. *Veit-Mario Thiede*

Internet: www.staedelmuseum.de

Der Sonnengott

Der Kapitän Nemo der 70er bis 90er Jahre hieß Jacques-Yves Cousteau. Der Mann, dessen Markenzeichen die rote Wollmütze war und mit dem die TV-Nation in die Tiefen der Ozeane abtauchte, hatte ähnliche Visionen von der Eroberung der Meere wie der Romanheld von Jules Verne. Seine größenwahnsinnigen Träume von Unterwasserstädten und Tauch-Ufos werden in dem biografischen Kinofilm **Jacques – Entdekker der Ozeane**, der am 8. Dezember in die Kinos kommt, nicht ausgespart.

Und das ist gut so, denn Regisseur Jérome Salle demontiert in dem Film die französische Taucherlegende, ohne dabei die Bewunderung für Cousteau zu verlieren. Lambert Wilson spielt den Tauchpionier, der 1943 mit der Erfindung des Atemreglers die Grundlagen für das Tiefseetauchen gelegt hat, in allen seinen widersprüchlichen Facetten: Er ist der joviale Weiberheld, der seine Frau (Audrey Tautou) betrügt und außereheliche Kinder zeugt; als autoritärer Vater zeigt er wenig Verständnis für die Sorgen seiner Söhne, was sich nach dem Flugzeugabsturz des Lieblingssohns ändert; und um seine Taucherfilme realisieren zu können, schließt der später zum Umweltretter gewandelte Saulus einen Teufelspakt mit Ölfirmen als Sponsoren.

Erweisen sich viele Filmbiografien oft als zähe Wiedergaben der Lebenschronik, so ist das hier anders. Der an authentischen Orten gedrehte Film – mit 35 Millionen Euro ist er eine der teuersten französischen Kinoproduktionen – glänzt durch die Optik der blauen See und herrlicher Unterwasseraufnahmen. Zugleich ist er ein witzig-unterhaltsames Porträt dieses Sonnengotts, der sich als Kapitän auf seinem Forschungsschiff „Calypso“ ähnlich gern anbeten lässt wie der Romanheld Kapitän Nemo in seinem U-Boot „Nautilus“. *Harald Tews*

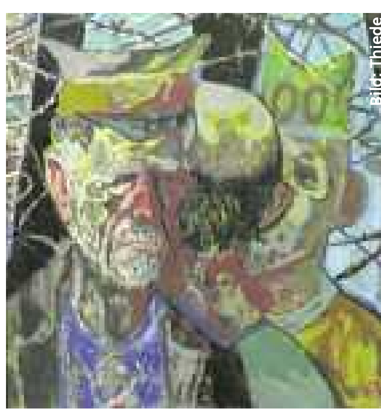
Pendler zwischen den Welten

Ausstellungen zum 125. Geburtstag des Malers Otto Dix

Der heute hoch angesehene Maler Otto Dix war zu Lebzeiten höchst umstritten. Am 2. Dezember 1891 wurde er in Gera-Untermhaus geboren. Die Teilnahme am Ersten Weltkrieg gab seiner künstlerischen Entwicklung entscheidende Impulse. Denn: „Die außerordentlichen Situationen zeigen den Menschen in seiner ganzen Größe, aber auch in seiner ganzen Verworfenheit.“ Neben Not und Tod erhob Dix die Sexualität zur Triebfeder seiner Kunst.

Ab 1927 unterrichtete Dix an der Kunstakademie Dresden. Sein Hauptwerk aus dieser Zeit ist der erschütternde „Kriegs-Altar“. Er bezeichnete ihn als Summe seiner Kriegserlebnisse. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten war er im April 1933 einer der ersten aus dem Amt gejagten Kunstprofessoren. Dix zog sich mit Gattin Martha und den drei Kindern an den Bodensee zurück. Dort malte er unverfängliche Landschaftsbilder. Der in Hemmenhofen erbaute Wohnsitz wird heute als Museum Haus Dix geführt. Auf die Wände sind Reproduktionen der einst dort hängenden Gemälde gedruckt. Am Treppenaufgang im Atelier hing ein Gemälde, das den Maler als Kriegsgefangenen zeigt.

Im April 1945 geriet der zum Volkssturm einberufene Dix in französische Kriegsgefangenschaft. Interniert war er im Lager Colmar-Logelbach, für dessen katholische Kapelle er das dreiteilige Gemälde „Madonna vor Stacheldraht“ schuf. Es ist in der Sonderausstellung zu sehen, die Colmars Museum Unterlinden eingerichtet hat. Berühmt ist das Museum für Grünewalds „Isenheimer Altar“ (1514–1516), der mit der ausdrucksvollen Kreuzigung Christi und seinen weiteren Tafeln viele Künstler beflügelt hat. Einer von ihnen war Dix. Die Schau präsentiert über 100 Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken aus allen Schaffensperioden. Viele weisen einen Bezug zum Isenheimer Altar auf.


Bild: Thiede

Otto Dix: Selbstbildnis als Kriegsgefangener, 1947–1949

Seine Lagererlebnisse verarbeitete Dix in Gemälden wie „Ecce Homo I mit Selbstbildnis hinter Stacheldraht“ (1948). Es versetzt den gemarterten Jesus Christus zu Dix ins Gefangenenlager. Seine neue Vorliebe für biblische Leidensfiguren erklärte er so: „Sie sind Gleichnisse meiner selbst und der Menschheit.“ In zwei Großaufträgen hat die christliche Thematik imponierende Bildgestalt gewonnen: den Bildfenstern (1958) der Petruskirche in Kattenhorn und der Wandmalerei „Krieg und Frieden“ (1960) im Rathaus von Singen.

Bis zum Lebensende 1969 unterhielt Dix in Dresden ein Atelier, das er fast jährlich nutzte. Die meisten Lithografien seines Spätwerks gingen unter seiner Aufsicht aus der Druckwerkstatt der Dresdener Kunstakademie hervor. Überdies lebte seine „zweite Familie“ in Dresden: Käthe König und die gemeinsame Tochter.

Zum 125. Geburtstag wird Dix in weiteren Ausstellungen gewürdigt. Das Zeppelin-Museum Friedrichshafen zeigt erstmals lückenlos seine umfangreiche Dix-Sammlung: 21 Gemälde, 110 Zeichnungen und 275 Druckgrafiken. Das in seinem Geburtshaus in Gera eingerichtete Museum „Otto-Dix-Haus“ wird nach abgeschlossener Sanierung mit der Geburtstagsschau „Otto Dix: Zeichenkunst mit Silberstift“ wiedereröffnet. *V.-M. Thiede*

Ausstellungstipps: „Otto Dix und der Isenheimer Altar“, bis 30. Januar im Museum Unterlinden, Colmar. „Otto Dix – Alles muss ich sehen!“, 2. Dezember bis 17. April im Zeppelin Museum Friedrichshafen. „Otto Dix: Zeichenkunst mit Silberstift“, 2. Dezember bis 19. März im Otto-Dix-Haus, Mohrenplatz 4, Gera-Untermhaus.

Erfahrung rettet

Bei »Sully« vergehen sechs Minuten im Flug

Sechs Minuten nur dauerte der US-Airways-Flug Nummer 1549 vom 15. Januar 2009. Sechs Minuten, die aber ausreichen, um daraus ein abendfüllendes Leinwanderlebnis zu machen. In dem Film „Sully“, der jetzt in den Kinos läuft, geht es um den Flug der Airbus-Maschine, die kurz nach dem Start in New York mit einem Schwarm kanadischer Wildgänse kollidierte und die danach mit Ausfall beider Triebwerke auf dem Hudson-Fluss notlandete. Weil seine fliegerische Meisterleistung alle 155 Insassen rettete und weil die New Yorker nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wenig gute Nachrichten mit Flugzeugen hatten, feierten die Medien den Flugkapitän Chesley „Sully“ Sullenberger.

Solche Heldengeschichten sind wie gemalt für Clint Eastwood, der als Schauspieler und vor allem zuletzt als Regisseur häufig die patriotische Fahne schwenkt. „Sully“ inszenierte er handwerklich gekonnt, ohne dass es zu einem nationalen Propagandastück ausartet. Da sei Hollywoods Allzweckwaffe Tom Hanks vor, der den Piloten Sullenberger mit bescheidener Zurückhaltung spielt. Im Film wird dafür die US-Transportsicherheitsbehörde zum Buhmann gemacht, die in einer Anhörung beweisen will, dass Sullenberger nach dem Vogelschlag zum Flughafen hätte zurückkehren können, anstatt mit einer Notwasserung das Leben der Passiere aufs Spiel zu setzen.

Die sechs Flugminuten, die dank Flugdatenschreiber minutiös und nervenprickelnd rekonstruiert werden, zeigen aber das Gegenteil. Und so ist der Film am Ende eine tiefe Verbeugung vor dem Alter: Nach über 40 Dienstjahren stand Sullenberger kurz von der Pensionierung und rettete aufgrund seiner Erfahrung viele Menschenleben. *Harald Tews*


Bild: 2016 Warner Bros. Entertainment

Evakuierung: Pilot „Sully“ (Tom Hanks) treibt nach der Notwasserung die Passagiere höchstpersönlich aus dem Flugzeug

MELDUNGEN

Westliche Kunst aus Teheran

Berlin – Die Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin gibt ab dem 4. Dezember in der Gemäldegalerie am Kulturforum einen Einblick in die Sammlung des Teheraner Museums für Zeitgenössische Kunst. Die 1977 von Schah Pahlavi eröffnete Sammlung verfügt über einen der größten Bestände westlicher Kunst des 20. Jahrhunderts außerhalb Europas und der USA. Seit der Islamischen Revolution 1979 waren die Werke unter anderem von Jackson Pollock, Mark Rothko oder Francis Bacon sowie moderner iranischer Künstler nur vereinzelt zu sehen. Die Ausstellung läuft bis zum 26. Februar. *tws*

Mode »Made in Berlin«

Berlin – Aus Anlass des 90. Geburtstags von Uli Richter zeigt das Kunstgewerbemuseum am Kulturforum Kreationen des Berliner Modeschöpfers. Der am 28. Dezember 1926 geborene Richter prägte in den 1950er Jahren den Stil „Made in Berlin“. Die bis zum 5. März laufende Ausstellung zeigt neben einem umfangreichen Konvolut an Fotografien, Zeichnungen und Archivalien aus dem Bestand der Kunstbibliothek rund 40 Kostüme aus fast 70 Jahren Modegeschichte. *tws*

Wie es zum Angriff auf Pearl Harbor kam

Bis heute hält sich das Gerücht, dass die Japaner Opfer einer gezielten US-amerikanischen Provokation wurden

Am 7. Dezember 1941 sorgte Japan mit einem Präventivschlag gegen die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, auf den Präsident Franklin D. Roosevelt schon des Längeren hingearbeitet hatte. Aber bewusst provoziert wurde der Angriff wohl nicht, denn er hätte die US-amerikanische Position im Pazifik extrem schwächen können.

Im Zuge seiner Bemühungen, eine „Großostasiatische Wohlstandssphäre“ zu schaffen, führte das japanische Kaiserreich ab dem Juli 1937 Krieg in China und nutzte dann im Sommer 1940 die französische Niederlage gegen Deutschland, um Truppen nach Indochina zu entsenden. Angesichts dessen verlegten die USA demonstrativ ihre Pazifikflotte von San Diego in Kalifornien nach Pearl Harbor auf Hawaii. Dem folgte im September 1940 ein teilweises Ölembargo, das Japan extrem schadete, weil das Land 80 Prozent seines benötigten Erdöls aus den Vereinigten Staaten bezog. Daher traf Tokio nun Anstalten, sich die Rohstoffvorräte Südostasiens zu sichern. In diesem Zusammenhang besetzte die japanische Armee im Juli 1941 auch den Süden Indochinas, wodurch die Philippinen, damals halbautonome Kolonie Washingtons, in Reichweite der Luftstreitkräfte des Kaiserreichs gerieten. Das veranlasste die USA am 25. Juli 1941 zu einem kompletten Öl-Lieferstopp und zum Einfrieren japanischer Guthaben – zwei Schritte, denen sich Großbritannien und Niederländisch-Indien umgehend anschlossen.

Damit stand die Regierung von Premierminister Fürst Konoe Fumimaro mit dem Rücken zur Wand. Da die japanischen Ölvorräte nur noch für wenige Monate reichten, musste eine schnelle Lösung gefunden werden, weil ansonsten die militärische Niederlage in China und der Zusammenbruch der Wirtschaft Nippons drohten. Und diese Lösung bestand in der Annexion der ölreichen britischen und holländischen Kolonien in Südostasien sowie auch der Philippinen – letzteres zur Verhinderung US-amerikanischer Angriffe auf die japanischen Invasions- und Transportflotten. Gleichwohl versuchte Tokio zunächst weiter, den Verhandlungsweg zu beschreiten. Der endete jedoch in einer Sackgasse, als US-Außenminister Cordell Hull auf direkte Anweisung von Präsident Roosevelt am 26. November 1941 eine schroffe diplomatische Note vorlegte, die den vollständigen Abzug aus China und Französisch-Indochina forderte und sehr nach Ultimatum klang.



Bild: U.S. Naval Historical Center Photograph 80-G-30550/CF

Zu Beginn des japanischen Angriffs: Der Hafen von Pearl Harbor

Daraufhin beschloss die japanische Regierung – nunmehr angeführt von General Tojo Hideki – am 1. Dezember im Beisein von Kaiser Hirohito, den Vorstoß nach Süden zu wagen. Dabei sahen die diesbezüglichen, parallel zu den Verhandlungen ausgearbeiteten Planungen vor, die US-amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor auszuschalten, um ungestört in den Seegebieten zwischen Japan und Südostasien operieren zu können. Zu diesem Zweck befand sich ab dem 26. November 1941 ein japanischer Flugzeugträgerverband unter dem Kommando von Vizeadmiral Nagumo Chuichi in See, der dann am 2. Dezember mit dem Funkspruch: „Erklimmt den Berg Niitaka!“ den endgültigen Angriffsbefehl erhielt.

In Umsetzung desselben starteten am Morgen des 7. Dezember 1941 um 6.10 Uhr Ortszeit 183 Bomber und Begleitjäger von den Flugzeugträgern „Akagi“, „Kaga“, „Hiryu“, „Soryu“, „Zuikaku“ und „Shokaku“; um 7.15 Uhr folgten als zweite Welle weitere 170 Maschinen. Ziel der Japaner war vor allem die Vernichtung der in Pearl Harbor vor Anker liegenden acht Schlachtschiffe der US-Pazifikflotte, denn die drei Flugzeugträger „Enterprise“, „Lexington“ und „Saratoga“ befanden sich auf See – die „Enterprise“ übrigens aufgrund eines Sturmes, der das eigentlich für den 6. Dezember vorgesehene Einlaufen verhinderte. Von den Schlachtschiffen der US-Amerikaner wurden die „Arizona“, die „Oklahoma“, die „California“, die „West Virginia“ und die „Nevada“ versenkt beziehungsweise auf

> Der Angriff hätte noch viel erfolgreicher sein können, wenn die Angreifer nicht von ihrem Plan abgewichen wären

Grund gesetzt und die anderen drei beschädigt – dazu kamen zehn weitere getroffene Einheiten und 343 zerstörte oder stark reparaturbedürftige Flugzeuge. Im Verlaufe der Attacke fielen 2403 US-Militärangehörige und 1178 erlitten Verwundungen. Dahingegen verlor die japanische Marine nur 29 Bomber und Jäger sowie fünf Kleinst-U-Boote, wobei insgesamt 65 Mann fielen und dazu noch einer, der Marine-Leutnant Sakamaki Kazuo, in Gefangenschaft geriet.

Der japanische Angriff ohne vorherige Kriegserklärung führte zur schlagartigen Auflösung der Gegensätze zwischen den Tauben und Falken im US-Kongress: Die Kriegserklärung an Japan vom 8. Dezember 1941 wurde deshalb mit nur einer einzigen Gegenstimme verabschiedet. Somit konnte Roosevelt nun an der Seite der Briten und Sowjets in den Krieg gegen Deutschland eintreten, worauf er schon des Längeren mit seiner Politik des Umgehens der US-Neutralitätsgesetze hingesteuert hatte, denn es gab ja den Dreimächtepakt, der Deutschland und Italien verpflichtete, Japan militärisch zur Seite zu stehen, wenn es zum bewaffneten Konflikt mit den USA kommen sollte.

Dieser Automatismus nährte naheliegenderweise Gerüchte, dass Roosevelt nicht nur versuchte, aus dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor maximales politisches Kapital zu schlagen, sondern die Regierung in Washington auch von den japanischen Planungen gewusst und den Angriff auf die Pazifikflotte provoziert habe. Allerdings wollte Roosevelt wohl kein derartiges Spiel mit dem Feuer treiben. Schließlich hätten die Folgen von Pearl Harbor noch deutlich fataler sein können, wenn Nagumo nicht darauf verfallen wäre, die eigentlich geplante dritte Angriffswelle abzublasen, weil nun das Überraschungsmoment fehlte und er zudem den Verlust seiner unersetzlichen Träger durch US-amerikanische Gegenschläge aus der Luft fürchtete. Dadurch unterblieb die Zerstörung der Öltanks mit 535 Millionen Litern Treibstoff sowie der Hafen- und Werftanlagen von Pearl Harbor, ohne welche die US Navy nur in der Nähe der eigenen Küsten, aber eben nicht bei den Philippinen oder anderswo im Westpazifik operieren konnte. Dass Roosevelt bereit gewesen wäre, auch das in Kauf zu nehmen, um sein Land nun auch offiziell in den Zweiten Weltkrieg ziehen zu können, ist eher unwahrscheinlich, zumal seine Strategie der stufenweisen Eskalation doch nicht erfolglos war. Also war die US-amerikanische Katastrophe von Pearl Harbor wohl weniger die wohlkalkulierte Folge einer perfiden Provokation als die Inkompetenz und Überheblichkeit der Verantwortlichen in Washington und auf Hawaii geschuldet, die den angeblich „rassisch minderwertigen Gelben“ keinen derart kühnen Angriff über 3500 Seemeilen Distanz zutrauten. *Wolfgang Kaufmann*

Von Lutheranern, Calvinisten und Katholiken

Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission über die Religionsfrage in den brandenburgisch-preußischen Territorien

Die Themen der Jahrestagungen der Preußischen Historischen Kommission waren in jüngster Zeit auf das 18. und 19. Jahrhundert sowie die entsprechende Rezeption konzentriert. Erinnert sei nur an die – sehr ertragreichen – Konferenzen der Jahre 2011 bis 2013 zur Frage, ob es eine spezifisch preußische Kunst, Musik und Literatur gebe. Die Ergebnisse, auf dem neuesten Stand der Forschung, liegen seit Kurzem auch in drei Bänden publiziert vor.

Einem ganz anders gearteten und in einer anderen Epoche angesiedelten, in seiner Bedeutung für die allgemeine europäische und hier auch für die brandenburgische und preußische Geschichte kaum zu überschätzenden Komplex widmete sich die diesjährige Tagung. Die Reformation, also vor allem die Vorgänge in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, sowie deren Vorgeschichte zum Ausgangspunkt nehmend, diskutierten Historiker und Archivare im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin über das Thema „Vom ein- zum mehrkonfessionellen Landesstaat: Die Religionsfrage in den brandenburgisch-preußischen Territorien vom 16. bis zum frühen 18. Jahrhundert“. Konzipiert wurde die Veranstaltung vom Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Klaus Neitmann, sowie vom Vorsitzenden der Preußischen Historischen Kommission, Frank-Lothar Kroll.

Verbindet man die konfessionelle Problematik allgemein zunächst mit dem Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus, so ist der Fokus bei der Betrachtung Brandenburg-Preußens vor allem auch auf die Auseinandersetzung über die „richtige“ Variante der Reformation zu richten, also das konfliktträchtige Verhältnis zwischen Calvinisten und Lutheranern. Neitmann umriss in seinem Eröffnungsreferat die Thematik, maßgebliche Eckpunkte seien die Einführung der – lutherischen – Reformation in Brandenburg unter Kurfürst Joachim II. ab 1539 sowie der Wechsel zum Calvinismus durch Johann Sigismund am Weihnachtstag des Jahres 1613, der nach gregorianischen Kalender in den Januar 1614 fällt. Auf die Durchsetzung des ab dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 gültigen Prinzips „Cuius regio, eius religio“, also der Bestimmung der Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung durch das Bekenntnis des Landesherrn, verzichtete der Kurfürst. Bemerkenswert ist dies, da nach zeitgenössischen Vorstellungen die konfessionelle Einheit unbedingte Voraussetzung für die Wahrung des Landfriedens war. Die Details des Wechsels beleuchtete Neitmann dann noch einmal in einem separaten Vortrag. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass der konfessionelle Riss schon durch die kurfürstliche Familie ging: Johann Sigismunds Frau, Anna von Preußen, blieb Lutheranerin und war in der Folgezeit Ansprechpartnerin der ebenfalls lutherisch gebliebenen Stände.

Mit den Festlegungen des Jahres 1555 setzte der Vortrag des Tübinger Ordinarius Anton Schindling ein. Dieser schlug unter Zugrundelegung der weit mehr als geographischen Stichworte Heiliges Römisches Reich, deutsche



Der Veranstaltungsort: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Bild: Axel Mauruszat/CF

Territorien, Habsburger Monarchie und polnisch-litauische Rzeczpospolita einen großen Bogen bis zum Westfälischen Frieden des Jahres 1648. Schindling, nach dessen Auffassung der Dreißigjährige Krieg nur eingeschränkt als Religionskrieg bezeichnet werden kann, unterstrich, dass es gegen die Katholiken beziehungsweise eine Rekatholisierung keine gemeinsame evangelische Solidarität gegeben habe.

Dem Problem der konfessionellen Homogenität im Kurfürstentum Brandenburg infolge der Reformation bis 1571, also bis zum Tod Joachims II., wandte sich Andreas Stegmann zu. Betont wurden zum einen der Variantenreichtum des Luthertums und die Tatsache, dass sich die Pfarrer in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eher an Philipp Melanchthon ausrichteten. Zum anderen erfolgte der Übergang vom katholischen Bekenntnis naheliegenderweise nicht abrupt. Die althergebrachte Frömmigkeitspraxis dauerte vielfach fort, Klöster als solche wurden zwar aufgelöst, die Gemeinschaften lebten aber weiter zusammen. Gegenstand der anschließenden Diskussion waren insbesondere Position und Handlungsspielräume Kurfürst Joachims II., der sich gegenüber Kaiser Karl V. bereits 1548 für die Akzeptanz verschiedener Konfessionen eingesetzt hatte.

Nach Vorträgen über das Spannungsverhältnis von Bistum, Dynastie und Reformation am Beispiel der Stadt Lebus sowie über die evangelisch-lutherischen Bistümer Samland und Pomesanien im Herzogtum Preußen widmete sich Michael Scholz dem Erzstift Magdeburg. Erzbischof Albrecht von Brandenburg kämpfte dort ebenso vehement wie erfolglos für die Erhaltung des katholischen Bekenntnisses. Dies zeigt sich auch daran, dass es Landadligen bereits in den 1530er Jahren gelang, gegen den Widerstand Albrechts auf ihren Territorien die Reformation einzuführen.

Heinrich Kaak sprach über die Konfessionsproblematik anhand eines lokalen Beispiels – unter Zugrundelegung der über 1200 Seiten starken Prenzlauer Chronik des Pfarrers Christoph Süring, welche dieser zwischen 1653 und 1670 verfasste.

Im Bestreben, möglichst viele Gebiete Brandenburg-Preußens mit ihren zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen, gerade bezüglich der Religionsfrage, in die Tagung einzubeziehen, waren Pommern und die niederrheinischen Fürstentümer Jülich-Kleve-Berg und Mark Gegenstand weiterer Referate.

Mit dem Vortrag des Würzburger Professors Peter Baumgart, eines ausgewiesenen Kenners der preußischen Geschichte, wechselte der zeitliche Schwerpunkt in die Epoche nach dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs. Baumgart widmete sich der Rekatholisierung Schlesiens. Diese war, um auch äußerlich sichtbare Zeichen zu setzen, mit einer Vielzahl von Kirchenschließungen verbunden. Die Altranstädter Konvention von 1707, die der schwedische König Karl XII., der sich als Anwalt der Protestanten gab, mit Kaiser Joseph I. geschlossen hatte, führte laut Baumgart allenfalls zu partiellen Verbesserungen für die evangelische Seite. Die Habsburger setzten auf den monokonfessionellen Staat, konnten diesen aber letztlich nicht durchsetzen.

Den Abschluss der Konferenz bildeten Betrachtungen zur Konfessionspolitik der beiden ersten preußischen Könige sowie über den vielschichtigen Konflikt um Stellung und Wirken des Aufklärungsphilosophen Christian Wolff.

Insgesamt wurde deutlich, wie facettenreich und bei weitem nicht wissenschaftlich „ausgeforscht“ sich die Religionsproblematik in Brandenburg-Preußen darstellt. Die Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission hat wieder einmal eine beachtliche Anzahl von Forschungsergebnissen präsentiert – die zugleich Ansatzpunkte für künftige Untersuchungen bieten. *Erik Lommatzsch*

Gar schön und lustig, aber ohne Ordnung

Vor 275 Jahren bestieg Peters I. Tochter Elisabeth durch einen Putsch Russlands Thron und beendete die Ausländerherrschaft

Elisabeth I. erfreut sich in Russland als „russischste" aller Zarinnen großer Beliebtheit. Mit einem gegen die „Braunschweiger" gerichteten Staatsstreich kam sie an die Macht und läutete eine laut verkündete Rückbesinnung auf Peter den Großen ein.

Während hierzulande Katharina die Große die größte Aufmerksamkeit genießt, gilt in Russland Peters des Großen Tochter Elisabeth als „russischste" aller Zarinnen, und als Vertreterin der petrinischen Restauration (Rückbesinnung auf Peter I.) gedenkt man ihrer als Befreierin vom fremden Joch ähnlich einer Jeanne d'Arc. Von ihrer großen Beliebtheit zeugen Denkmäler wie das im Jahr 2004 auf der nördlichen Mole in Pillau errichtete, das auch als Symbol für die wiedererlangte Stärke Russlands aufgestellt wurde.

Im sibirischen Altai wurde Elisabeth in diesem Jahr ein Denkmal in Form einer Bronze-Statue gesetzt, das von keinem Geringeren als Surab Zereteli, dem Präsidenten der Russischen Akademie der Künste, der Stadt überreicht wurde. Anlass war der freiwillige Beitritt der Altaier zum Russischen Reich. Weil die Region sich in einer schwierigen Lage mit kriegerischen Nachbarn befand, ersuchten die Altaier am 6. April 1756 Schutz vor Invasionen bei den Russen.

Historiker beschreiben Elisabeth als schöne, ihren Eltern ähnelnde, lebenslustige Person. Neben einer schnellen Auffassungsgabe soll sie viel Witz besessen haben. Die Zarentochter erhielt Unterricht in Fremdsprachen, Geschichte und Geografie. In der Jugend tanzte Elisabeth sehr gut, sie liebte es, auf die Jagd zu gehen, zu reiten und zu rudern. Galt Peter der Große den einen als großer Reformer, so war er für andere der „Zar-Antichrist". In seiner Tochter Elisabeth sah das Volk eine „gute Zarin". Wie ihr Vater mischte sie sich gern unters einfache Volk. Über sie wurde gesagt: „Eine fröhliche Königin war Elisabeth, sie sang und hatte Spaß, nur Ordnung gab es nicht." Dafür lebte es sich gut unter Elisabeth, da sie selbst die Ruhe liebte. Sie galt als wenig arbeitssam, dafür als kapriziös, leichtlebig und lebenslustig.

Eigentlich hätte Elisabeth schon 1730 nach dem plötzlichen Tod Peters II. den Thron besteigen können. Dazu hätte sie das Leben einer Großfürstin in Ismajlowo nahe Moskau aufgeben müssen, was sie nicht tat. „Ich bin froh, es nicht getan zu haben. Ich war zu jung, und mein Volk hätte mich nicht akzeptiert", wird Elisabeth zitiert.

Thronfolgerin wurde ihre Cousine Anna Iwanowna, die Herzogin von Kurland. Nach ihrem Tod lenkte deren Nichte Anna Leopoldowna die Regierungsgeschäfte. In dieser Periode beobachtete Elisabeth sollte Elisabeth im Sommer 1741 Ludwig von Braunschweig heiraten, der St. Petersburg besuchte, um das Herzogtum Kurland in Empfang zu nehmen. Anna Leopoldowna drohte Elisabeth mit dem Kloster, falls sie sich weigere zu heiraten. Doch Elisabeth hatte schon früh, nach dem Tod ihres Verlobten Karl August von Schleswig-Holstein-Gottorf im Jahr 1727, beschlossen, unverheiratet zu bleiben. Was nicht heißt, dass sie dem



Bild: Tretjakow-Galerie, Moskau_CF

Stets gut gekleidet und von Günstlingen hofiert: Elisabeth in Zarskoje Selo, Gemälde von Eugene Lanceray (1905)

starken Geschlecht abgeschworen hätte. Während der Regentschaft Peter II. hatte sie ein intimes Verhältnis zu Alexander Borissowitsch Buturlin, Feldmarschall Graf Alexej Rasumowskij wurde ihr zum wichtigen Begleiter, und als Gutsherrin schloss sie Freundschaft mit Männern, die später Bedeutung erhielten, als sie Kaiserin war. So wurden Michail Woronzow ihr Vizekanzler, Pjotr Schuwalow ihr Senatspräsident und Alexander Schuwalow Chef der Geheimpolizei. Ihr Leibarzt Armand Lestocq nahm neben dem französischen Gesandten Jacques Joachim Trotti de la Chétardie beim Putsch Einfluss auf sie.

Berücksichtigt man Elisabeths Charakter, wird klar, dass die an Vergnügungen gewöhnte Zarentochter ein Leben ohne Kostümbälle, Feuerwerke, Champagner und Männer nicht ertragen hätte.

Anna Leopoldowna wollte die Warnzeichen einer wachsenden Unzufriedenheit im Volk mit der „Ausländerherrschaft" nicht sehen. Dass Ausländer wichtige Posten besetzten, führte zum Unmut der Adligen und einfacher Leute gleichermaßen, die Elisabeth als legitime Thronfolgerin sahen.

Im August 1741 hatte Schweden Russland den Krieg erklärt. Die Truppen befanden sich mit Ausnahme der Garderegimenter, die Elisabeth treu ergeben waren, an der Front. Elisabeth und ihre Parteifreunde beschlossen, die Lage zu nutzen. Vor 275 Jahren, am 25. November (6. Dezember nach dem gregorianischen Kalender) 1741 zog Elisabeth an der Spitze des ihr ergebenen Preobraschenskij-Garderegiments zum Winterpalast. Zuvor hatte sie verlangt, dass niemand getötet werden dürfe. So kam es zum unblutigen Staatsstreich. Der Legende nach soll Elisabeth Anna Leopoldowna mit dem Ausruf: „Schwesterchen, es ist Zeit aufzustehen", überrascht haben. Der Umsturz 1741 erfolgte festlich, unter den jubelnden Rufen der Masse: „Nieder mit den Deutschen!" Er erinnerte eher an eine Karnevals-Veranstaltung.

Elisabeth blieb ihrem Schwur treu, niemals ein Todesurteil zu unterzeichnen. Ihre Herrschaft, die von der Verherrlichung ihres Vaters geprägt war, löste eine große Welle russischen nationalen Selbstbewusstseins aus. Russische Historiker meinen, dass Elisabeth die untergrabene Autorität Russlands auf der internationalen Arena wiedererrichtet und die militärische Kraft gestärkt habe.

Das drängt den Vergleich mit Wladimir Putin auf und erklärt dessen große Beliebtheit beim russischen Volk. Wie Elisabeth gelang es ihm in seiner ersten Amtszeit, die von Oligarchen ausgebeutete russische Wirtschaft zu konsolidieren und den Einfluss westlicher Interessen zurückzudrängen. Mit der Modernisierung und der Aufrüstung des Militärs demonstriert er die wiedergewonnene Stärke Russlands.

Der damals 32-jährigen Regentin wird indessen vorgeworfen, dass sie vieles angefangen und nicht zu Ende geführt habe, wie den Bau des neuen Winterpalasts. Aber es gibt auch eine positive Seite: Wegen ihrer Vorliebe für schöne Kleider entstanden die ersten Stofffabriken. Es wurden Samt und Taft produziert, Seiden- und Papiergewebefabriken entstanden. Elisabeth soll 15 000 Kleider, Truhen mit Seidenstrümpfen sowie unbezahlte Rechnungen hinterlassen haben. Der russische Staat hat sich in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Kultur und Bildung weiterentwickelt, wenn auch langsam.

Elisabeth führte den Senat wieder ein, sie hob die inneren Zölle zwischen einer Reihe russischer Gouvernements auf, was die Vereinigung des Landes zu einem Ganzen vereinfachte. Unter Elisabeth wurden Handelsbanken eingerichtet, was zur Entwicklung der russischen Wirtschaft beitrug. Auch die Bildung trieb sie voran. 1755 wurde die Moskauer Universität gegründet. Das Anlocken ausländischer Spezialisten erfolgte jedoch unter strenger staatlicher Kontrolle.

Die Elisabethinische Epoche ist eine Zeit der Widersprüche. An ihrem Hof stritten Lestocq und Chétardie für einen Bund mit Frankreich und Preußen, während der Kanzler Alexej Bestuschew engere Beziehungen mit Österreich und England wollte. Alle waren sie bestechlich. Da Elisabeths Charakter schwach war, gab es ständig Kämpfe um Einfluss auf sie. Zwar war der Senat von Ausländern gesäubert, aber ein Günstlingskollegium übte die volle, ungeteilte Regierungsgewalt aus. Elisabeth, die ihre Herrschaft der adligen Garde verdankte, herrschte nun so sehr zugunsten des Adels, dass aus der petrinischen Autokratie eine Adelsherrschaft geworden war.

Dass es ganz ohne Deutsche nicht ging, zeigt die Wahl ihres Nachfolgers. Gleich nach ihrer Thronbesteigung holte Elisabeth Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, den Sohn ihrer verstorbenen Schwester Anna, nach Russland, der als Peter III. russischer Zar wurde.

Manuela Rosenthal-Kappi

Vom Pech verfolgt

Die jüngere Schwester der »Scharnhorst« lag mehr in der Werft, als dass sie zur See fuhr

Die „Gneisenau" war das zweite und letzte vom Stapel gelaufene Schlachtschiff der Scharnhorst-Klasse, aber das erste in Dienst gestellte. Es wurde nach dem preußischen Generalfeldmarschall und Heeresreformer August Neidhardt von Gneisenau (1760–1831) benannt. Zuvor hatte dieser schon 1906 dem Panzerkreuzer „SMS Gneisenau" seinen Namen gegeben, der am 8. Dezember 1914, genau 22 Jahre vor dem Stapellauf des Schlachtschiffs, im Seegefecht bei den Falklandinseln versenkt wurde. So war es dann auch die Witwe des dabei umgekommenen Kommandanten, die am 8. Dezember 1936 die „Gneisenau" taufte.

Der erste militärische Erfolg der „Gneisenau" und der „Scharnhorst" im Zweiten Weltkrieg war die Versenkung des britischen Hilfskreuzers „HMS Rawalpindi" am 23. November 1939 im Nordmeer. Beim Unternehmen „Weserübung" zur Besetzung von Norwegen und Dänemark im April 1940 erhielt die „Gneisenau" einen schweren Treffer, war aber schon beim Unternehmen „Juno" im Sommer 1940 in Norwegen wieder einsatzbereit. Dieses Mal wurde sie von einem Torpedo getroffen, der ein riesiges Loch in das Vorschiff riss. Nach einer provisorischen Reparatur kehrte die „Gneisenau" nach Kiel zurück. Nach dem Werftaufenthalt folgte Ende Dezember ein gemeinsamer Durchbruchversuch mit der „Scharnhorst" in den Atlantik. Dabei erhielt die „Gneisenau" bei



Bild: Bundesarchiv, DVM 10 Bild-23-63-01 / CC-BY-SA 3.0

Früher in Dienst gestellt, aber mit dem 8. Dezember 1936 gut zwei Monate später vom Stapel gelaufen als das Typschiff der Scharnhorst-Klasse: Die „Gneisenau"

starker See schwere Seeschäden und musste wieder in die Werft zurückkehren. Im Januar 1941 gelang der zweite Durchbruchsversuch und die beiden Schlachtschiffe begaben sich erfolgreich auf Geleitzugjagd. Bis März hatte allein die „Gneisenau" 66 500 Bruttoregistertonnen Handelsschiffstonnage versenkt. Zurück in Brest erhielt das Schiff im Dock mehrere Bombentreffer und bei der Rückführung nach Deutschland im Februar 1942 noch einen Minentreffer, sodass die „Gneisenau" wieder im Schwimmdock der Deutschen Werft in Kiel eindockte. Da man keine lange Liegezeit erwartete, wurde die Munition nicht von Bord geschafft, sondern es wurden nur die Zünder der Granaten entfernt. Das wurde der „Gneisenau" zum Verhängnis, denn beim Luftangriff auf Kiel in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 1942 durchschlug eine Bombe mehrere Decks, und es kam zu schweren Explosionen des Pulvervorrats. Der Geschützturm A wurde komplett zerstört und das Vorschiff war ausgeglüht. Bei dem Angriff kamen 112 Menschen ums Leben. Die „Gneisenau" fuhr trotz allem aus eigener Kraft zur Reparatur und zum Umbau nach Gotenhafen und wurde dafür dort am 1. Juli 1942 außer Dienst gestellt. Durch die Entscheidung Adolf Hitlers, alle Kräfte auf die U-Boot-Waffe zu konzentrieren, wurden die Arbeiten nicht zu Ende geführt. Die Geschütze wurden abgebaut und als Küstenartillerie in Norwegen und Dänemark verwendet.

Die „Gneisenau" lag bis zum Frühjahr 1945 unter Tarnnetzen in Gotenhafen und wurde am 27. März nach dem Rückzug der Wehrmacht als Blockschiff in der Hafeneinfahrt auf Grund gesetzt. Nach Kriegsende wurde das Schiff von polnischen Soldaten gehoben und abgewrackt. *Britta Heitmann*

Nach Merkel die Sintflut

Zu: Geniale Täuscherin (Nr. 47)

Sie liebt mich, sie liebt mich nicht. – Was für Jungverliebte vielleicht heute noch möglich ist, geht für eine Bundeskanzlerin in keiner Weise. Röttgen ist vorgeprescht und wurde prompt zurückgepfiffen – ganz Deutschland schaute gebannt nach der Bundeskanzlei, wann dort der weiße Rauch aufsteigen würde.

Das ist ein unhaltbarer Zustand. Präsident Barack Obama zeigt auf, wie dieser Missstand behoben werden kann: Amtszeitbeschränkung für den Bundeskanzler, die Bundesminister (w./m.). O-Ton Obama: „Ich denke, es ist eine sehr gesunde Einstellung, wenn es in einem so großen und vielseitigen Land wie dem unsrigen eine Abwechslung gibt, sodass man – um einen Begriff aus dem Basketball zu verwenden – frischere Spieler, frischere Beine hat und nun den Staffelstab wirklich an den Nächsten übergibt" (April 2016 anlässlich der Messe-Eröffnung in Hannover). Zu einem Journalisten sagte er, dass er Angela Merkel nicht darum beneide, dass es keine Mandatsbeschränkung gibt.

Es steht Deutschland gut an, wenn es seine Demokratie noch weiter ausbaut. Eine Amtszeitbeschränkung hat zur Folge, dass alle Strippenzieher in spätestens acht Jahren (zwei Amtszeiten) neue Kräfte bereitstellen müssen. Ein Bundeskanzler kann dann nicht mehr das ganze Feld von Konkurrenten, das heißt möglichen Nachfolgern, abräumen: Er ist gezwungen, an die Zeit danach zu denken. Zurzeit sieht es leider eher danach aus, dass die Bundeskanzlerin denkt: „Nach mir die Sintflut." **Dr. Jürg Walter Meyer, Leimen bei Heidelberg**

Der utopische Jack London

Zu: Animalische Kraft (Nr. 46)

Wenn die Sprache auf Jack London kommt, dann werden – wie auch in diesem Beitrag – immer wieder seine Werke „Der Seewolf", „Ruf der Wildnis", „Wolfsblut" oder „Lockruf des Goldes" genannt. Wenig bekannt ist hingegen, dass der Autor 1912 auch einen unter die Haut gehenden futuristischen Roman mit dem Titel „Die Scharlachpest" (im Original: „The Scarlet Plague") schrieb.

Darin beschreibt London, wie sich plötzlich eine Krankheit ausbreitet, gegen die es kein Mittel zu geben scheint und die hoch ansteckend ist. Folge: Nahezu die gesamte Menschheit der Erde stirbt in kürzester Zeit, und nur einige wenige Exemplare dieser Spezies überleben. Sie müssen in der zur Wildnis gewordenen Welt neu anfangen und vegetieren dahin wie die Vorfahren in der Steinzeit. Ihren Enkeln, die bereits in einer solchen Umgebung aufgewachsen sind, erzählen sie dann von einer früheren Welt, die zugrunde ging und deren letzte Zeugen sie nun noch sind – zum größten Erstaunen der jungen Leute, die sich das alles natürlich gar nicht vorstellen und daher auch viele Begriffe (aus der einstmals modernen Welt), die ihre Großeltern im Gespräch verwenden, nicht nachvollziehen können.

Der Roman ist unglaublich spannend zu lesen und bildete noch in den 1960er Jahren im Original eine Pflichtlektüre im Englisch-Unterricht fast jedes Gymnasiums, ähnlich den beiden anderen bekannten Utopien „1984" von George Orwell (1948) und „Brave New World" („Schöne neue Welt") von Aldous Huxley (1932). **Wolfgang Reith, Neuss**

Kein Trost-Wort

Zu: Verirrungen (Nr. 45)

Der *PAZ*-Leitartikel über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge trifft den Nagel auf den Kopf. Die „ideologische Verirrung" nimmt ständig zu. Dazu ergänzend ein Beispiel aus der jüngsten Schrift des Verbandes zum Volkstrauertag. Unter den „Anregungen und Gedanken zur Gestaltung von Gedenkstunden und Gottesdiensten" findet sich als „Redevorschlag 2" ein Beitrag des Direktors des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, Oberst Matthias Rogg. Darin wird einleitend zustimmend auf den Vorwurf der Psychoanalytiker Alexander und Margarethe Mitscherlich über die „Unfähigkeit, zu Trauern" in Bezug auf die Nachkriegsgesellschaft hingewiesen. Was dann nachfolgt, ist eine einzige politische Belehrung mit der Bezichtigung der Deutschen wegen Kollaboration und Komplizenschaft zwischen der NS-Führung und den „Geführten" (also den Deutschen).

Es folgt eine Hervorhebung der rassenideologischen NS-Verbrechen sowie der übliche pauschale Schuldvorwurf, dem noch der angebliche Unwille der Deutschen, die Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, angehangen wird. Selbstverständlich haben die Alliierten Europa befreit.

Gegen Schluss dieser Ausführungen werden natürlich noch die anderen Opfer des NS aufgezählt, als da sind die Sinti und Roma, die Homosexuellen, die Millionen von Zwangsarbeitern und die Wehrmachtsdeserteure. Dies alles mündet in den Ausdruck der Sorge, dass viel zu viele aus der Geschichte nichts gelernt haben. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus seien auf dem Vormarsch.

Man stelle sich vor, was wohl in einer vereinsamten alten Kriegerwitwe vor sich geht, die sich solches unbarmherziges, akademisches Geschwätz am Volkstrauertag anhören muss. Kein Wort der mitfühlenden Trauer, kein Wort des Trostes, geschweige denn ein Wort des guten Kameraden im Hinblick auf das ewige Leben (dritte Strophe von Ludwig Uhlands „Ich hatt' einen Kameraden"). **Reinhard Uhle-Wettler, Timmendorfer Strand**



Daumen hoch für Donald Trump: Vor den US-Präsidentschaftswahlen hielten besonders in Europa viele Politiker den Daumen für den republikanischen Kandidaten gesenkt. Nach seiner Wahl dürften sich die Hände um 180 Grad drehen Bild: action press

Die Übergutmenschen müssen nach Trumps Triumph umdenken

Zu: Der Hass von oben (Nr. 46)

Amerika hat gewählt. Und hierzulande setzte der große Katzenjammer ein statt rauschender Siegesfeiern. Es stellt sich zunächst einmal die Frage, was sich die deutschen Qualitätsmedien und im Gleichklang die sogenannten etablierten Parteien in den Wahlkampf eines anderen Landes einzumischen haben, statt hier eine strikte Neutralität zu wahren.

Da wurde der vermeintlich chancenlose Außenseiter zum Irren erklärt, als Vollpfosten und Vollidiot bezeichnet. Es will bei mir nicht mal Schadenfreude aufkommen beim Zuschauen, wie diese hochgebildeten Spitzenpolitiker beim vermeintlichen Vollidioten bald buckeln und zu Kreuze kriechen werden.

Und der Anstand gebietet es, hier nicht weiter zu vertiefen, wer sich zum Idioten gemacht hat. Nein, vorherrschend ist bei mir die Betroffenheit, auf welch niedrigem geistigem Niveau politische Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden. Es wurde doch immer getönt: Vielfalt statt Einfalt. Vielleicht sollte endlich mal wieder der Verstand eingeschaltet werden.

Welches Horrorszenario wurde da den Bundesbürgern unterbreitet? Ein unberechenbarer Präsident, der die ganze Welt ins Unglück stürzen würde. Ein Dämon also, der unbedingt verhindert werden müsse. Dazu seine angebliche politische Unerfahrenheit.

Und zu einem weiteren Dämon, der unbedingt zu bekämpfen sei, wurde der russische Präsident gemacht. Zunächst durch die Leitmedien, danach wurde es von den etablierten Parteien kritiklos Punkt für Punkt übernommen. Es wird von Verschärfung der Sanktionen (die nur der deutschen Wirtschaft schaden, aber den USA umso mehr nutzen) getönt bis zu Forderungen nach einem Nato-Eingreifen, um das ach so aggressive Russland in die Schranken zu weisen.

Hat sich mal jemand die Mühe gemacht, sich mit den Reden Putins an die Deutschen zu befassen? Diese kann man übrigens allesamt in einem Heft des Kai-Homilius-Verlages nachlesen. Im Gegensatz zu den zu Dämonen aufgebauten Herren Putin und Trump wurde Hillary Clinton geradezu in den Himmel gehoben. Kein Wort war von ihrer Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Angriffskriege in der arabischen Welt zu hören. Original-Zitat nach der Bombardierung Libyens: „Wow, we came, we saw, and we won."

Es sei an dieser Stelle erinnert an die Forderungen von Peter Barnett, Leiter der US-Denkfabrik Stratfor (Strategic forces). Er ist in den USA nicht irgendjemand, sondern einer der einflussreichsten Berater der Regierung Barack Obamas. Er plädierte bereits vor zwei Jahren für einen atomaren Erstschlag der Nato gegen Russland. Über eine Kritik der etablierten politischen Kräfte in der EU an dieser Forderung ist nichts bekannt.

Bleibt zuletzt die Hoffnung, und es gibt bereits leichte Anzeichen dafür, dass mit einer Regierung Trump die Zeichen endlich wieder auf Entspannung stehen und die Kriegstreiberei ein Ende findet. Wenn sich hierzulande Politik und Medien den linksgrünen Meinungsvorgaben unterwerfen und sich der Wähler vorschreiben lässt, welche Parteien er nicht wählen soll, so muss das in anderen Ländern nicht unbedingt der Fall sein. Welch eine Anmaßung, den amerikanischen Wähler derart bevormunden zu wollen.

Abschließend ein Zitat von einer von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten E-Mail an Hillary Clinton. Darin ist von „the German Übergutmenschen" die Rede. **Ralf Möllering, Melle**

Trumps Ohrfeige

Zu: Der Hass von oben (Nr. 46)

Aus tiefstem Herzen freuen wir uns und atmen auf nach Donald Trumps Wahlsieg in den Vereinigten Staaten. Er enthält mehrere Ohrfeigen: Eine für das Meinungskartell der politisch-medialen Meute, deren Mitglieder sich selbst für gebildet, gar für die „Elite" halten. Die andere für fast 60000 Bevormundungs-Bürokraten der EU: Ein Überstaat, ungeniert selbst aufgestellte Regeln brechend, die Ressourcen der Nationen verschleudernd, am allermeisten die Deutschlands, wie vor Jahren einer der hohen Herren in Brüssel eingestand: „Wenn die Deutschen nicht mehr zahlen, bricht hier alles zusammen."

Es ist auch eine Ohrfeige für all jene, die Tag für Tag versuchen, uns Patrioten in Druck- und Funkmedien zu verunglimpfen, indem sie uns als „Populisten", „Rechtspopulisten" oder „Neonazis" beschimpfen. Mit diesen Propagandabegriffen geben sie zu erkennen, dass ihnen Artikel 3 des Grundgesetzes nichts bedeutet: Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Artikel 13 lassen diese Leute auch gleich außer Acht: Die Wohnung ist unverletzlich. Das Land einer jeden Nation ist seine Wohnung. Um unverletzlich sein zu können, muss eine Wohnung zu schließende und abzuschließende Türen haben. Ist das bei unserem Land noch der Fall?

Zum x-ten Mal wird das Recht gebrochen, indem die Regierenden hunderttausende wildfremde Personen nicht nur ohne Papiere ins Land strömen lassen, sondern ihnen – ohne uns zu fragen – Milliardenbeträge schenken, die wir mit harter Arbeit erwirtschaftet haben. Wie war das mit dem Eid, Schaden vom eigenen Volk abzuwenden?

Wer all diese Tatsachen vor einer Wahl beim Namen nennt, den schließt das deutsche Zwangsgebühren-Staatsfernsehen, ebenfalls das Grundgesetz missachtend, vom Gespräch aus. Eingeladen werden nur diejenigen Parteivertreter, die in buchstäblich grenzenlos befremdlicher Weise Recht- und Gesetzlosigkeit bejubeln. Ihnen allen sei eine Volksweisheit ins Stammbuch geschrieben: Ohnmacht züchtet Wut. Auch gegen eine Globalisierung, welche die Gefühle von Millionen Menschen, Familien und ganzer Völker seit vielen Jahren missachtet. **Reinhard Haupt, Hohenstaufen**

Wer mit dem Finger gen USA zeigt

Zu: Der Hass von oben (Nr. 46)

Donald Trump wurde demokratisch gewählt. Es steht weder deutschen Politikern noch dem deutschen Volk zu, die Wahlen in den USA infrage zu stellen. Vieles, was der zukünftige Präsident der USA gesagt hat, ist sicherlich mehr als grenzwertig. Das amerikanische Wahlkampfgetöse ist jedoch die eine Seite. Die andere Seite beziehungsweise Frage ist doch, was geschieht denn tatsächlich nach der Wahlkampfschlacht?

Es ist fatal, wenn im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl das Wort „Nazi" in Deutschland genannt wird. Wie wird man wohl über uns reden, wenn im September 2017 gewählt wird und eine braune Farbe über uns hereinbricht? Aber nicht nur in Deutschland besteht durchaus die konkrete Gefahr. Ein Rechtsruck ist durchaus in Frankreich, in den Niederlanden oder auch in Italien denkbar. Alle die, die jetzt gegen Trump und gegen das amerikanische Wahlvolk protestieren, sollten die Müllberge vor ihrer eigenen Tür anschauen. Wir haben in Europa und in Deutschland genügend Probleme, die wir nicht in den Griff bekommen.

Man sollte nicht mit dem Finger auf die USA zeigen, denn man sieht sich im Leben nicht nur einmal. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Islam hält sich nicht an europäische Regeln

Zu: Von einem Austausch kann keine Rede sein (Nr. 46)

Wieder einmal haben Sie mit dem Thema „Islamisierung" den Finger in eine offene politische Wunde gelegt. Unsere Medien des stromlinienförmigen Zeitgeistes meiden dieses Thema wie der Teufel das Weihwasser. Vor einiger Zeit habe ich mit einem jüngeren Moslem aus Mazedonien gesprochen und ihn gefragt, ob er das islamische Strafrecht (Scharia) für angemessen hält, zum Beispiel das Abtrennen von Gliedmaßen bei Diebstahl oder die Steinigung von Frauen nach Ehebruch. Zu meiner Enttäuschung bejahte er dies, weshalb ich mich später mit den wichtigsten Lehren und Forderungen des Islam befasst habe.

Leider musste ich feststellen, dass sich der strenge Islam niemals an die europäischen Gewohnheiten wird anpassen können. Unsere Lebensart geht letztlich auf die griechisch-römische Antike und auf das aufgeklärte Christentum zurück, während für den Islam die unabänderlichen Regeln des Korans und des islamischen Rechts verbindlich bleiben.

Die bisherige aufgeklärt-tolerante Lebensweise in Deutschland wird ärgerlicherweise mehr und mehr verschwinden, weil sich die Entscheidungsträger, darunter Bischöfe und Kardinäle sowie die maßgeblichen Medienleute, nicht für ihren Erhalt, sondern für intolerante oder merkwürdige islamische Gebräuche einsetzen. Dazu gehört auch das Androhen von Gewalt gegen zum Christentum konvertierte Moslems, Unterbrechung der Arbeit durch Gebetspausen, das Abhängen von Kreuzen in öffentlichen Gebäuden sowie von Aktbildern in Galerien oder das Verbannen von Schweinefleischgerichten aus Kantinen. Kurz, der strenge Islam will und kann sich nicht an die bisherigen europäischen Regeln anpassen. Das will der linke Zeitgeist offenbar einfach nicht wahrhaben. **Wolfgang Hendlmeier, München**

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung,* Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 2. Dezember 2016

MELDUNGEN

EU-Gelder für Kanalisation

Lyck – Einen Zuschuss von über 4,7 Millionen Euro erhält das Lycker Wasser- und Kanalisations-Unternehmen von der EU zur Verbesserung der Abwasserbeseitigung im Bereich Lyck II. Das Projekt umfasst den Umbau des Kanalisationsnetzes, des Abwasser-Transportes und der Kläranlage in Neuendorf. Es beinhaltet neun Maßnahmen, die nach einem Zeitplan, der vom Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Warschau bestätigt wurde, verwirklicht werden. Die Arbeiten werden Ende 2020 beendet sein. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] - Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Limbsee [Limza] – Freystadt [Kisielice], Baustelle; Warweiden [Wirwaidy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Borkenau [Nowe Bagienice] – Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap – Treuburg [Olekko], Brückenbau; Neuendorf [Nowa Wiez Elcka], Baustelle. *E.G.*

Neue Sicht auf die Tannenbergschlacht

Aktuelle Forschungsergebnisse internationaler Experten revolutionieren bisherige Erkenntnisse

Die seit zwei Jahren durchgeführten archäologischen Forschungen lassen den Schluss zu, dass die Schlacht von Tannenberg (1410) auf einem viel größeren Gebiet stattgefunden haben, als bisher angenommen. Es wurde unter anderem der Ort des Lagers des Deutschen Ordens entdeckt.



Bild: Museum der Schlacht von Tannenberg

Archäologen bei der Arbeit: Mit Metalldetektoren suchen sie nach Kriegsgerät

Jedes Jahr beteiligen sich Dutzende von Archäologen und Amateur-Rechercheuren aus Dänemark, Norwegen, Großbritannien und Polen, mit Metalldetektoren, Scannern und Georadargeräten ausgestattet, an diesen aktuellen Forschungen. In der ersten Saison wurde das Tal des Großen Baches gesucht, wo – nach den Beschreibungen von Jan Dlugosz – die polnisch-litauische Armee gegen den Deutschen Orden gekämpft hatte. Wie bereits im vergangenen suchten die Forscher auch in diesem Jahr Spuren des Lagers des Deutschen Ordens. Sie überprüften die Bereiche der im Westen gelegenen Ruinen der Kapelle, die nach der Schlacht auf Geheiß des Hochmeisters Heinrich von Plauen gebaut und im Jahre 1413 geweiht wurde. Die Forscher wollten überprüfen, warum die Ordensritter die Kapelle an dieser Stelle errichtet hatten, die aufgrund der ungünstigen Beschaffenheit des Geländes eigentlich nicht dafür tauglich war. Nach den bisherigen Hypothesen wurde die Kapelle an der Stelle gebaut, an der Hochmeister Ulrich von Jungingen sein Leben verlor, oder aber es war der Ort, an dem sich das Lager der Deutschordens-Truppen befunden hatte.

Der Leiter der Forschung, Piotr A. Nowakowski von der archäologischen und historischen Abteilung des Museums der Schlacht von Tannenberg, glaubt, dass die vorjährigen Forschungen bereits bestätigt hätten, dass die zweite Annahme richtig sei. Die Forscher fanden zahlreiche Waffen rund um die Kapelle. Es handelt sich hauptsächlich um Spitzen von Pfeilen und Bolzen, was auf eine Belagerung des Lagers hindeutet. Laut Nowakowski könnte die groß angelegte internationale Forschung auch bei der Erklärung anderer Geheimnisse der Schlacht von Tannenberg helfen. Es geht vor allem darum, die genaue Position der großen Kämpfe zu bestimmen.

An der Suche nimmt der schwedische Wissenschaftler Sven Ekdahl vom Polnisch-Skandinavischen Forschungsinstitut teil. Er vertritt die Hypothese, dass die Hauptschlacht an einem etwas anderem Ort stattgefunden habe, als dem in der polnischen Geschichtsschreibung angenommenen. Er glaubt, dass die Bereiche östlich und südlich des Dorfes Grünfelde der wahre Ort des Hauptkampfes gewesen seien und nicht die – wie polnische Historiker behaupten – im Osten und Süden von Tannenberg. Frühere Forschungen haben schon gezeigt, dass das Schlachtfeld viel größer als angenommen war. Es war ein Manöverkampf der Kavallerie, also verlief er auf einem riesigen Gebiet.

Pfeilspitzen und Münzen geborgen

Nach aktuellen Angaben der Archäologen ist es offenbar auch gelungen, den östlichen und westlichen Rand des Schlachtfeldes zu bestimmen. Die Forscher machten nämlich auf dem Teil des Untersuchungsgebiets zahlreiche militärische Funde. Zunächst jedoch kamen sie zu einem Gebiet, wo es keine einzige Spur von Kriegsgerät der Schlacht gab. Auf diese Weise gelang es, die Westgrenze des Schlachtfelds im Bereich der heutigen Straße Grünfelde–Ludwigsdorf zu bezeichnen. Damit wurde die Theorie Ekdahls verifiziert, der den Bereich als Ort der Hauptschlacht deutete.

Bis zur Organisation der ersten internationalen Expedition mit Beteiligung von Detektoren gab es im Museum der Schlacht von Tannenberg nur ein Dutzend historischer Militärfunde von früheren Ausgrabungen. Die Arbeiten wurden ab 1958 anlässlich des 550. Jahrestags der Schlacht durchgeführt und dauerten mit Unterbrechungen bis 1990 an.

In den vergangenen zwei Jahren fanden die Forscher jedoch mehr als bei allen bisherigen archäologischen Expeditionen heraus, die über mehrere Jahrzehnte stattgefunden hatten. Eine solche Fülle des Quellenmaterials ist auch wichtig für die Erforschung der Geschichte der Schlacht in Bezug auf das Wissen über die Waffen.

Die archäologischen Ausgrabungen, die zuvor auf den Feldern von Grünfelde durchgeführt wurden, umfassten in der Regel den Bereich von ein bis zwei Ar. Die Suche unter Beteiligung Dutzender Forscher mit Metalldetektoren hat es möglich gemacht, mehr als 300 Hektar zu durchforsten. Insgesamt wurden dabei rund 600 kleine mittelalterliche Gegenstände gefunden. Unter ihnen ist eine große Sammlung von Pfeilspitzen und Armbrustbolzen, Beilen, Fragmenten mittelalterlicher Schwerter und eines gepanzerten Handschuhs, Gürtelbeschlägen sowie Teile von Rittersporen und Pferdegeschirr.

Es gibt auch Münzen des Deutschen Ordens und der Jagiellonen sowie Denkmäler aus späteren Perioden. Die historischen Funde werden nach der wissenschaftlichen Auswertung und Bearbeitung den Besuchern gezeigt. Einige waren schon auf der Ausstellung im Pavillon des Grünfelder Museums.

Das Museum gab bekannt, dass die Arbeiten in den kommenden Jahren fortsetzt werden. Ziele der weiteren Forschung werden eine endgültige Überprüfung der Theorien über den Ort der Hauptkampfhandlungen und das Auffinden von Massengräbern der gefallenen Ritter bei Tannenberg sein. Bisher wurden lediglich Grabstätten in der Nähe der Ruinen der Kapelle gefunden. Während der archäologischen Arbeiten in den 60er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden Knochen von mehr als 200 Personen entdeckt. Bei der Schlacht kamen aber 8000 bis 10 000 Menschen ums Leben. Für die weitere Suche will das Museum eine noch bessere Ausrüstung kaufen.

Leszek Chaburski

Nato in Elbing

Koordinierung erfolgt von Ostpreußen aus

Wie bereits auf dem Nato-Gipfel in Warschau beschlossen, soll im April kommenden Jahres eine Division des Bündnisses von Elbing aus die Bataillone koordinieren, welche die Nato 2017 in die baltischen Staaten entsenden wird. Ab Januar beginnt die Einquartierung einer Brigade aus den USA im südlichen Ostpreußen, teilte in Brüssel der polnische Verteidigungsminister Anton Macierewicz mit. Auf einer Pressekonferenz im Nato-Hauptquartier in Brüssel erklärte er, es sei für Polen wichtig, dass die Nato-Kräfte an der Ostflanke des Bündnisses eine polnische Führung durch eine Division in Elbing erhalten.

Der Divisions-Führung wurde die Rolle eines Koordinators für alle vier Kampf-Bataillone zugewiesen, die unmittelbar mit estnischen, lettischen und litauischen Brigaden zusammenarbeiten. Aber die Führung werde in Elbing liegen, sagte der Minister.

Neben amerikanischen würden auch Abteilungen aus Großbritannien und Rumänien die Brigade bilden. Vorher werde Militär einer schweren amerikanischen Panzer-Brigade in Polen einquartiert. Dadurch werde Polen zu einem wichtigen Punkt der Unterbringung des amerikanischen Militärs an der östlichen Flanke der Nato, erläuterte Macierewicz. Die Soldaten sollen in mindestens vier Orten einquartiert werden unter anderem in Arnswalde in Pommern, in Sagan in Niederschlesien und in Schlagakrug in der Nähe von Arys in Ostpreußen. *PAZ*

Polen will eine Schlüsselrolle

Sensburger wollen Friedhof erhalten

»Zukunft braucht Vergangenheit« – Zofia Wojciechowska wandte sich an die Öffentlichkeit

Im April dieses Jahres wurde über den aus dem 19. Jahrhundert stammenden evangelisch-augsburgischen Friedhofs in Sensburg öffentlich diskutiert. Auf einem Teil des Friedhofs sind polnische, russische und deutsche Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg beerdigt. Der andere Teil weist auf die örtlichen Bewohner aus dem 19. Jahrhundert hin. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden hier auch Orthodoxe beerdigt. Die damalige Kapelle wurde später den Orthodoxen überlassen, allerdings anschließend abgerissen. Die Gräber sind in einem äußerst maroden Zustand.

Zofia Wojciechowska, eine engagierte Bewohnerin Sensburgs, rief die Bewohner der Stadt zur Erhaltung des Friedhofs auf. Sie bemerkte auf dem Gelände des Friedhofs Vandalismus und schrieb daraufhin einen offenen Brief an die Stadtverwaltung: „Unser Verein zur Rettung des Sensburger Friedhofs ist sehr klein, aber es geht uns um eine große Sache: Die Erhaltung und Würdigung des alten Friedhofs, denn die Zukunft lebt schließlich aus der Vergangenheit. Wir werden auch von der Evangelisch-Augsburgischen Gemeinde in Sensburg, insbesondere von Pastor Mendroch, tatkräftig unterstützt.



Eifrige Helfer: Freiwillige säubern die Grabsteine Bild: M.H.

An Allerheiligen dieses Jahres trafen wir uns gemeinsam auf dem Platz, wo einst die Kapelle stand. Dort war auch einst ein Springbrunnen in Betrieb. Pastor Mendroch sprach sehr rührende Worte. Wir dachten an die damaligen Masuren, welche 1945 ihre geliebte Stadt Sensburg verlassen mussten und ihr Hab und Gut zurückließen.

An den Gräbern der Soldaten des Ersten Weltkrieges haben wir uns auch versammelt. Dort gedachten wir all derer, die für ihr Vaterland mit dem Leben bezahlten.

Unser Ziel ist es, zum kommenden Osterfest einen ökumenischen Gottesdienst auf dem Friedhof abzuhalten. Er stellt eine Verbindung zur wechselvollen Geschichte der Stadt her. Besuchen Sie den Friedhof, wann immer Sie möchten. In der Hoffnung, dass der Friedhof neu umzäunt wird und als gepflegte Parkanlage genutzt werden kann, senden wir ganz herzliche Grüße aus der Stadt Sensburg.“

Monika Hafen



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun sind wir auf dem Adventsweg, und einen namentlich so benannten begehbaren Weg gab es tatsächlich im alten Königsberg, und er hatte seine Geschichte. Sie ist vielen Landsleuten, vor allem den Königsbergern, bekannt, denn sie hängt mit der Entstehung des Adventsliedes „Macht hoch die Tür“ zusammen, das der evangelische Pfarrer Georg Weissel zur Einweihung der Altroßgärter Kapelle am zweiten Advent 1623 verfasst hatte. Wir hatten diese Geschichte vor zwei Jahren in der Weihnachtsausgabe gebracht und dabei auf das dokumentarische Werk „Gottes Häuser in Königsberg“ von **Heinz Ney** zurückgegriffen, weil in ihm die Entstehung dieses Liedes und die damit verbundene, historisch verbürgte Geschichte ausführlich behandelt wird. Nun bekamen wir ein Schreiben von Herrn **Gerhard Landwehr** aus Karlsruhe zugesandt, in dem er die Bitte einer Leserin übermittelt, diese Historie zu bringen, weil sie so gut in die Adventszeit passe. Der Meinung von Frau **Ingrid Theis** aus Bad Wörishofen schließt sich auch Herr **Landwehr** an: „Die Entstehung ist manchen Lesern wahrscheinlich nicht mehr so in Erinnerung, und ein Auffrischen wird bestimmt wohlwollend angenommen. In unserer hektischen und zum Teil egoistischen Zeit kommt so ein besinnlicher Text bei den Menschen sicher gut an.“ Da haben beide, Frau Theis wie Herr Landwehr, vollkommen Recht, und ich hätte die Adventsgeschichte gerne in der von **Harald Mallas** verfassten Wiedergabe, die dem Schreiben beilag, gebracht, aber die Zeitspanne zwischen der Veröffentlichung im Dezember 2014 und heute ist einfach zu kurz. Die betreffende Weihnachtsausgabe der *PAZ* mit der Geschichte des Adventsliedes „Macht hoch die Tür“ ist im Internet (http://archiv.preussische-allgemeine.de/2014/paz2014-51-52.pdf) abrufbar. Wir danken Frau Ingrid Theis und Herrn Landwehr für ihr Bemühen, unsere Familienseite mit dieser Königsberger Legende bereichern zu wollen, und bitten um ihr Verständnis, dass wir ihren Wunsch leider nicht erfüllen können.

Und doch muss ich noch einmal kurz auf die Geschichte eingehen, um die Entstehung des anfangs erwähnten „Adventsweges“ zu klären, dessen Name sich bis in unsere Zeit erhalten hatte. Es handelte sich um einen schmalen Pfad, auf dem ursprünglich die Bewohner des auf dem Roßgarten gelegenen Armen- und Siechenhauses zu ihrem Gotteshaus gelangen konnten, bis ihnen ein reicher Grundbesitzer den Durchgang verwehrte. Er ließ das ihm gehörende Gelände mit einer Pforte verschließen. Aber der junge Pfarrer **Georg Weissel** zog mit den Alten, Armen und Siechen vor die Pforte und ließ sie mit dem Kirchenchor sein Adventslied „Macht hoch die Tür“ singen. Er erreichte und erweichte das harte Herz des Mannes, der die Pforte öffnete und sie nicht wieder verschloss. Dieser Adventsweg berührt mich besonders, weil ich in meiner Jugendzeit vielleicht auch auf ihm gegangen bin – unwissentlich, denn obgleich ich in der Altroßgärter Kirche getauft und konfirmiert wurde, war mir diese Geschichte damals unbekannt. Heute bin ich für alles dankbar, was mir die verlorene Heimat erhellt – und erhält.



Der neue Zaun um das Kirchengelände von Plaschken macht Hoffnung auf den Erhalt des Gotteshauses Bild: privat

Und das kann ja manchmal nur ein Wort, ein Name, eine Ortsbezeichnung sein wie für den Chronisten sakraler Bauwerke Heinz Ney, den die Kirche von Plaschken im Memelland, die wir in Folge 46 erwähnten, zu einem Bericht über den letzten Stand der Dinge veranlasste. Das alte deutsche Gotteshaus ist nur noch eine Ruine, über die uns die Herren **Dauskardt** und **Brandes** berichteten, und scheint dem endgültigen Verfall preisgegeben. „Sie soll entsorgt werden“, wie Herr Ney schreibt, der mithelfen will, dies zu verhindern. Und er kann berichten, dass da allerhand geschehen ist, wie man seinen Ausführungen auf der Homepage der Landsmannschaft Ostpreußen LG Brandenburg entnehmen kann. Aus diesen und für unsere Ostpreußische Familie bestimmten Ergänzungen können wir nun Folgendes entnehmen:

Da es in Plaschken keine aktive evangelische Gemeinde mehr gibt und Unfälle auf dem offenen Kirchengelände nicht vermieden werden können, wurde selbst von der evangelischen Kirche in Litauen in der Vergangenheit ein Abriss der Kirche in Erwägung gezogen. Das so gewonnene Baumaterial sollte dabei für zwei neue Kirchen an anderen Orten Verwendung finden. Nun sieht es so aus, als ob das alte deutsche Gotteshaus doch noch als sakraler Bau erhalten werden kann. Der zuständige Bischof **Mindaugas Sabutis** hat im Prinzip nichts gegen eine Renovierung der Kirche, was auch im Sinne einiger Mitglieder der Kirchenleitung wäre – nur sahen er und sein Konsistorium bisher keine Möglichkeit, finanzielle Mittel für eine Renovierung aufzubringen. Bei einem Treffen in der Kirche, an dem Vertreter der Kirchenvorstände und des Denkmalschutzes sowie die Bürgermeister der früher zu dem Kirchspiel gehörenden Orte teilnahmen, wurde jetzt schon klar: Um eine Renovierung der Kirche in Angriff nehmen zu können, wird Geld benötigt. Zu klären gibt es weiterhin vieles wie die Gründung eines Kirchenbauvereins und die Definierung eines späteren Nutzungskonzeptes. Aber ehe die Schlüsselbewahrerin **Irmgard Regullis**, das letzte evangelische Gemeindemitglied von Plaschken, die Kirchtüre wieder abschloss, war bereits ein Entschluss gefasst worden: Das Kirchengelände musste eingezäunt werden! Mit der Errichtung dieser Sicherungsmaßnahme durch die Dorfgemeinde sollte der erste Schritt für eine Umsetzung des geplanten Nutzungskonzeptes getan werden. Inzwischen ist das geschehen, wie uns Herr Ney mitteilt. Und zum Beweis übermittelte er uns ein Foto: Der Anfang ist gemacht!

Es gibt Briefe, die einen schon sehr berühren. Vor allem jetzt in der Adventszeit, wenn man besonders empfänglich ist für alle Mitteilungen, die von großer Hilfsbereitschaft berichten, von erwarteter, wie das Wort „Advent“ verheißt, aber auch von unerwarteter. Für Frau **Angela Schulze** aus Jüterbog trifft beides zu, denn sie hatte ihre Hoffnungen auf Hinweise auf die ostpreußische Heimat ihres Vaters auf unseren, ihr bis dahin unbekannten Leserkreis ausgerichtet. Was aber dann kam, hat sie geradezu überwältigt und ist es wert, eingehend darüber zu berichten. Wir blenden zurück: In Folge 39 veröffentlichten wir ihre Frage „Wer kennt Kobbelbude?“, denn dort war ihr Vater **Erwin Herrmann** geboren. Er hatte wenig über seine Heimat erzählt, aber er war ihr auch zu DDR-Zeiten in Gedanken verbunden geblieben und sein größter Wunsch war es, das Land seiner Kindheit noch einmal wieder zu sehen. Er blieb für ihn unerfüllt, denn Erwin Herrmann verstarb im Alter von 70 Jahren. Nun wollte die Tochter für ihn fahren, die als Anhaltspunkte für diese Reise lediglich einige Angaben aus dem handgeschriebenen Lebenslauf ihres Vaters besaß, die wir für die Suche in unserer Kolumne einsetzen konnten. Und die zuerst auf Irrwege führten, denn wir suchten leider das falsche Kobbelbude – es gab mehrere Orte dieses Namens in Ostpreußen –, doch die Richtigstellung durch den versierten Samlandkenner **Dietmar Wrage** erfolgte umgehend. Kurz und gut: Bei dem Geburtsort von Erwin Herrmann handelte es sich um die Oberförsterei Kobbelbude im westlichen Samland, die zur Gemeinde Bludau gehörte. Und dahin führte nun die Reise der Mittfünfzigerin im Gedenken an ihren Vater, aber da lassen wir sie selber erzählen. Aus ihrem ausführlichen Bericht über ihre längere Ostpreußenreise haben wir die Eindrücke ausgewählt, die für sie besonders gravierend waren.

Zuvor aber ein großes Dankeschön von **Angela Schulze** an alle, die ihr mit Rat und Tat und Anteilnahme zur Seite gestanden haben: „Es war einfach unfassbar für mich, was die Veröffentlichung in Ihrer Zeitung ausgelöst hatte. Ich habe nicht geahnt, wie schnell sich ganz liebe hilfsbereite Menschen mit mir in Verbindung setzen, um mir zu helfen oder mich zu ermutigen, diese Reise anzutreten. Was für ein schönes Gefühl! Besonders hilfreich waren die Kontakte zu Herrn Dietmar Wrage und Frau **Erika Wetzel**. Beide haben mir auf ganz spezielle Weise geholfen.“ So konnte Frau Schulze auf sicheren Wegen gehen, als sie von Königsberg aus ihre Spurensuche im westlichen Samland begann. „Den kleinen vergessenen Ort Kobbelbude, heute Bobrowo, Geburts- und Heimatort meines Vaters und seiner Familie, wollte ich finden. Mit Hilfe unseres Fremdenführers und einer alten Flurkarte fanden wir ihn. Oder das, was heute ist. Wir konnten auf den alten befestigten Wegen durch den Forst gehen. Es war ein unbeschreibliches Gefühl, der einst ein Dorf war, nach den Spuren der ehemaligen Bewohner zu suchen. Dort ein Stück eines Fundamentes, da die Nachkömmlinge von alten Obstbäumen, der Rest eines Dorfteiches. Und schließlich die Linde von Kobbelbude. Ich bin ganz sicher, sie war der Mittelpunkt der Ortschaft, sie hat alles gesehen, alles überlebt. Da kann wohl jeder verstehen, dass meine Augen ständig voller Tränen waren. Unweit des Teiches pflanzte ich eine kleine Eiche aus meinem Garten zum Gedenken an die Bewohner dieses einsamen Ortes. In einem stillen Gebet gedachte ich meines verstorbenen Vaters und seiner Familie und all der anderen Menschen, die hier gelebt hatten. Dann füllte ich zwei kleine Behälter mit Heimaterde. Unendlich traurig verließ ich diesen Ort.“

Die für den Vater heimgekehrte Tochter verfolgte die Spuren weiter, die der Lebenslauf von Erwin Herrmann aufwies: „Bludau, heute Kosstrowo, wo wir an dem kleinen Denkmal für deutsche und russische Soldaten Blumen niederlegten, und der Bahnhof Powayen, nun Schipowka, auf dem mein Vater als Junghelfer bei der Bahn seine Ausbildung begann. Das Gebäude ist noch vorhanden und gut gepflegt. Wieder waren Bilder in meinem Kopf, wie der kleine Erwin damals erst zu Fuß, später mit dem Fahrrad dorthin fuhr, um seinen Dienst zu tun. Als wir unsere Heimreise antraten, waren wir erfüllt von vielen Eindrücken. Es wird noch lange dauern, bis sich bei deren Schilderung meine Augen nicht mit Tränen füllen. Aber ich weiß, ich werde sicher noch einmal nach Ostpreußen reisen, um mehr von diesem Land kennen zu lernen. Am 18. November wäre mein Vater 89 Jahre alt geworden. Nun kann er endlich in seiner Heimaterde ruhen. Die zweite Dose mit Erde ist zusammen mit Steinen, Eicheln und Kastanien aus Kobbelbude bei mir zu Hause. Damit die alte Heimat immer bei mir ist.“

Eure

Ruth Geede





Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

Lodz träumt von der Expo 2022

Von der Weltausstellung erhofft sich die Stadt einen reichen Geldsegen – Gegenkandidaten gibt es nur einen einzigen

Fünf Milliarden Złoty (über 1,1 Milliarden Euro) erhofft sich Lodz für Infrastrukturprojekte durch die Expo 2022. Am 23. November stellte die Stadt, die aus gemeinsamem polnisch-deutschen Unternehmergeist gewachsen ist, in Paris den offiziellen Antrag, Austragungsort der Weltausstellung zu werden. Die Chancen stehen gut. Nicht nur, weil Lodz ein polenweit einzigartiges Revitalisierungsprogramm vorgestellt hat, sondern auch, weil nur noch ein weiteres Land kandidiert, nämlich Turkmenistan mit seiner Hauptstadt Aschgabat. Doch der Turkstaat soll sich seit Monaten nicht mehr bei der Institution zur Vergabe der Weltausstellungen, dem Bureau International des Expositions (BIE) in Paris, gemeldet haben. Wenn sich bis zum 15. Dezember kein weiterer Kandidat beim BIE bewirbt, macht Lodz wohl das Rennen.

Wenn die zweitgrößte Stadt Polens Gastgeber der Expo 2022 wird, winken Zuschüsse in mehrfacher Milliardenhöhe. Aus diesen Mitteln soll das Ausstellungsgelände in der Stadtmitte finanziert werden: eine Ministadt mit eigenem Verkehrsnetz. Geplant ist auch der Bau eines unterirdischen Tunnels mit zwei Stationen, der die Bahnhöfe Lódz Fabryczna und Lódz Kaliska verbinden soll. Diese Quasi-Metro würde auch außerhalb der Ausstellung den Lodzer Verkehr sehr erleichtern, erklärt Piotr Grabowski, Pressesprecher für das Transportwesen der Stadt. Auch der Ausbau der Umgehungsstraße im Westen der Stadt – der Expressstraße S14 – könnte aus den Expo-Mitteln finanziert werden. Seit Jahren beantragt Lodz dafür Gelder in Warschau. Bislang ohne Erfolg.

Durch die Expo käme Lodz an Mittel für die Sanierung des Stadtzentrums. Denkmalgeschützte Zeugen der Industrialisierungsgeschichte verfallen immer mehr, da sich darin meist kommunale Wohnungen für meist ärmere Familien befinden. Durch die Expo würden nicht nur die Gebäude saniert, sondern es stünden auch der Bevölkerung neue Arbeitsplätze und Perspektiven in Aussicht, das hoffen zumindest die Expobefürworter. Während der Grundsanierung müssten Ersatzwohnungen für die Mieter zur Verfügung gestellt werden. Darin sieht Marcin Obijalski, der Direktor des Revitalisierungsprogramms von der Bürgerplattform (PO), kein Problem. Für viele der Mieter seien die Altbauwohnungen ohnehin zu groß und ihr Einkommen zu gering, um die Mieten zu stemmen. Daher sei eine kleinere Wohnung für viele von Vorteil, so die gewagte These Objalskis in einem Interview mit dem linksliberalen Blatt „Gazeta Wyborcza“. In Paris warb der stellvertretende Premierminister und Kultusminister Piotr Glinski (Recht und Gerechtigkeit, PiS) für Lodz. Für ihn wäre die Weltausstellung 2022 im eigenen Land ein Prestigeprojekt von nationaler Bedeutung.



Die Ausstellung soll mitten im Herzen von Lodz platziert werden: Ulica Piotrowska Bild: CF

Dafür ist das Interesse der überregionalen nationalen Medien erstaunlich gering. Das Thema schaffte es auf die Titelseite keiner Zeitung von überregionaler Bedeutung, lediglich die „Gazeta Wyborcza“ berichtete außerhalb des regionalen Teils. Der Grund dafür könnte sein, dass das Projekt ungeachtet des Engagements von Glinski in Paris doch primär von Politikern der Bürgerplattform entwickelt und vorangetrieben wird.

So setzt sich die Lodzer Stadtpräsidentin von der Bürgerplattform, Hanna Zdanowska, seit Jahren für das Expovorhaben ein. Sie konnte in Paris aber nicht dabei sein, weil zurzeit gegen sie ein Verfahren wegen Urkundenfälschung im Zusammenhang mit einer privaten Kreditaufnahme läuft. Der politische Gegner könne ihr keine Fehler im Amt nachweisen und suche daher wohl krampfhaft nach Vergehen in ihrem Privatleben, verteidigte sich Zdanowska bei Radio Lodz.

Es ist ungewiss, wer Lodz und Polen im Jahre 2022 regieren wird. Die Lodzer selbst träumen jedoch ihren Expo-Traum. Und weil die Weltausstellung in Lodz nicht wie sonst an den Stadtrand gedrängt, sondern mitten in der Metropole platziert wäre, hätten die Lodzer noch viele Jahre nach der Expo ihren Nutzen davon. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Rieck, Hildegard, aus Fischhausen, am 8. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Oswald, Elli, geb. **Jortzik**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Kosubek, Ruth, geb. **Reimann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 7. Dezember
Radke, Ilse, geb. **Knischewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Denicke, Frieda, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Kanzler, Frieda, geb. **Kuschmierz**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Palluch, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Koch, Käthe, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Weidmann, Edith, geb. **Ganz**, aus Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhm, Ilsegret, geb. **Neumann**, aus Insterburg, Goldap und Lötzen, am 7. Dezember
Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Klemm, Gerda, geb. **Britt**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember
Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Wolff, Christel, geb. **Olk**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blumenstein, Margarete, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Depter, Willi, aus Skallischen, Kreis Angerapp, am 26. November
Ebert, Christel, geb. **Koriat**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Hartmann, Wally, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Kluck, Ewald, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Lipke, Willi, aus Rauschen, Kreis Samland, am 7. Dezember
Mirbach, Gerda, geb. **Preugschat**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Weber, Hilde, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Wedewardt, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Lyck, Danziger Straße 15, am 5. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bielak, Hildegard, geb. **Frank**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Holz, Christel, geb. **Janz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. November
Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Samland, am 5. Dezember
Noack, Elisabeth, geb. **Walendy**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Schwill, Horst, aus Königsberg, am 6. Dezember
Topka, Heinz, aus Altenkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Turtschin, Elsbeth, geb. **Jeromin**, aus Lyck, am 6. Dezember
Wanderei, Else, aus Peyse, Kreis Samland, am 5. Dezember
Weber, Erika, geb. **Bondzio**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Wittkowski, Charlotte, geb. **Fey**, aus Wehlau, am 4. Dezember
Zink, Hildegard, geb. **Mattern**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bardon, Marga, geb. **Glitza**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Boy, Siegfried, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 2. Dezember
Felgendreher, Gerhard, aus Ebenrode, am 6. Dezember
Geisselseder, Waltraud, geb. **Baumgardt**, aus Pillau, Kreis Samland, am 8. Dezember
Hauffe, Brunhilde, geb. **Nickoleit**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Jansen, Martha, geb. **Frontzek**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Kairies, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember
Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Fischhausen und Treuburg, am 3. Dezember
Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Pabst, Berta, geb. **Dragun**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Schade, Margarte, geb. **Kinsky**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Wedemann, Arno, aus Goldschmiede, Kreis Samland, am 2. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Batschke, Manfred, aus Medenau, Kreis Samland, am 2. Dezember
Hellwig, Christa, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Jendschek, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Jorkowski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Kawlath, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Kuhn, Erna, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 3. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Peper, Kurt, aus Sarkau, Kreis Samland, am 6. Dezember
Platzek, Helmut, aus Altenkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Reinhold, Ellengard, geb. **Jendschek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Riehn, Martha, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Samland, am 7. Dezember
Wiersen, Ella, geb. **Schirrmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Zirkel, Emma, geb. **Wiertelewski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballandat, Frieda, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Barthel, Renate, geb. **Renz**, aus Wehlau, am 3. Dezember
Bludau, Giesela, aus Heiligenbeil, am 6. Dezember
Breßlein, Helmut, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Dorka, Hedwig, geb. **Olbrisch**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember
Ellenberg, Christel, geb. **Sompazewski**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember
Heckes, Else, geb. **Möglich**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Heske, Gerhard, aus Windkeim und Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 3. Dezember
Horning, Erwin, aus Arzis, Bessarabien, am 3. Dezember
Klimmek, Waldemar, aus Neidenburg, am 8. Dezember
Klingberg, Margarete, geb. **Klosta**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Kondratzki, Otto, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Milewski, Else, geb. **Skorzinski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Niklaus, Edeltraut, geb. **Schreiber**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Polley, Ella, geb. **Stahlhut**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Posdziech, Gerhard, aus Karolinenhof, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Reimer, Elsa, geb. **Marquardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Ruppel, Elfriede, aus Bledau, Kreis Samland, am 3. Dezember
Siwottek, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 2. Dezember
Wassermann, Ingrid, geb. **Mucha**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Westphal, Wolfgang, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember
Willebrand, Irmgard, geb. **Meiser**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember
Zielasko, Siegfried, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bode, Edeltraut-Johanna, geb. **Wicktor**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Bondzio, Rudolf H., aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Borowski, Ingried, geb. **Pletz**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, 3. Dezember
Bragalla, Walter, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Bremse, Manfred, aus Neidenburg, am 4. Dezember
Brozio, Annemarie, geb. **Jungkeit**, aus Karmitten, Kreis Samland, am 5. Dezember
Budnick, Alfred, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Christochowitz, Ruth, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Dukowski, Manfred, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Fedderwitz, Ilse, geb. **Sommer**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Dezember
Girnus, Bruno, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Gubojanski, Ursula, geb. **Bussulat**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Hammler, Max, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Hermann, Ruth, geb. **Liedtke**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Jeworutzki, Inge Auguste, geb. **Krzykowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Jung, Renate, geb. **Gaebel**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 6. Dezember
Kirkow, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Krafzik, Christel, geb. **Kutrieb**, aus Ortelsburg, am 6. Dezember
Leder, Norbert, aus Bertelsdorf, Niederschlesien, am 4. Dezember
Mock, Elfriede, geb. **Becker**, aus Treuburg, am 2. Dezember
Moysig, Edith, geb. **Biernat**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Niedzwetzki, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Pusch, Egon, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Radmacher, Irmtraut, geb. **Stradsat**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Reinke, Gerda, geb. **Niekerke**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 6. Dezember
Rogalla, Prof. Winfried, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Sander, Gert, aus Ebenrode, am 6. Dezember
Schmidt, Ilse, geb. **Pahlke**, aus Dietrichsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 6. Dezember
Siems, Renate, geb. **Suck**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Speicher, Christa, geb. **Scherotzki**, aus Lyck, am 4. Dezember
Störmer, Günter, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barabaß, Lothar, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Brem, Adelheid, geb. **Wroblewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Eckloff, Hans-Albert, aus Kerpen, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember
Frisch, Wilhelm Hermann, aus Pappelheim, Kreis Johannisburg und Buchenhagen, Kreis Sensburg, am 3. Dezember
Hanst, Helga, geb. **Pusch**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Koss, Christa, geb. **Reuter**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember
Loewner, Rainer, aus Klein Drebnau, Kreis Samland, am 5. Dezember
Naujokat, Manfred, aus Wehlau, am 3. Dezember
Papendorf, Ursel, geb. **Gacioch**, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Powierski, Hannelore, geb. **Kunz**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Riemann, Dieter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Scheuss, Sigrid, geb. **Duscheck**, aus Treuburg, am 2. Dezember
Schött, Günter Wilhelm, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 6. Dezember
Ulrich, Manfred, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Dezember
von Thaden, Gisela, geb. **Kautz**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. Dezember
Walter, Ingrid, geb. **Karp**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember

TERMINE DER LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg.
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 3. Dezember, 13.40 Uhr, ZDFneo: Frauen, die Geschichte machten (2): Luise von Preußen. Dokumentation, D 2013.
SONNABEND, 3. Dezember, 16.15 Uhr, BR: Die doppelte Heimat – Deutsch-polnische Freundschaften in Pommern. Dokumentation, D 2016.
SONNABEND, 3. Dezember, 18 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg.
SONNABEND, 3. Dezember, 20.15 Uhr, SWR/SR: Käthe Kruse. Biographisches Drama, D/A 2015.
SONNTAG, 4. Dezember, 10.50 Uhr, ZDFneo: Terra X (24): Schliemanns Erben: Auf der Spur des Prussia-Schatzes.
SONNTAG, 4. Dezember, 3.40 Uhr, 3sat: Preußens Welterbe.
MONTAG, 5. Dezember, 22.45 Uhr, Das Erste: Einbrecherbanden auf Deutschlandtour – Warum sie es so einfach haben.
MONTAG, 5. Dezember, 23.15 Uhr, NDR: Neue Vahr Süd. Tragikomödie, D 2010.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Jeder zweite Donnerstag im Monat, Café Rebecca, Matthias-Claudius-Kirche, Kiel-Suchsdorf: Gemeinsames Treffen. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

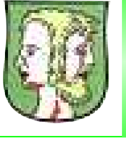
Heimatgruppe Darmstadt – Sonnabend, 3. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 7. Dezember, Restaurant „Em Kappeseng“, Aachener Straße 1332: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Sachsen – Sonnabend, 10. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau-Marienthal: Weihnachtstreffen. Informationen: Kurt Klaus, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Thüringen – Sonnabend, 10. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27–31: Weihnachtsfeier. Informationen: Jürgen Böhlke, Telefon (03691) 211105.

Heimatgruppe Schwerin – Mittwoch, 17. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

8. Lycker Treffen in Bremen

Zum 8. Mal trafen sich am Donnerstag, dem 3. November, 48 ehemalige Lycker Landsleute die in Bremen und „umzu“ (bremisch herum) wohnen, sowie einige heimatinteressierte Landsleute auch aus weiterer Entfernung im Hotel „Zur Post“ gegenüber des Bremer Hauptbahnhofes. Organisator dieses Treffens (wie auch der vorhergegangenen Treffen) war Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken sowie Bezirksvertreter Lyck Land und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck.

Damit, wie von einigen Landsleuten gewünscht, mehr Zeit für Gespräche untereinander sein sollte, war bereits wie auch im Vorjahr um 13 Uhr Einlass. Diese vorgezogene Stunde wurde dann auch von vielen Landsleuten dafür in Anspruch genommen; auch konnte man so neue ehemalige Lycker kennen lernen,



Lyck: Sigrid Norra beim Treffen im Hotel „Zur Post“ Bild: privat

denn auch bei diesem Treffen waren wieder einige Leute zum ersten Mal dabei und erzählten „ihre Geschichte“.

Der offizielle Teil begann dann um 14 Uhr und wurde mit drei Liedern von einer CD des Ostpreußensängers BernStein eingestimmt. Zwischendurch trug Norra das von ihm so sehr geschätzte Gedicht „Die Lycker Ecke“ vor. Danach begrüßte er alle Anwesenden und hieß sie herzlich willkommen. Darunter auch wieder in treuer Verbundenheit zu den Lycker Landsleuten, den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, und den Vorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bremen, Heinrich Lohmann. Ein besonderer Willkommensruß galt auch dem dienstältesten Führer des Ostpreußischen Landesmuseums, Elimar Labusch, der diese Tätigkeit bereits im 38. Jahr ausübt und in der Stadt Lyck geboren ist.

Viele Funktionsträger der Kreisgemeinschaft waren ebenfalls angereist: Heidi Mader, Kassenwartin, Orts- und Bezirksvertreterin von Stradaunen, Sprecherin der Mittleren Generation und Mitglied des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft, außerdem Michael Mader, zuständig für den Buchversand der Kreisgemeinschaft sowie die anwesenden Ortsvertreter von Neuendorf, Karl Heinz Dybowski, Hildegard Blankenburg, Ortsvertreterin von Talussen und Renkussen, Gudrun Lasalle, Ortsvertreterin von Lisken, Eva Laskowski, Ortsvertreterin von Birkenwalde und Kelchendorf, Bezirksvertreterin von Soffen und Günter Pistorius, Ortsvertreter von Keipern.

Von Hamburg kam Edelgard Gassewitz (sie hat früher bei den Gottesdiensten in Hagen in der Kirche Soli gesungen) und Heinz Bartschies, ehemaliger Stadtsprecher von Lyck, der in Hannover einen kleinen Lycker Stammtisch leitet.

Allen Anwesenden übermittelte Wilhelm Norra die besten Grüße von der Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft, Bärbel Wiesensee, des Kreisältesten Gerd Bandilla, des zweiten Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft, Dieter J. Czudnochowski, des Karteiwartes Siegmar Czerwinski und Reinhard Donder, zuständig für Familienforschung, die aus terminlichen Gründen nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten.

Danach wurden die Landsleute von Wilhelm Norra aufgerufen und stellten sich mit ihrem ostpreußischen Heimatort vor, wobei Frauen auch ihren Geburtsnamen nannten. Eine Zeremonie, die zum gegenseitigen Kennenlernen dient und gerade auch für neue Teilnehmer von Bedeutung ist.

Es folgte das Grußwort des Kreisvertreters von Angerburg, Kurt-Werner Sadowski. Danach übermittelte Elimar Labusch den Landsleuten die besten Grüße des Direktors des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg und berichtete über die fortschreitenden Arbeiten beim Umbau des Museums. Von der Landsmannschaft der Ost-/Westpreußen Bremen sprach Heinrich Lohmann über die vielfältigen Aktivitäten, wie Vorträge, Reisen, Lesungen, die Anwesenden doch auch in die Landsmannschaft einzutreten, beziehungsweise als Gast bei den Veranstaltungen dabei zu sein. An einem besonderen Tisch bot er „Gutes aus dem Osten“ an. Dazu gehören Getränke und Marzipan.

Anschließend kam Heidi Mader zu Wort und erwähnte unter anderem die letzten Veranstaltungen der Mittleren Generation in Göttingen (Konfessionen im Kreis Lyck und Besuch des Trakehner Gestüts Gorlau in Melle). Für das Jahr 2017 stellte sie auch ihre geplante Gruppenreise nach Lyck vom 15. bis 24. Juni vor.

Heinz Bartschies aus Hannover war wieder dabei Trotz seines hohen Alters immer noch quirlig, und zu jedem Spaß bereit, erzählte er von seinem Lycker Stammtisch in Hannover. Wer noch nicht dabei war und in der Gegend wohnt, sollte doch einmal mit ihm Kontakt aufnehmen.

In einer besonderen Ecke des Veranstaltungsraumes hatte Michael Mader (zuständig für den Buchversand der Kreisgemeinschaft Lyck) einen Tisch mit Büchern, Karten und anderen Artikeln zum Verkauf aufgebaut und stellte seine Sachen vor. Edelgard Gassewitz berichtete von einem wertvollen, besonders gewebten Teppich, den sie käuflich erworben und der Deutschen Minderheit für den Wasserturm gestiftet hatte.

Gebhard Kasper, der die Gruppenreise von Wilhelm Norra vom 4. bis 14. August 2016 mitgemacht hatte, das erste Mal wieder in seiner Heimat war, und mit seiner Großfamilie das einstige Heimatdorf Seebrücken besuchte, sprach von seinen überwältigten Eindrücken, die er dabei erlebt hatte. Seine Lebensgefährtin, Ursula Köppe, hatte ihre ebenfalls so überwältigten Eindrücke darüber in einem Gedicht zusammengefasst und für alle vorgetragen. Einen Reisebericht über die Gruppenreise von Wilhelm Norra im August 2016 nach Lyck, der bereits in der *PAZ* erschienen ist, wurde von Sigrid Norra vorgelesen.

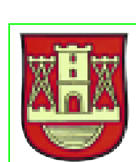
Einstimmig wurde beschlossen, im nächsten Jahr ein weiteres Lycker Treffen in Bremen zu veranstalten. Es wird am 9. November 2017 um 13 Uhr, wiederum im Hotel „Zur Post“ in Bremen, stattfinden. Wer in diesem Jahr nicht dabei war, aber im nächsten Jahr teilnehmen möchte wird gebeten, sich aus organisatorischen Gründen schon jetzt bei Wilhelm Norra (Telefon (0421) 820651) zu melden.

Wilhelm Norra hatte besonders hervorgehoben, dass die Regionaltreffen nicht in Konkurrenz zum Haupttreffen der Kreisgemeinschaft stehen sollten. Erscheinen bei dem Haupttreffen ist unbedingt erforderlich, damit dort nicht immer weniger Landsleute teilnehmen und ein anderer Veranstaltungsort gesucht werden müsse.

Außerdem wies er auf die Wichtigkeit des „Hagen-Lycker Briefes“ und die Preußische Allgemeine Zeitung hin, die doch für alle Anwesenden eine Brücke zur ehemaligen Heimat darstellen. Gegen 16 Uhr gab es dann Kaffee und Kuchen. Vorher wurde traditionsgemäß die Hymne der Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ gesungen. Begleitet wurde der Gesang von einer persönlichen Akkordeon-Aufnahme von Wilhelm Norra.

Gegen 18 Uhr war das Treffen beendet. Zum Ausklang hatte Norra (wie auch im letzten Jahr) einen Tisch im Bremer Ratskeller reserviert. Einige Landsleute verlebten dort noch ein paar nette Stunden in heimatlicher Verbundenheit. *Wilhelm Norra*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Vertretertag

Am 10. November trat in Fürstenau der Vertretertag der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise zusammen. Die Vorstandswahlen haben folgendes Ergebnis erbracht:

Bundesvorsitzender: Uwe Jurgsties, 1. Stellvertreter: Karin Gogolka, 2. Stellvertreter: Gert Baltzer, Kassenleiter: Margit Jurgsties, Kreisvertreter Memel-Stadt und Memel-Land: Uwe Jurgsties, Stellvertreter: Linus Skwirblies, Kreisvertreter Heydekrug und Pogegen: Gerhard Schikschnus, Stellvertreter: Herbert Jaksteit, Kassenprüfer: Marina Uhl und Hans-Jürgen Paulun.

Eingegangene Anträge wurden behandelt. Eine Änderung der Satzung vom 4. November 2010 wurde vorgenommen.

Karin Gogolka

Trakehner Hengstmarkt

Unsere Kulturreferentin Gisela Harder, ehemalige Stutbuchführerin des Trakehner Verbandes und Züchterin des Elite- und Jahres-Siegerhengstes Connery, besuchte im Oktober den jährlichen Trakehner Hengstmarkt in Neumünster. Für der Züchter der Rasse ist es jedes Mal die „fünfte Jahreszeit“. Es gab wieder viele Siege, Ehrungen, spannende Auftritte und Auktionsspitzen.

Von 36 vorgestellten Hengsten wurden 13 gekört. Siegerhengst wurde der an Adel und Ausdruck kaum zu überbietende Hengst His Moment von Millennium aus der Zucht von Christian Röhl, Stendal. His Moment wurde für 200 000 Euro nach Dänemark verauktioniert.

Preisspitze der Stutenauktion war die Stute Ambiente aus der Zucht des Gestütes Heinen-Issum, die Vierjährige wurde für 42 000 Euro nach Berlin verkauft. Mit 80 000 Euro markierte das kleine Hengstfohlen Konstantin von Millennium die Preisspitze der Fohleauktion. Bei den Reitpferden markierte mit 70 000 Euro der vier Jahre alte Trakehner-Reitpferdechampion Vapino von Kentucky die Preisspitze. Für unsere Mohrunger sehr interessant: Zur Jahressiegerstute wurde Kosima von Schwarzgold gekürt. Die elegante, bewegungsstarke Staatsprämienstute kommt aus der Zucht von Alexandra Gräfin Dohna und dem berühmten Rappen K-Stamm aus Prökelwitz, Kreis Mohrungen. Gräfin Dohna wurde im Rahmen der Siegerehrung mit der Goldmedaille der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) für besondere Leistungen in der Pferdezucht ausgezeichnet.

Der Galaabend begeisterte mit Show und Ehrungen. Das und die Liebe zur „ältesten Reitpferderasse Deutschlands“ machte den Trakehner Hengstmarkt einmal mehr zu einer so besonderen Veranstaltung.



Bild: Jutta Bauernschmitt/Trakehner Verband

Mohrungen: Gräfin Dohna und ihre Siegerstute. Kosimas Vorfahren stammen aus dem Kreis Mohrungen



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Antrittsbesuch

Am 17. September war Burghard Gieseler zum neuen Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Osterode gewählt worden. Er trat die Nachfolge von Professor Edgar Steiner an, der nicht mehr kandidierte. Bereits zwei Wochen später war Gieseler in Polen zu seinem ersten Arbeitsbesuch. Dabei war er am 8. Oktober beim Galakonzert zum 25-jährigen Jubiläum des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) in der Ermländisch-Masurischen Philharmonie in Allenstein zu Gast.

Ein für den neuen Kreisvertreter angenehmer Zufall, da er bei dieser Gelegenheit auch mit dem Vorsitzenden des VdG Bernard Gaida einen ersten Kontakt knüpfen konnte. Überhaupt war die Woche in Osterode von Begegnungen geprägt, wie Burghard Gieseler betonte: „Es war mir sehr wichtig, sofort nach Ostpreußen zu fahren, um hier die Menschen, auf die es ankommt, kennenzulernen, und mich vorzustellen.“ Dieses schnelle Signal des neuen Vorsitzenden zur Fortset-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

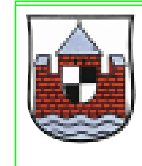
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

zung der bestehenden Kontakte und Kooperationen ist um so wichtiger, als Professor Steiner, der bisherige jahrelange Kreisvertreter, in Osterode sehr bekannt ist. „Er hat sich hier sehr verdient gemacht, und es sind sehr große Schuhe, in die ich jetzt schlüpfen muss“, stellt Burghard Gieseler fest. Gleich am ersten Tag hatte Henryk Hoch, der Vorsitzende der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Tannen“ in Osterode, Burghard Gieseler dem Bürgermeister der Stadt vorgestellt. Dabei zeigte dieser, so Gieseler, ein großes Maß an Verständnis für die Heimatvertriebenen, da seine eigene Familie am Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls ihre damalige Heimat verlassen musste. Auch ein Besuch im Lyzeum im Gebäude des früheren Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums stand auf dem Programm. Im Gespräch mit dem Schulleiter wurde unter anderem ausgelotet, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich etwa des Jugendaustausches bestehen.

Diese Betonung der Jugendarbeit hat auch mit dem anstehenden, schwierigen Generationenwechsel in der Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen zu tun. Die Erlebnisgeneration wie Gieselers Vater, der in der Oberförsterei in Taberbrück aufwuchs, tritt langsam ab, und ihre Kinder übernehmen die Verantwortung. Burghard Gieseler sieht eine dringende Aufgabe denn auch darin, Menschen zu finden, die zur Pflege des historisch-kulturellen Erbes und der Völkerfreundschaft mit der Bevölkerung im heutigen Ostróda bereit sind: „Wer sich mit diesen Zielen identifizieren kann, ist herzlich bei uns willkommen.“ *Uwe Hahnkamp*



Osterodes Kreisvertreter Burghard Gieseler (l.) auf betriebsamer Ostpreußenreise. In Allenstein traf er Heinrich Hoch (m.), Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren sowie Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen soziokulturellen Gesellschaften in Polen Bild: Hahnkamp



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Museum feiert Jubiläum



Jubiläumsfeierlichkeiten in Kraupischken: Angelika Spiljova (r.) überbringt die Glückwünsche der Stadtgemeinschaft Tilsit an Jurij Userzon (l.) Bild: privat

Das Museum in der Schule von Uljanovo, früher Kraupischken, konnte anlässlich des Schuljubiläums auf eine stolze Bilanz blicken. Unter der Leitung von Jurij Userzov gewann es eine überregionale Bedeutung als Erinnerungsstätte zur Bewahrung der ostpreußischen Geschichte und Kultur sowie des Lebens der einstigen Bewohner. Jeder ehemalige Tilsiter hat schon einmal von „Juri aus Kraupischken“ gehört und viele haben das Museum besucht. Alle waren begeistert von seiner Initiative und dem Bestreben, die geschichtliche und kulturelle Vergangenheit zu pflegen und sie sowohl den früheren als auch den heutigen Bewohnern zu vermitteln. In einem Glückwunschschreiben der Stadtgemeinschaft, das von Angelika Spiljova vorgetragen wurde, wurde das völkerverbindende Wirken von Userzov gebührend gewürdigt. Er trage dazu bei – so heißt es darin – das gegenseitige Geschichtsverständnis zu fördern und die Beziehungen zwischen unseren Völkern zu vertiefen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Heidelberg – Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Adventsfeier im festlichen Rahmen mit schönen Weihnachtsliedern, Beiträgen und Gedichten rund um die Weihnachtszeit. Durch das Programm führt Waltraud Abraham. Die Bescherung wird auch in diesem Jahr Frau Schmehling übernehmen.

Ludwigsburg – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Vorweihnachtsfeier.

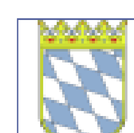
Reutlingen – Sonnabend, 10. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Weihnachtsfeier mit dem Posaunenchor Wannweil. Eine „überraschende“ Kaffeetafel steht am Anfang des Festes. Mit Vorträgen wie „Weihnachten daheim“ soll die Erinnerung an die von Herzen geliebte Heimat wachgehalten werden. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen. Landsleute, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, sei an dieser Stelle gute Besserung und ein gesegnetes Weihnachtsfest gewünscht. – Mittwoch, 14. Dezember, Treffpunkt Unter den Leuten, Rommelsbacherstraße 1: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. Bitte Päckchen für den Grabbelsack mitbringen.

Stuttgart – Mittwoch, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: Adventsfeier der Frauengruppe mit Grabbelsack.

Die LM Westpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen. - Stuttgart – Sonnabend, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Weihnachtsfeier der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen in Stuttgart. Wir wollen auch in diesem Jahr auf eine eigene Feier verzichten und bitten unsere Mitglieder an dieser gemeinsamen Feier recht zahlreich teilzunehmen. Gäste sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier. Es werden Gedichte und Texte vorgetragen. Der Chor tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. Zu Weihnachten werden Königsberger Marzipan und Lebkuchen in kleineren Mengen vorbereitet. Bestellungen nimmt Frau Jahnke entgegen.

Wendlingen – Sonntag, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Zum Lamm: Die Landsmannschaft trifft sich zur vorweihnachtlichen Feier. In diesem Jahr zum 62. Mal. Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck wird begonnen. Anschließend folgen Worte zur Advents- und Weihnachtszeit. Singen und Musizieren werden Erinnerungen an längst vergangene Tage wach werden lassen. Wie immer sind Gäste herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 18. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

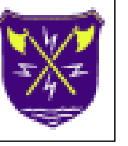
Kitzingen – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Vorweihnachtliche Feier mit Beiträgen von Mitgliedern und musikalischer Umrahmung durch Landsmann Günter Schmidt

Landshut – Dienstag, 6. Dezember, 15 Uhr: Besuch im Café Kreuzer am Regierungsplatz mit anschließendem Bummel über den Christkindlmarkt in der Freyung. – Dienstag, 20. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Weihnachtsfeier.

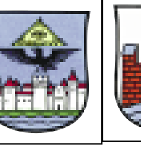
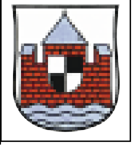


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonn-

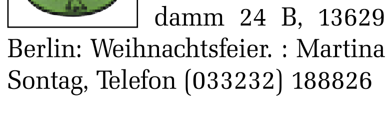
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

abend, 10. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Rastenburg – Freitag, 11. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier. : Martina Sontag, Telefon (033232) 188826

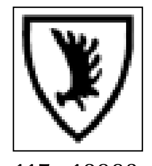








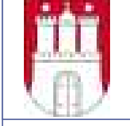
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Sonntag, 13. Dezember, 13 Uhr, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.

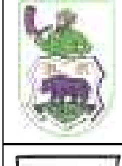


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 10. Dezember: „Es ist für uns eine Zeit gekommen, sie bringt uns eine große Freud“. Diese Freude wollen wir mit Ihnen zusammen in unserer Vorweihnachtsfeier teilen. Achtung: Wir haben einen neuen Veranstaltungsort: Business & More Hotel, Frohmestraße 110. Einlass 13 Uhr, Beginn 14 Uhr, Ende zirka 17 Uhr. Für Kaffee und Kuchen satt ist gesorgt. Es erwartet Sie der Chor „Abendklang“ unter der Leitung von Lilia Berschin mit einem vorweihnachtlichen Programm. Mit Weihnachtsliedern und Erzählungen von kleinen Geschichten werden wir den Nachmittag gestalten. Der Veranstaltungsort ist wie folgt zu erreichen: Aus Richtung Innenstadt mit dem Bus Linie 5 in Richtung Burgwedel bis Haltestelle „Sellhopsweg-Albertinenhaus“ oder mit der U2 bis Niendorf-Markt. Von dort mit dem Bus Linie 5 bis Haltestellt „Sellhopsweg-Albertinenhaus“. Parkplätze befinden sich hinter dem Hotel. Rückfragen bei Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

– KREISGRUPPEN –



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

– ORTSGRUPPEN –

Bergedorf – 9. Dezember, 15 Uhr, Café la note, Bergedorfer Schloß: „Weihnachte is bald“ – Advents-und Weihnachtsfeier der Frauengruppe mit einem bunten Teller und besinnlichen Geschichten aus der Heimat.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

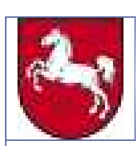
Wiesbaden – Dienstag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier. – Sonnabend, 17. Dezember, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche Feier. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal wollen wir Sie auf das Weihnachtsfest einstimmen. Von Platzreservierungen bitten wir abzusehen! Zur Kostendeckung der Feier sind wir für Geldspenden dankbar.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Vorweihnachtliches Zusammensein mit den BdV-Kreisverband. Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 13. Dezember, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43: Kegeln. – Freitag; 16. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Adventsfeier mit gemeinsamem Kaffeetrinken. Pfarrer Wolfram Wiemer (Exten / Hohenrode) hält die Andacht und Professor Heinz Schürmann (Bielefeld) einen bebilderten Vortrag zum Thema „Die Weisen aus dem Morgenland“. Ein Flötenkreis begleitet uns beim Singen der Adventslieder. – Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Wegen der Vorbereitungen wird um Anmeldung beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat bis zum 5. Dezember gebeten: Telefon (0 57 51) 53 86 oder über rebuschat@web.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 15. Dezember, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 33602 Berlin: Adventsfeier des Heimatliteraturkreis.

– Nachlese –

Die Ostpreußen in Bielefeld beteiligten sich mit gut einem Dutzend Menschen an der Gedenkstunde des Bundes der Vertriebenen zum Volkstrauertag an der Vertriebenengedenkstätte auf dem Bielefelder Sennefriedhof, an der insgesamt etwa 60 Menschen teilnahmen.

Düren – Die kommissarische Vorsitzende der Kreisgruppe, Gerda Wornowski, begrüße ihre Landsleute zur außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Neuwahlen im Haus des Deutschen Ostens. Wahlleiter war Pfarrer Klemens Joachim Plattenteich. Er begrüßte als neue Vorstandsmitglieder: Gerda Wornowski, Erste Vorsitzende, Ruth Seidscheck, Zweite Vorsitzende und Schriftführerin, Ernst Wornowski, Kassenwart, Franz Grunwald, Erster Kassenprüfer, Ulrich Porschke, Zweiter Kassenprüfer. Anschließend wurden die Wahlen für den Bund der Vertriebenen durchgeführt. Zum Vorstand gehören dort ab sofort: Ursula Kluge, Erste Vorsitzende, Gerda Wornowski, Zweite Vorsitzende und Schriftführerin, Christine Graw, Kassenwartin, Franz Grunwald, Erster Kassenprüfer und Ulrich Porschke, Zweiter Kassenprüfer.

Bei einem kleinen Imbiss in gemütlicher Runde mit fröhlichen Liedern klang der Heimatabend aus. Franz Grundwald als Geburtstagskind wünschte sich ein Lied und so wurde „Ännchen von Tharau gesungen“. Gegen 21 Uhr war die Versammlung beendet.

Dortmund – Montag, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule, (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 6. Dezember, Weihnachtslesung von Hajo Buch zu „Ottfried Preußler und Co“. – Mittwoch, 7.Dezember, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 9. Dezember, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Eichendorff-Saal: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 10. Dezember, 18.30 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 97, Derendorf: Gottesdienst für alle Landsmannschaften. Musikalisch gestaltet von der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonntag, 11. Dezember, 12 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Abfahrt zur Ostdeutschen Weihnachtsfeier auf Schloss Burg, Die Fahrtkosten für die Hin- und Rückfahrt betragen zehn Euro. Beginn der Veranstaltung im Rittersaal ist 14.30 Uhr. Rückfahrt nach Düsseldorf: 17 Uhr. Vor der Feier wird die ostdeutsche Gedenkstätte im Batterieturm besichtigt. – Mittwoch, 14. Dezember, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: Weihnachtsfeier der Ostpreußen. – Freitag, 16. Dezember, 18 Uhr, GHH: „Räuber Hotzenplotz feiert Weihnachten“ – Theaterstück für Kinder. – 23. Dezember bis 6. Januar: In dieser Zeit ist das Gerhart-Hauptmann-Haus geschlossen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 20 Dezember, 14 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Nikolaus-Weihnachtsfeier. Zum Singen von Weihnachtsliedern, zum Hören von alten oder neuen Geschichten und Gedichten treffen wir uns. Leider mussten wir Menü-Gedecke vorbestellen, konnten aber für verspätete Gäste Nachbestellungen noch bis spätestens zum 15. Dezember entgegennehmen (Telefon 0221/7123572). Allen, die aus welchen Gründen auch immer an unserer Feier nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand ein geruhsames und besinnliches Weihnachtsfest verbunden mit guten Wünschen für das Jahr 2017.

Lippe – Mittwoch, 14. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle, Detmold: Adventsveranstaltung mit Gedanken zum Advent vom Pfarrer im Ruhestand Gerhard Mörchel, Weihnachtlichen Geschichten und einem musikalischen Vortrag.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe

Viersen-Dülken – Sonnabend, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Weihnachtsfeier bei Kerzenschein. Für reichlich Kaffee und Kuchen wird ein Unkostenbeitrag von sechs Euro pro Gedeck erbeten. Für ein geistliches Wort konnten wir wiederum dankenswerterweise Otfried Schaffelke gewinnen. Wie immer sind Gäste gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Wesel – Sonntag, 11, Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel: Weihnachtsfeier. Kaffee und Kuchen stehen für ein gemütliches Beisammensein bereit. Anmeldungen bis zum 3. Dezember bei: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. – Jeder letzte Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Heimatstube: Treffen der Frauengruppe.

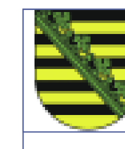
Witten – Montag, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier im Wandel der Zeiten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

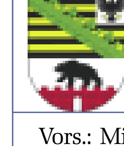
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 10. Dezember, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Heimatliche Weihnacht wie in Ostpreußen,



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 16. Dezember, 12 Uhr: Weihnachtsfeier mit Programm.



Magdeburg: Gedenken am Volkstrauertag Bild: privat

Magdeburg – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 11. Dezember: Weihnachten in der Heimat und jetzt. – Dienstag, 13. Dezember, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

– Bericht –

Seit der Gründung der LOW Magdeburg im Jahre 1991 hat sich diese anlässlich des Volkstrauertages regelmäßig im November am Gedenkstein „Den Opfern von Flucht und Vertreibung 1945–1995“ für die Vertriebenen auf dem Westfriedhof von Magdeburg zusammengefunden, um den Toten von Flucht und Vertreibung sowie der durch den Zweiten Weltkrieg zu Tode gekommenen Menschen zu gedenken.

Auch in diesem Jahr, dem 25-jährigen Bestehen der Kreisgruppe Magdeburg, haben sich die Landsleute gemeinsam mit der Ortsgruppe der Sudetendeutschen am 11. November an diesem Ort getroffen. Blumen und Gebinde wurden am Gedenkstein von den Landsleuten niedergelegt. Das Land Sachsen-Anhalt hatte bereits am Vortag ein Kranzgebinde mit Schleifen abgelegt. Der Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Joachim Preiß, fand die passenden Worte zur Totenehrung. Die Landsfrau Dorothea Fieberg erinnerte im Namen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen an all die Opfer von Willkür, Gewalt und politischer Verfolgung. „Auch den in unserer Heimat umgekommenen und dort bestatteten Verwandten und Freunden gilt unser stilles Gedenken“, sagte sie. Anschließend haben die Landsleute Heimatlieder gesungen und Kerzen angezündet.

Die Teilnehmerzahl ist in den vergangenen 25 Jahren zwar drastisch gesunken, aber beide Ortsgruppen wollen auch in Zukunft dieses Gedenken beibehalten. Wir sind es den Toten schuldig.

Rudi Fieberg



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Neue Mensa, Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule, Schulstraße 8–10, 23611 Bad Schwartau: Adventsnachmittag mit Geschichten von Siegfried Lenz und weiteren Schriftstellern der Heimat.

Burg – Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Ostdeutschen Adventsfeier. Pastor Kark-Carlson wird an diesem Nachmittag in vorweihnachtlicher Atmosphäre besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Aber auch das Kulinarische wird an diesem Nachmittag nicht zu kurz kommen. Weihnachtliche Geschichten sowie

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Lieder werden außerdem die Mitglieder unterhalten.

Flensburg – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Weihnachtsfeier mit Kaffeetafel, Gesang, Geschichten und Gedichten aus der Heimat. Anmeldungen bitte stets eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Malente – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39: Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Teilnehmer gibt es bei einem Kostenbeitrag von drei Euro ein Stück Torte/Blechkuchen sowie Kaffee satt. Eigene Beiträge, um uns auf die Weihnachtszeit einzustimmen, sind willkommen. Angehörige der Landsmannschaft sind ebenfalls herzlich eingeladen. Anmeldungen bis Montag, 5. Dezember, im Blumenhaus Franck, Bahnhofstraße 26. Allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand eine friedliche Weihnachtszeit und ein gesundes neues Jahr.

Neumünster – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr: Bei Kerzenschein und Tannenduft wollen wir unsere langjährigen Mitglieder ehren und in vorweihnachtlicher Stimmung den Nachmittag gemeinsam verbringen.

Pinneberg – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr: Adventsfeier und Jahresabschluss mit Andacht und traditionellen Weihnachtsliedern.

Uetersen – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Adventsfeiern mit weihnachtlichen Geschichten.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Mit dem Ostpreußenkalender durchs die vier Jahreszeiten

Um „die vier Jahreszeiten vom Vorfrühling bis zum Winter“ geht im brandneuen Kalender der Reihe „Ostpreußen und seine Maler“. Durchs Jahr 2017 geleiten diesmal Künstler wie Karl Storch der Ältere, Eduard Bischoff oder Reinhold Feussner. Die Kunstliebhaber von „type art satz & grafik“ haben wieder die schönsten Werke aus einer riesigen Auswahl ausgewält. Ostpreußen hat viele bedeutende Maler hervorgebracht oder angezogen. Weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind die Königsberger Kunstakademie ebenso wie die Künstlerkolonie in Nidden.

Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September für PAZ-Leser zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro) inklusive Versand.

Zu bestellen ist der Kalender bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de



Kalendermotiv von Gerhard Löbenberg (1891–1967): „Herbstwald“ Bild: typeart

Buch mit Stallgeruch

Hans-Joachim Zimmermanns Hommage an den Trakhener





Rechts: Die Bilder im Buch stammen von der bekannten Pferdemalerin Renate Blank aus Soltau Bild: privat

Ostpreußisches Kulturgut in seiner edelsten, kraftvollsten und lebendigsten Form – so lassen sich wohl die Trakehner beschreiben. Sie sind „geliebt und begehrt als Dressur-, Reit- und Wagenpferd mit geschmeidigen, eleganten Gängen, edlem Exterieur und mit feinem Charakter“, schreibt Astrid von Günther in ihrem Geleitwort zu „Hommage an das ostpreußische Warmblutpferd Trakehner-Abstammung“. Das Buch von Hans-Joachim Zimmermann ist eine Sammlung von Zeitschriftenartikeln, Fotos, Gedichten und anderen Beiträgen rund um die legendäre Pferderasse. Die bekannte Pferdemalerin Renate Blank aus Soltau hat das Werk zudem liebevoll illustriert.

Die Zeitschriftenartikel stammen vor allem aus der traditionsreichen und dienstältesten Reitsportzeitschrift Deutschlands, dem „St. Georg“. Auch dort waren die Trakehner regelmäßig ein großes Thema. Zimmermann hat wichtige Artikel aus der Zeit zwischen 1935 und 1950 ausgewählt. Die tragische und dramatische Zäsur des Kriegsendes wird dem Leser ebenso nahegebracht wie der Neuanfang im Westen mit dem beginnendem großartigen Comeback der vierbeinigen Ostpreußen.

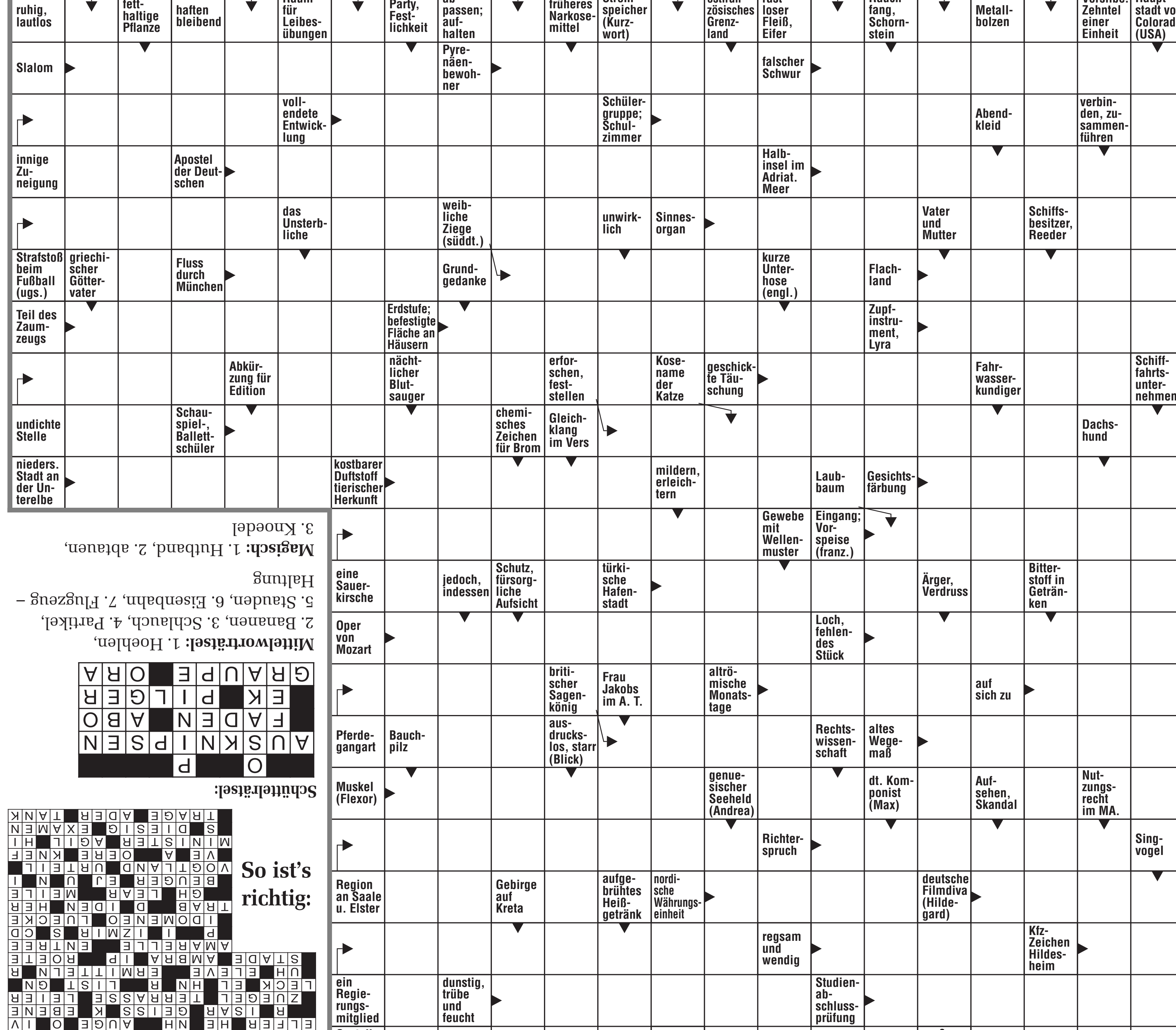
Auf die Idee, die Reportagen und Berichte des Reitsportmagazines nachzudrucken, kam Zimmerman, als er im Nachlass eines verstorbenen Freundes, eines hannoverschen Pferdezüchters, eine große Anzahl alter „St.-Georg“-Ausgaben entdeckte. Er kam ins Stöbern und war gepackt: „Im großen Stile thematisierten sie die Katastrophe des ostpreußischen Pferdes. Namhafte Persönlichkeiten aus der Pferdewelt hatten sich des Themas angenommen und darüber berichtet“, erzählt er.

Zimmermann weiß, worüber er schreibt. Er ist gebürtiger Ostpreuße (Jahrgang 1935). Einer der letzten Beiträge im Buch ist der eigene Fluchtbericht. Sein Vater war ehemaliger Hufschmied, passionierter Pferdezüchter und Bürgermeister von Schanzenkrug im Kreis Tilsit-Ragnit. Mit sechs Wagen und 16 Trakehnern traten sie im Oktober 1944 die Flucht an. Später brachten Trittsicherheit, Kraft und Mut der Pferde den Treck auch halbwegs heil über das trügerische Eis des Frischen Haffs im Februar 1945. Das Schicksal wollte es allerdings nicht, dass die Vierbeiner mit ihren Besitzern den deutschen Westen erreichten. Zimmermann, der nach dem Krieg im Wolfsburger Volkswagenkonzern Karriere machte, blieb den Pferden aber auch fern der ostpreußischen Heimat treu. Für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit in Zucht und Pferdesport wurde er unter anderem mit der Goldenen Ehrennadel des niedersächsischen Reiterverbandes ausgezeichnet.

Artikel, Fotos, Augenzeugenberichte

Mit kundiger Hand hat dieser Pferdemann seine Trakehner-Hommage zusammengestellt. Den Charme des Buches, seinen Stallgeruch sozusagen, machen die vielen unterschiedlichen Blickwinkel der Beiträge aus ebenso wie die Tatsache, dass die beschriebenen Ereignisse den zeitgenössischen Autoren noch lebendig in Erinnerung waren. Im kurzweiligen Arbeitstempo Galopp schickt Zimmermann den Leser zurück in die Vergangenheit. Links und rechts des Hufschlags lassen sich jede Menge interessanter Details und bemerkenswerter Einsichten entdecken.

Zu bestellen ist „Hommage an das ostpreußische Warmblutpferd Trakehner-Abstammung“ beim Autor selbst: Hans-Joachim Zimmermann, Mörser Weg 32, 38442 Wolfsburg, Telefon und Fax (05362) 3057. *Frank Horns*



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

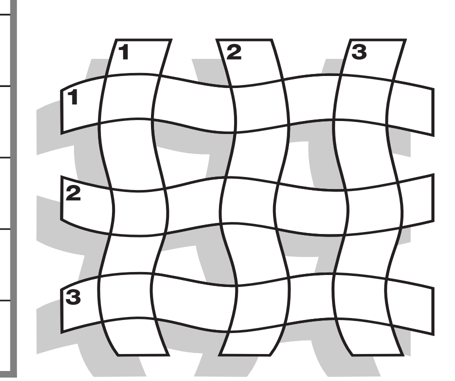
AEIKN NPSSU	EFRU		AAKOS	ENPP		EIINP	AGOS	BEER	ANOR
ADEFN						ABO			
AEGP RU			EGIL PR						
						AOR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Körperstellung.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	FELS		MENSCH
2	KOCH		SCHALE
3	GARTEN		BOOT
4	STAUB		FILTER
5	PRACHT		BEET
6	HOLZ		GLEIS
7	SPORT		MOTOR

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Schmuck an einer Kopfbedeckung
2 schmelzen; von Eis befreien
3 süddeutsch: Kloß

Kräftig dem Saal eingeheizt

Ein niedersächsisches Blasorchester auf Reise durch Masuren

Die Hechthausener Oste-Musikanten waren im Oktober zu Gast in Sensburg an der Masurischen Seenplatte. Das 1993 gegründete Blasorchester aus dem Kreis Cuxhaven geht alle fünf Jahre auf große Fahrt und hatte bereits Auftritte in den USA, Kanada und Spanien. Dieses Jahr fiel die Wahl auf die Stadt im südlichen Ostpreußen. Von dort ging es unter anderem zu Ausflügen nach Nikolaiken, Frauenburg und Marienburg.

Die Oste-Musikanten sind ein gemeinnütziger Verein, zu dessen Aufgaben auch der kulturelle Austausch zählt. Und so gingen die Instrumente selbstverständlich mit auf die Reise. Ein Auftritt wurde gemeinsam mit der evangelischen St.-Trinitas-Gemeinde geplant. Die Kirche war sonntags schließlich bis auf den letzten Platz besetzt, als das nur für diesen Anlass zusammengestellte Ensemble der Oste-Musikanten den Gottesdienst mit Kirchenliedern begleitete.

Zum Höhepunkt der Reise zählte jedoch das in Zusammenarbeit mit dem Ortsverband Sensburg der Deutschen Minderheit „Bärentatze“ organisierte Konzert im Hotel „Goscincu Molo“. Gemeinsam mit dem Jugendblasorchester Sensburg und dem Frauenchor der deutschen Minderheit „Masurenklang“ aus Peitschendorf wurde dem Publikum im vollbesetzten Saal ein abwechslungsreiches Programm geboten. Das Repertoire der Oste-Musikanten war mit Polka und Märschen bis zu Schlagern und lateinamerikanischen Liedern breit aufgestellt. Gemeinsam mit den Volksliedern des Frauenchors und den Musicalhits des Jugendorchesters wurde die Stimmung im Saal angeheizt. Dass Musik die Menschen über Sprachgrenzen hinweg verbindet, haben wir heute wieder erleben können!“, so Jürgen Grell, Dirigent der Oste-Musikanten, für den die Masurenreise auch gleichzeitig seine Abschieds Tournee darstellte.

Für ihn war es nicht nur in musikalischer Hinsicht eine spannende Reise. Seine Frau wurde in Sensburg geboren und die mitgereiste Schwägerin ist dort auch noch zur Schule gegangen. So wurde der Stadtrundgang zu einem sehr persönlichen Einblick in die deutsche Vergangenheit der Stadt. Von den Zerstörungen des Krieges weitgehend verschont geblieben, kann man heute noch viele historische Gebäude wie die Grundschule und das Gymnasium, das Rathaus, Landratsamt und Krankenhaus in der typische ostpreußischen Backsteinbauweise bewundern.

„Wir bedanken uns bei den Bewohnern von Sensburg für die herzliche Aufnahme und werden unsere Reise nach Masuren in guter Erinnerung behalten“, so Volker Wacker, der Erste Vorsitzende der Oste-Musikanten vor dem Heimflug. *Christoph Lauren*

Fast nicht zu glauben

Ein ungewöhnlicher Besuch im Hamburger Haus der Heimat

Es war ein trüber Donnerstag, als im Hamburger Haus der Heimat ein verhärmter, unruhig blickender Mann klingelte und Einlass begehrte.

Barhäuptig und in blauer Windjacke stand ein ängstlich Blickender vor mir und fragte, ob er bei der Betreuungsstelle für Aussiedler, Flüchtlinge und Migranten wäre. Als ich bejahte und ihn hereinbat, sprudelte es förmlich aus ihm heraus. Er käme aus Ostpreußen, als Elfjähriger in Lauterberg bei Braunsberg, etwa 30 Kilomter von Königsberg entfernt, sei er von der durch Sowjetsoldaten verschleppten Mutter getrennt worden und Vater war an der Ostfront gefallen. Das Elternhaus, ein Gutshaus, sei 1945 gesprengt worden, da sich dort ein deutsches Lazarett befand. Die Russen nahmen ihn gefangen, und er musste in Königsberg Zwangsarbeit leisten. Er brachte deutsche Tote in Sammelgräber und besserte Straßen aus. Es gelang ihm dann mit anderen deutschen Mädels und Jungen, in die umgehenden Wälder zu flüchten.

Die Gruppe habe sich dann bis Litauen durchgeschlagen. Man lebte von Pilzen, Beeren und Grünzeug. Irgendwann trennte man sich. Er fasste Mut, als er auf Bauersleute traf und bat um Essen. Man nahm ihn auf. Dafür musste er Jahre auf dem Feld hart arbeiten. So konnte er überleben.

Bis zur DDR-Grenze durchgeschlagen

Als junger Mann kehrte er dann nach Lauterberg zurück, wo nun Ostpolen lebten. Er musste dort wieder bei Bauern auf dem Feld hart ohne Bezahlung, nur gegen Essen und Schlafen, arbeiten. Das ging so jahrelang. Als er 1989 von der Wiedervereinigung Deutschlands erfuhr, machte er sich heimlich davon. Es ist ein Wunder, dass er sich bis zur DDR-Grenze durchschlagen konnte, ohne Papiere über die Grenze in die DDR gelangte und in dem Durcheinander auch über Berlin in die Bundesrepublik kam.

Alles ohne Papiere, ohne Geld, sich Essen und Schlafstätten erbettelnd. Er gelangte bis nach Hamburg und lebt dort bei einer älteren Witwe, die er gegen Essen und die Schlafstelle betreut und im Haushalt hilft.

Fast nicht zu glauben, dass er bis heute ohne Anmeldung und ohne Papiere hier lebt. Etwas ratlos überlegten wir, wie ihm zu helfen wäre. Inzwischen konnte man ihn unter anderem als deutschen Zwangsarbeiter beim BVA Hamm melden. Da er sich aber hier in „Westdeutschland“ nicht wohl fühlt, möchte er nach Ostpreußen zurückkehren, um sich um sein Eigentum als Erbe zu bemühen und um wieder in der Heimat zu leben.

Da ich selber als 10-Jähriger in Ostschlesien 1945 Ähnliches erlebte, aber mehr Glück hatte als dieser inzwischen liebgewonnene Donnerstags-Besucher, werde ich alles dran setzen, um dem wohl letzten Wolfskind in ein geordnetes und besseres Leben zu verhelfen. *Willibald C. Piesch, BdV-Landesverband Hamburg*

Heiligenbeil im Palais

Besuch der Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“

Mehr als 400 Exponate steuerte die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil zu einer Ausstellung des „Zentrums für Vertreibung“ bei. „Mit überwältigendem Ergebnis“, schwärmt Ilse Thomann, Fotoarchivarin der Kreisgemeinschaft aus Rheine. Sie war bei der Eröffnung von „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ (siehe PAZ 46, Seite 19) in Berlin dabei. Hier ist ihr Bericht.

Am 8. November wurde in den großzügigen Räumen des Kronprinzenpalais in Berlin, Unter den Linden 3, die Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ eröffnet. In den Gebieten, die bis zur Flucht und Vertreibung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren, befinden sich zahlreiche Orte, die es einfach nicht mehr gibt und wo heute keine Menschen mehr leben. Sie liegen vor allem im heutigen Polen, Russland und Tschechien. In unserem Kreis Heiligenbeil gibt es besonders viele dieser verschwundenen Orte.

Im Vorfeld dieser Ausstellung kam ein Aufruf des Zentrums gegen Vertreibung mit der Bitte, möglichst viel vorhandenes Bild- und Infomaterial zur Verfügung zu stellen. Daraufhin habe ich sofort Fotos, Pläne und so weiter aus dem Bildarchiv der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil angeboten. Der Ausstellungskurator, Wilfried Rogasch, war zweimal bei mir in Rheine, um das Bildmaterial zu sichten. Die Wahl fiel schwer, und so wurden schließlich über 400 Exponate ausgewählt.

Zur Eröffnung der Ausstellung erhielt ich eine Einladung, der ich zusammen mit Brigitte Böck gerne gefolgt bin. Was wir dann im Kronprinzenpalais zu sehen bekamen, war überwältigend. Die Bilder und Texte befanden sich auf großen Stellwänden, die mit Strahlern ins rechte Licht gerückt worden waren. Die Fotos aus unserem Archiv waren fast alle großartig platziert. So stand ich plötzlich vor den Großaufnahmen des Heiligenbeiler Marktplatzes und einer Luftaufnahme der Innenstadt.

Meine Stadt, mein Zuhause! In der gleichen Größe war das Stadtbild von Zinten aus dem Jahr 1939 zu sehen, und darunter der traurige Rest, der noch übrig geblieben ist. Darüber hinaus gab es eine Stellwand über den Landkreis Heiligenbeil mit vielen Fotos zu den unterschiedlichsten Anlässen: Eine Jagdgesellschaft, Eisberge am Frischen Haff, Konfirmationsfotos, Hochzeitsbilder und… und…. und… Das Ganze wurde präsentiert vor einem zartblauen Hintergrund mit dem Ortsplan von Leisuhnen.

Auf der nächsten großen Wand, waren unter dem Motto: „Geliebte Freunde, Verwandte, Nachbarn“ auch wieder einige unserer Bilder vertreten. Alle Bilder waren mit erklärenden Texten versehen. Dazu gehörte auch eine Liste der verschwundenen Orte aus unserem Kreis, die von mir erstellt worden war.

Außer Heiligenbeil war von den andern ostpreußischen Kreisgemeinschaften nur noch Goldap vertreten. Ich traf das Ehepaar Trucewitz vom Patenschaftsmuseum Goldap in Stade, das auch Großaufnahmen beigesteuert hatte, dazu einen Wechselfotorahmen mit Aufnahmen aus dem Kreis Goldap. Große Bilder vom Königsberger Schloss und den ehemaligen großartigen Schlössern Finkenstein und Schlobitten waren ebenfalls zu sehen. Dann gab es noch viele Stellwände mit Aufnahmen aus Schlesien, Tschechien und Böhmen, die wir aber in der Kürze der Zeit nicht alle ansehen konnten. In einem Raum lief ein Film mit Aufnahmen aus vergangener Zeit.

Alles in allem ist eine sehr großzügige, liebevolle und professionell gestaltete Ausstellung entstanden. Wer die Möglichkeit hat, sollte sie sich unbedingt ansehen. Sie bleibt noch bis zum 8. Januar in Berlin; danach soll sie als Wanderausstellung in verschiedenen Orten gezeigt werden. Vielleicht sogar in Rheine, meinem Wohnort und dem Sitz des Heiligenbeiler Fotoarchivs. Inzwischen habe ich Kontakt zu der Leiterin der Museen in Rheine, Mechthild Beilmann-Schöner, aufgenommen. Sie zeigte sich sehr interessiert, aber die Museen planen immer mit einer langen Vorlaufzeit, so dass zur Zeit noch nicht klar ist, ob beziehungsweise wann dieses Projekt umgesetzt werden kann.



„Ins rechte Licht gerückt“: Die Fotoarchivarin der Kreisgemeinschaft, Ilse Thomann, vor der Stellwand Heiligenbeil Bild: Brigitte Böck

Der 24-Tage-Countdown läuft

Kurz vor Weihnachten verwandeln sich einige Orte in Österreich zu riesigen Adventskalendern

So mancher Bundesdeutsche will im Dezember in Österreich nicht nur Ski fahren, sondern auch auf Weihnachtsmärkten bummeln. Abseits von Kommerz und Menschenmassen haben sich viele Orte mit Märkten einen Namen gemacht, die sich der heimischen Tradition verpflichtet fühlen. Mit einer Tasse wärmendem Glühwein in der einen und heiße, im Beutel gefüllte „Maroni" in der anderen Hand sowie dem Duft von frisch gebackenen Keksen in der Nase mischen wir uns unter die schönsten Adventsmärkte.

Wir starten im Westen der Republik im Vorarlberg. Der Adventsmarkt in Schwarzenberg im Bregenzerwald ist vor allem eins: authentisch. Zwischen den historischen Häusern findet man am Marktplatz kleine Stände. Ob Handwerk oder Kleinkunst – alles wurde in Schwarzenberg per Hand hergestellt. Tipp: In der Barockkirche im Ort finden regelmäßig Adventskonzerte statt.

Auch Tirol hat jenseits der Landeshauptstadt Innsbruck viel zu bieten. Dicht an der bundesddeutschen Grenze gibt es auf der mittelalterlichen Festung der Stadt Kufstein einen besonderen Weihnachtsmarkt ganz fernab vom weihnachtlichen Trubel. In den geschichtsträchtigen Kasemattengängen der Josefsburg und in der Festungsarena finden sich Handwerksstände und Tiroler Leckereien. Kinder dürfen in der Weihnachtswerkstube und der -backstube mit anpacken – und auch ein bisschen naschen.

Nur ein paar Kilometer das Inntal hinauf dreht sich beim besinnlichen Bergadvent im historischen Bauernhof des Bauernmuseum „Z' Bach" in der Wildschönau alles um Traditionen, Handwerk und Brauchtum. Unweit von Wörgl gelegen besinnt man sich hier beim Adventssingen und Weisenblasen auf die Weihnachtsbotschaft. Bei dem urigen Ambiente gibt es Köstlichkeiten der Wildschönauer Bäuerinnen. Am alten Ofen oder am offenen Feuer zubereitet erhascht der Besucher außerdem einen Einblick in das frühere Leben der Bergbauern.

Vor der beeindruckenden Kulisse der Lienzer Dolomiten in Osttirol findet auf dem weihnachtlichen Marktplatz von Lienz einer der traditionsreichsten Weihnachtsmärkte des Landes statt. Sänger, Märchenerzähler und Hirtenspiele lassen urtirolerisches Brauchtum lebendig werden. Anziehungspunkt ist das Rathaus am Platz, das sich in der Weihnachtszeit in einen überdimensionalen Adventskalender verwandelt. Jeden Tag wird eins der von 24 Künstlern gestalteten „Türchen" geöffnet.

Weihnachtsromantiker sind in Radstadt im Salzburger Land gut versorgt. Neben dem Adventsmarkt auf dem Stadtplatz warten auch thematische Winterwanderungen auf die Besucher. Ein Krippenpfad führt rund um die historische Stadtmauern und entlang der mit Fackeln dekorierten Kaiserpromenade wandert man durch den tief verschneiten Winterwald – begleitet von weihnachtlichen Klängen. Entlang des gesamten Weges gibt es 24 beleuchtete Fenster mit Weihnachtsmotiven zu entdecken: der längste Adventskalender Europas. Die Wanderung endet schließlich am Stadtplatz, wo eine lebendige Krippe und wärmender Glühwein die Wanderer erwartet.



Traumhafte Winterkulisse: Der Mariazeller Adventsmarkt vor der Basilika Bild: www.mariazellerland-blog.at

Ganz ohne Kitsch begeistert die Gosauer Bergweihnacht am Dachstein in Oberösterreich seine Besucher. Wenn die Erwachsenen sich an einem Glühwein wärmen, wird der Besuch des Weihnachtsmarktes auch für Kinder ein Erlebnis: Beim Eselreiten und Kerzenziehen vergeht die Zeit wie im Fluge. Und spätestens bei der Pferdeschlittenfahrt oder bei einer Laternenwanderung kommt bei der ganzen Familie Weihnachtsstimmung auf.

Nur wenige Kilometer weiter östlich verzaubert die idyllische Lage des am gleichnamigen See gelegenen Ortes Hallstatt die Besucher auch im Winter. Viele historische Häuser drängen sich dicht an dicht zwischen See und Berg. In der Adventszeit sind die engen Gassen weihnachtlich erleuchtet, und ein romantischer Christkindlmarkt am Marktplatz lädt zu einem Bummel ein. Der Unesco-Welterbeort ist ideal für alle Weihnachtsromantiker.

Weiter geht die Fahrt nördlich zum Traunsee nach Gmunden. Nach einem Adventsbummel durch den weihnachtlich geschmückten Ort sollte man sich nicht das „Schlösser Advent" am See entgehen lassen. Mit dem Bummelzug oder dem Schiff fährt man erst an den im See schwimmenden Christbäumen vorbei und gelangt dann über die romantisch erleuchtete und geschmückte Holzbrücke zum Seeschloss Orth. In weihnachtlichem Glanz erstrahlt auch das gegenüber am Festland liegende Landschloss. In beiden Schlössern im idyllischen Salzkammergut warten Kunst- und Handwerksausstellungen auf die Besucher.

In der Nähe der oberösterreichischen Christkindlstadt Steyr mit dem berühmten „Christkindl Postamt" wird ein Dorf zum Adventskalender. In sieben Häusern rund um den Ortsbrunnen von Steinbach werden 24 Fenster künstlerisch gestaltet. Gespannt warten die Besucher auf das Öffnen des nächsten Adventsfensters. Besonders stimmungsvoll ist die Anreise mit der Steyrtal-Museumsbahn. An der Steyr entlang fährt die historische Dampflok in der Vorweihnachtszeit durch vereiste Aulandschaften zum Steinbacher Advent.

Weiter auf dem Weg nach Wien findet vor der traumhaften Kulisse der Basilika der Mariazeller Advent unter dem Motto „Auf Advent zuwieschaun" statt. Der kleine Ort in der Steiermark fängt in kalten Winternächten regelrecht zu erstrahlen an. Lichter- und Laternenumzüge, die festliche Beleuchtung und Feuerschalen erwärmen die frostigen Dezembernächte. Im „Büro für Weihnachtslieder" kennt man jedes Weihnachtslied, und so manch einer hat hier schon fast vergessene Klänge seiner Kindheit wiederentdeckt.

Was zum familiären Adventsglück dann nur noch fehlt, ist Schnee. Aber der lässt in Österreich gewöhnlich nicht lange auf sich warten. *H. Tews/austria.info*

MELDUNGEN

Frei.Wild rockt in Gitschberg

Bozen – Die Südtiroler Skiregion Gitschberg Jochtal bei Mühlbach am Eisacktal lockt zum winterlichen Saisonauftakt mit einer ganzen Reihe von Attraktionen für die ganze Familie. Wer die Adventpauschale nutzt und im Aktionszeitraum bei einem der teilnehmenden Betriebe seine Unterkunft bucht, erhält den Skipass während des Aufenthalts als Inklusivleistung ohne Aufpreis dazu. Besonderer Höhepunkt im Aktionszeitraum ist die Veranstaltung: „Gitschberg Jochtal rockt" am 10. Dezember. Zur offiziellen Eröffnung des Skigebiets Gitschberg Jochtal findet im Bergrestaurant Jochtal ein exklusives Konzert der ganz in der Nähe aus Brixen stammenden Südtiroler Deutschrock-Band Frei.Wild statt (www.gitschberg-jochtal.com). *tws*

Goldriesling im »Goldenen Fass«

Meißen – Im neu ausgebauten und erweiterten Hotel & Restaurant „Goldenes Fass" in Meißen ist es in diesen Tagen besonders weihnachtlich. In der Vorbrücker Straße 1 findet seit dem ersten Advent der hoteleigene kleine Weihnachtsmarkt auf dem Hotelareal zwischen den denkmalgeschützten Winzerhäusern statt. Unter dem Weihnachtsbaum werden bei Zuckerwatte und Glühwein auch alte Traditionen gepflegt wie das Salzteigbacken, das Fasswerfen oder das Fass-Stock-Schießen. Täglich ab 14 Uhr erklingen Weihnachtslieder. Der Markt schließt um 20 Uhr. Gäste des Privat-Hauses mit 23 Zimmern und Suiten dürfen sich über die erst vor Kurzem neu eröffnete „Ausspanne" freuen – ein kleiner einladender Wellnessbereich zum Wohlfühlen und Entspannen. Rückzugsort am Abend ist das Restaurant, wo am Kamin der berühmte sächsische Goldriesling-Wein serviert wird (www.goldenes-fass-meissen.de). *tws*

Schimmelreiters »Bischof«

Husum zeigt, warum Theodor Storm zum Weihnachtsfan wurde

Das Warten auf die Weihnachtsfeierlichkeiten kann man mit einem besonderen Adventsangebot in Husum an der Nordsee verkürzen. Das Programm „Weihnachten zu Gast bei Theodor Storm" lädt an den Adventstagen am 3. und 10. Dezember im Genießer Hotel Altes Gymnasium ein, die Heimatstadt des berühmten Dichters Theodor Storm literarisch und kulinarisch zu entdecken und zu genießen.

Der Nachmittag beginnt im Hotel mit einer Lesung bei Kaffee und weihnachtlichem Gebäck wie dem von Storm geliebten „Braunen Kuchen", einem Keksgebäck aus Honig und Zimt. Ein Streifzug durch die festlich geschmückte Innenstadt Husums und der Besuch des Storm-Hauses in der Wasserreihe mit dem bei Storm in seiner Novelle „Unterm Tannenbaum" beschriebenen, festlich verzierten Weihnachtsbaum schließen sich an. Im benachbarten, von Fackeln erleuchteten Garten werden die Gäste mit einem heißen Punsch – „Bischof" genannt – empfangen.



Schnee und Eis: Husumer Winteridylle Bild: Oliver Franke

Dass Weihnachten für den berühmten Sohn Husums etwas ganz Besonderes war, hatte sicherlich auch damit zu tun, dass schon früher gerade in der Weihnachtszeit viel Wert auf gute Küche gelegt und keine alltäglichen Speisen und Leckereien aufgetischt wurden. Ihren Ausklang findet die Veranstaltung daher in geselliger Runde beim Buffet mit Leckereien und Köstlichkeiten, die ganz im Sinne des Dichters gewesen wären.

Der Husumer Weihnachtsmarkt präsentiert sich auf dem Marktplatz in der Innenstadt reich geschmückt und festlich beleuchtet noch bis 27. Dezember den Besuchern. Nur am ersten Weihnachtstag ist er geschlossen. Freuen kann man sich auch auf das einzigartige Husumer Weihnachtshaus mit großer Ausstellung und dem historischen Weihnachtsladen oder auf winterlichen Freizeitspaß mit Schlittschuhbahn und Eisstockschießen bei der Husumer Eiszeit in der Messehalle der Messe Husum & Congress (bis 8. Januar).

Wer als Storms Weihnachtsgast die Nordsee-Hafenstadt Husum im Genießer Hotel Altes Gymnasium entdecken und dabei auch die eine oder andere Köstlichkeit probieren möchte, muss sich nur noch für einen der beiden Termine entscheiden: Sonnabend, 3. oder 10. Dezember, jeweils ab 15.30 Uhr. Die Veranstaltung endet gegen 22 Uhr und kostet pro Person 66,90 Euro. *H. Tews*

Anmeldungen für „Weihnachten zu Gast bei Theodor Storm" bei Tourismus und Stadtmarketing Husum unter Telefon (04841) 89870 und im Internet unter www.husum-tourismus.de/weihnachtsmarkt

Nervenkitzel garantiert

Vom Gaspingerhof direkt ins ereignisreiche Zillertaler Skigebiet

Am 3. Dezember geht es los in der Zillertal Arena. Familienfreundlich, vielseitig und schneesicher präsentiert sich zum Saisonstart das größte Skigebiet im Zillertal und Salzburger Pinzgau. Besonders bequem haben es ab Dezember die Gäste des Aktiv Hotels Gaspingerhof in Gerlos. Denn die neue Dorfbahn bringt Skifahrer direkt vom Hotel zur Talstation in die Skiregion mit über 140 Pistenkilometern.

Ein Park für Skifahrer und Snowboarder, eine mit Videokameras bestückte Strecke, auf der man gefilmt wird und sich seine Skikünste im Ziel ansehen kann, Fotopanoramen sowie kostenlose Internetverbindungen zählen ebenso zu den Höhepunkten der Zillertal Arena wie unvergessliche Toptermine: Nächtliches Skifahren am 12. Januar, 9. Februar, 13. März und 10. April 2017, Guten-Morgen-Ski jeden Donnerstag und Sonntag im März ab 6.55 Uhr sowie das Lederhosen Wedelfinale am 22. und 23. April.

Auf 1300 Höhenmetern zeigt sich der Winter rund um das Aktiv Hotel Gaspingerhof von seiner weißen Seite. Wer nicht Ski fährt, der genießt bei Skitouren, beim Langlaufen, Winterwandern oder Rodeln (sieben Kilometer Rodelbahn am Gerlosstein) die prachtvolle Winterlandschaft. Im Skigebiet Gerlosstein gibt es ein neues Schneevergnügen ohne Ski: Es nennt sich Snowtubing. Auf einer eigens dafür präparierten Bahn von etwa 200 Metern Länge können alle Winterfans diesen Spaß auf mit Luft gefüllten Schläuchen ausprobieren. Die Bahn ist kostenlos, und die Reifenrodler sausen so oft den Berg hinunter, wie sie möchten.



Wellnessoase: Gaspingerhof im Winter Bild: MK Salzburg

Spaß, Nervenkitzel und Tempo erwartet die ganze Familie am „Arena Coaster". Die 1450 Meter lange Strecke führt über etliche Wellen, Steilkurven und Sprünge ins Tal. Zwei 360-Grad-Kreisel sorgen für zusätzliches Adrenalin.

Österreichische Gastfreundschaft wird im Gaspingerhof hoch gehalten. Seit Generationen ist das Viersterne-Hotel in Familienbesitz. Die persönliche Betreuung der Gäste ist für die Gastgeberfamilie Hörl eine Herzensangelegenheit. Eine perfekte Mischung aus Tiroler Landhausstil und moderner Eleganz prägt das Haus. Als Mitglied der Tiroler Wellnesshotels hat sich der Gaspingerhof verpflichtet, den Gästen höchste Qualität und ein umfangreiches Wellnessprogramm zu bieten. In der großzügigen Wellness- und Wasserwelt „1001 Nacht" sind Ruhe und Entspannung angesagt. Rund um die Uhr serviert das Küchenteam Gaumenfreuden. Belohnung: Auf der Buchungsplattform booking.com bewerteten die Gäste das mit der Höchstnote „Fabelhaft". *H. Tews*

Internet: www.gaspingerhof.at



Ein Leben im Rampenlicht

Lilo Pulver über sich selbst

Was macht eigentlich Lilo Pulver, mag mancher Leser sich fragen, denn der Kinostar der 50er und 60er Jahre tritt kaum noch öffentlich auf, seit er seinen Beruf nicht mehr ausübt. Filme wie „Ich denke oft an Piroschka“, „Die Zürcher Verlobung“, „Kohlhiesels Töchter“ und „Das Wirtshaus im Spessart“ haben Pulver hierzulande berühmt gemacht. Von Rückzug könne keine Rede sein, sagt Lilo, denn: „Alle paar Wochen stehen Journalisten vor der Tür, die mit mir sprechen möchten.“ Manchmal gibt sie ihnen ein Interview. Sind Fotografen dabei, bittet sie diese, sie nur von Weitem abzulichten. „Mit über 80 kann man schon von Weitem noch ein Bild machen lassen“, verrät sie

Olaf Köhne und Peter Käfferlein, die Lilo Pulver durch ihre gemeinsame Arbeit beim Film kennen, konnten sie schließlich nach langem Für und Wider dazu überreden, ihrem Buchprojekt zuzustimmen.

Humor als Rettungsanker

Die beliebte Schauspielerin lebt heute überwiegend in einer Altersresidenz in Bern, hat aber weiterhin eine Wohnung in ihrer Villa am Genfer See behalten, die ihr Sohn bewohnt. Zieht es sie dorthin, setzt sie sich ans Steuer ihres über 20 Jahre alten Mercedes. Lilo Pulver ist nicht nur wegen ihres ansteckenden Lachens berüchtigt, sondern auch wegen ihres rasanten Fahrstils.

Das Buch „Dem Leben ins Gesicht gelacht“ ist eine Aufzeichnung lockerer Gespräche in entspannter Atmosphäre über ihre Karriere, ihre Filme, die Auslandsaufenthalte, aber auch über ihre Zusammenarbeit mit Schauspielergrößen wie Curd Jürgens, Jean Gabin, O.W. Fischer, Heinz Rühmann und vielen anderen. Aufgelockert wird der Band durch Beiträge von Weggefährten wie Hans-Dietrich Genscher, mit dem Pulver eng befreundet war, aber auch Gunnar Möller, Veronica Ferres und Horst Jansen. Die Erinnerungen werden ergänzt von ihrem Sohn Marc-Tell Schmid, der vom Leben seiner berühmten Mutter erzählt.

Lilo Pulvers herzhaftes Lachen wurde zu ihrem Markenzeichen stilisiert: „Mein Lachen hat irgendwann jemand herausgestellt, dann schrieb die Presse darüber und erklärte es zum meinem sogenannten Markenzeichen, eben weil ich wirklich viel und gern gelacht habe.“

Weil der Grundstein ihrer Filmlaufbahn in Hamburg gelegt wurde und sie zum Ende ihrer Karriere viel Zeit während der Dreharbeiten zur „Sesamstraße“ dort verbrachte, ist die Hansestadt Lilos Lieblingsstadt geworden. Außerdem hat ihr Sohn in Hamburg studiert. Sie liebt die Alster, das Plattdüütsche und das Hotel Atlantic. Zweimal hat die Schauspielerin die Chance auf eine Karriere in Hollywood verpasst, weil sie anderweitig vertraglich verpflichtet war. Dass man einen Vertrag nicht bricht, zählt zu den Tugenden, die ihr wichtig sind. Ihre geplatzte Hollywood-Karriere war dann Frust und Glück zugleich, denn so lernte sie beim Dreh von „Gustav Adolfs Page“ ihren Mann Helmut Schmid kennen, mit dem sie eine langjährige glückliche Ehe führte.

Allerdings gab es nicht nur Glück in Lilo Pulvers Leben. 1989 starb ihre Tochter Mélisande unter bis heute ungeklärten Umständen und nur drei Jahre später ihr Mann. Auch wenn der Schmerz nie vergeht, ist sie sicher: „Es war und ist ein glückliches, ein gelungenes Leben.“ Geholfen hat ihr neben ihrer Schwester und ihrem Sohn und dessen Familie stets der Humor. „Er ist der Rettungsanker für alles!“ *M. Rosenthal-Kappi*

***Lieselotte Pulver: „Dem Leben ins Gesicht gelacht. Gespräche mit Olaf Köhne und Peter Käfferlein“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2016, gebunden, 270 Seiten, 15,99 Euro*



LOTHAR FRITZE

WELTRETTUNG UND SELBSTAUFGABE IN DER MIGRATIONSKRISE

Irrationale Politik

Totalitarismusforscher rät zu bürgerlichem Widerstand

Mittlerweile sind bereits einige sehr gute Bücher zur Flüchtlings- beziehungsweise Migrationskrise und deren Ursachen und Konsequenzen erschienen. Allerdings bietet keines dieser Werke eine derart präzise und gleichzeitig reflektierte Analyse des Ganzen wie „Der böse gute Wille“ von Lothar Fritze, seines Zeichens Mitarbeiter am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und zudem außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.

Den hier zu findenden Aussagen kann jeder einigermaßen vernünftig denkende Mensch nur Satz für Satz zustimmen: Die Regierung Merkel habe 2015 eine Invasion zugelassen, welche das deutsche Rechtssystem, die staatliche Bürokratie, das Leistungsvermögen der Wirtschaft und des Steuerzahlers hierzulande, die Kapazitäten der Sicherheitsorgane sowie auch die Geduld und das Toleranzvermögen der Bürger der Bundesrepublik aufs Äußerste strapaziere und letztendlich überfordere. Und das wiederum könne durchaus zum Zerfall unseres Staatswesens sowie zum Verlust der materiellen, sozialen und kulturellen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, ja teilweise sogar Jahrhunderte führen.

Willkommenskultur ohne jedes Konzept

Als Ursache für die Entscheidung der Kanzlerin und ihrer Paladine, Deutschland unkontrolliert mit Migranten zu „fluten“, sieht Fritze sowohl den irrationalen Drang, quasi die ganze Welt retten zu wollen, als auch das sehr viel durchdachtere Bemühen, die durch das Politikversagen früherer Zeiten verursachten ökonomischen und demografischen Probleme unseres Landes mittels einer von oben in Gang gesetzten Einwanderung zu lösen. Der Glaube an das Gelingen des Letzteren sei freilich abgrundtief naiv: Schließlich befänden sich selbst unter den angeblich so gut ausgebildeten Syrern zwei Drittel funktionale Analphabeten, mit denen man die sozialen Sicherungssysteme keinesfalls sanieren könne – eher stehe nun deren endgültiger Kollaps bevor. Zugleich, so Fritze, werden die Asylforderer die Bundesrepublik bald derart verändern, dass die Urdeutschen nur noch eine Gruppe unter vielen bilden – und wahrscheinlich noch nicht einmal die Privilegierteste. Aber genau darin liege ja vielleicht der Sinn des gigantischen Sozialexperiments, Migranten gegen den Willen breitester Kreise der Bevölkerung anzulocken und aufzunehmen: durch die Einwanderung vornehmlich muslimischer Menschen die kulturelle Substanz Deutschlands und die deutsche Nation zu zerstören, um dann etwas Neues, vermeintlich „Besseres“ zu schaffen, dem nicht mehr der Makel einer Verwurzelung im Dritten Reich anhafte.

Wie Fritze am Schluss bemerkt, dürfte „es bereits zu spät“ sein, bestimmte Fehlentwicklungen zu korrigieren. Natürlich werde man die bisher Gekommenen kaum wieder zurückschicken können. Nichtsdestotrotz lohne Widerstand dennoch. Bevor nämlich die derzeitigen „Eliten“, denen eindeutig die Legitimation durch das Volk fehle, endgültig vor dem Fremden und dem Islam kapitulieren, könnten die Bürger immer noch die Herrschaftsverhältnisse ändern. Der beste Weg hierzu sei die Aufdeckung der Lügen der Migrationslobby und ihrer Erfüllungsgehilfen in Politik, Medien, Verbänden und Universitäten – die Wähler müssten unbedingt vor der nächsten Stimmabgabe realisieren, welches Ausmaß an Berechnung oder gefährlicher Konzeptionslosigkeit hinter der derzeit praktizierten „Willkommenskultur“ stehe. Und dem kann man nur vorbehaltlos zustimmen, wobei Fritzes Buch eine hervorragende Argumentationshilfe abgibt. Deshalb ist ihm die weitestmögliche Verbreitung zu wünschen. *Wolfgang Kaufmann*

***Lothar Fritze: „Der böse gute Wille. Weltrettung und Selbstaufgabe in der Migrationskrise“**, Manuskriptum Verlagsbuchhandlung, Waltrop & Leipzig 2016, 202 Seiten, broschiert, 15,80 Euro*

Wenig Neues aus der Türkei

Can Dündar verarbeitet seine 92-tägige Haft in einem Buch

Wirb oder stirb! Am 7. November war Autor Dündar, Jahrgang 1961, beim Bundespräsidenten und übergab ihm vor laufenden Kameras sein Buch. Er wollte wohl von dem jüngsten Verweis der Bundesregierung auf „Schutzmöglichkeiten des deutschen Asylrechts“ für verfolgte türkische Regierungskritiker profitieren. Was ihm auch gelang: Nun lebt er in Berlin, hat einen deutschen Ersatzpass und lässt die Bundesregierung für eine Ausreisegenehmigung seiner Ehefrau Dilek intervenieren.

Und das alles nach einem Buch, das der Rezensent als eitle Selbstbeweih-räucherung bei wirrer Inhaltsleere ansieht. Mitschuld daran trägt die ungeschickte deutsche Redaktion, die zum Beispiel den nüchternen türkischen Originaltitel „Tutuklandik“ (Wir Inhaftierten) zu einer Art Rütli-Schwur aufbläht, nicht zu reden von übersehenen Fehlern des Verfassers zu Autoren (Dostojewski, Frankl, Fucik, Kafka), die er gelesen haben will.

Nur aus dem Klappentext erfährt der Leser, wegen welcher Lappalien man in Erdogans „Demokratie“ zu lebenslanger Haft verurteilt werden kann. Deutsche Gefängniswärter sollen ihre aufsässigen türkischen „Knackis“ gelegentlich damit zur Ruhe bringen, dass sie ihnen Verlegung in türkische Gefängnisse androhen. Laut Dündar können die 223 „Knäste“ in der Türkei mit 180000 Insassen so schlimm nicht sein, am wenigsten das Istanbuler „Silivri“, aus dem der Verfasser im Februar 2016 nach nur 92 Tagen Haft wieder freikam. Inhaftiert war er wegen der „Waffen, die Erdogan leugnet“, weil sein Geheimdienst sie an IS-Terroristen geliefert hatte. So hatte es Dündars Zeitung „Cumhuriyet“ (Republik) am 29. Mai 2015 in Wort und Bild berichtet, ein 1924 unter Atatürk entstandenes, längst auflagenschwaches Blatt, dem der jetzige Konflikt mit Erdogan („wird teuer dafür bezahlen“) wie ein warmer Regen wirkte.

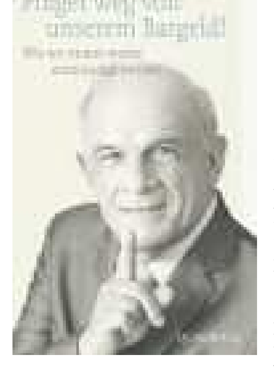
Deutsche Prominente unterstützen Autor

Dündar beschreibt seine Haftzeit als „fruchtbarste Monate meines Lebens“: 350 Besucher, Unterschriftenaktionen einstiger Größen (Günter Wallraff, Claudia Roth), Publikationsaufträge von Wa-shington bis Hamburg, Resolutionen von Grünen und SPD, „Brief an die europäischen Staatschefs“. Dafür und mehr dankt er Erdogan mit berechtigtem Hohn: „Ein Hoch auf Ihren Verstand!“

Dündar hat kaum Interessantes zu melden – dass sein Blättchen „im Visier von Regierung und IS zugleich“ stand, dass es Erdogan mitunter voraus war, etwa in der Gegnerschaft zur Gülen-Bewegung, deren Komplize das Blatt jetzt sein soll. Das wird in wenigen Zeilen abgehakt, mehr Raum braucht er zum Prunken mit „Auszeichnungen, die mir verliehen wurden, während ich mich hier aufhielt“ und die bereits eine „Plastikschüssel“ füllten.

Im Januar 2016 bekam Dündar die 473 Seiten starke Anklageschrift („zweimal lebenslänglich“), wurde aber freigelassen und zog nach Deutschland. Dort kann er so leben, wie es misstrauische Landsleute schon früher voraussahen: „Der riskiert die Haft nicht, der haut ab und schlürft seinen Wein in Europa.“ *Wolf Oschlies*

***Can Dündar: „Lebenslang für die Wahrheit – Aufzeichnungen aus dem Gefängnis“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2016, gebunden, 304 Seiten, 22 Euro*



Von Bargeldabschaffung, Gender und Moral

Peter Hahne nimmt auf vergnügliche Weise Politikerkauderwelsch und eine entmündigte Gesellschaft aufs Korn

Ein Büchlein von Peter Hahne zu lesen, ist immer ein kurzweiliger Genuss, der belehrt, ohne aufdringlich zu sein. Auf 114 Seiten gibt es 55 Kolumnen, die mitten aus dem Leben genommen sind und Politik, Sprache wie Welt karikieren.

Auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos stellte der Chef der Deutschen Bank die These in den Raum, „in zehn Jahren ist das Bargeld verschwunden“. Peter Hahne: „Wer dafür offen ist, kann doch nicht ganz dicht sein!“ Etliche Kolumnen weiter lesen wir: „Klarer Sieg für Bargeld-Fans“. Natürlich dürfe Angst nicht fehlen, unsere notorische Angst. Sie sei das leichteste und wirkungsvollste Manipulationsinstrument. Sie sei in Amerika zum geflügelten Wort geworden, „the German angst“. Die Welt nehme Deutschland wahr „als Weltmeister im Wehklagen, als hysterisch und panisch“. Zu der Schlagzeile „Wurst ist krebserregend“ meint Hahne: „Gleich die Krebskeule rauszuholen, das ist schon etwas happig.“ Fast alle Ängste zeigten unseren „Bildungsnotstand“ und dienten nicht der Gesundheit. In Amerika frage man mich: „Was ist denn mit euch los? Ihr wisst immer alles besser, gebt auf der Weltbühne den Oberlehrer und kritisiert und karikiert uns Amerikaner als Weltpolizei, aber das mit den Flüchtlingen bekommt ihr nicht gebacken. Ihr öffnet eure Grenzen und wisst nicht einmal, wie viele Menschen einreisen und vor allem: wer da in euer Land kommt!“ Nächster Spott-Spruch: „Ihr nervt uns mit Umweltschutz und Klimazielen, aber ihr trickst und lügt und liefert uns manipulierte Autos, die unsere Luft vergiften.“ Dass dies auch intern geschieht, zeigen die Kolumnen „Köln-Katastrophe und Medien-Gau“, „Im Namen der Sicherheit: Schutz- statt Sprachpolizei!“ oder „Der Unfug des Jahres“, „Von Scharia-Polizei und Sonntags-Reden“ oder „Sehr geehrter Herr Präsident Erdogan …“

Hahne plädiert für ein „Bürgerrecht auf Verständlichkeit“. Das Volk habe ein Recht darauf, diejenigen zu verstehen, die als gewählte Volksvertreter seine Geschicke leiten. Hahne: „Platte Parolen sind genauso falsch wie das komplizierte Kauderwelsch, das oft nur dazu dient, Unbequemes zu kaschieren. Politiker sind darin Weltmeister, und ihr Paralleluniversum hält ein wahres Arsenal von Politsprech bereit“.

Erheiternd ist auch die Kolumne „Milliardengräber – wenn Politiker Bauherren spielen“. Fazit: „Keiner wird zur Kasse gebeten von denen, die doch in ihrem Amtseid geschworen haben, den Nutzen zu mehren und Schaden von deutschen Volk zu wenden.“ Hübsch auch die Anmerkungen zu „Quoten-Quatsch schadet den Frauen“ oder die Kolumne „Futter für die Empörungsindustrie“. In den getürkten Talkshows müsse einer den „Bad-Boy“ geben, über den dann bis zu sechs „Gutmenschen-Gäste“ verbal herfallen dürfen. Hahne: „Die Königsdisziplin von Leitartiklern und Talkgästen ist die Darstellung einer Wolken-Kuckucksheim-Welt, wie man sie gern hätte.“

Das Spektrum der Kolumnen sei breit und umfasse auch „Moral-Deutsch, Gender-Murks und Grammatik-Müll“. Der Muttersprache in den Vaterländern gehe es nicht gut, wie so eine unsinnige Stilblüte wie „Mitarbeitendenjahresendgespräch“ oder das Wortungetüm „StudierendesprecherInnen“ offenbarten. Sein Fazit: „Unsere gewachsene Sprache wird systematisch von Gender-TechnokratInnen unter Abwesenheit jeglichen Humors zerstört und, was das Schlimmste ist, unsprechbar gemacht. Neusprech einer verwalteten Welt, kalt und abstrakt, ohne Herz und Seele. Man friert beim Lesen und Sprechen.“ Sehr lehrreich die Kolumne „Von Crossdresser*innen, cis-Männern und den Jusos“ mit dem Notruf „Herr, schick Hirn!“. Zum Lieblingsthema der Deutschen, dem Wetter, das Tag für Tag für unverbindlichen Gesprächsstoff sorgt, meint Hahne genüsslich: „Wir finden auch bei Sonnenschein die Schattenseiten des Wetters. Ein paar Flöckchen werden sofort zur Schneekatastrophe, ein kleiner Glättestau zum Verkehrschaos. Alles ist bei uns immer gleich extrem, unterhalb von Superlativen wie Katastrophe oder Chaos machen wir's in Deutschland nicht.“ Gut, dass es keine „Wetter-Demokratie“ gibt. Denn wem unter uns „Meckerfritzen und Miesepetern“ sollte man es recht machen? Das Buch bietet ein besonderes Lesevergnügen. *W. Thüne*

***Peter Hahne: „Finger weg von unserem Bargeld! – Wie wir immer weiter entmündigt werden“**, Quadriga-Verlag, Köln 2016, gebunden, 128 Seiten, 10 Euro*

MELDUNG

Die Städte vermüllen

Duisburg – Deutsche Großstädte kämpfen mit der zunehmenden Vermüllung des öffentlichen Raums. Duisburg und Hamburg etwa planen daher eine zusätzliche Abgabe für Grundeigentümer, um häufiger räumen zu können. In Duisburg hat sich die Lage besonders in den vergangenen zwei Jahren dramatisch verschlechtert, was nach Angaben der Wirtschaftsbetriebe Duisburg mit dem starken Zuzug aus Südosteuropa zusammenhängt. *H.H.*

ZUR PERSON

Die Revolution wird beerdigt

Von der Bundesregierung kam keine offizielle Stellungnahme zum Tod von **Fidel Castro**. Das passt zu Angela Merkel: bloß nicht den Mund verbrennen. Klare Worte, wie sie Donald Trump gewählt hat (siehe Meinungsspalte), spart man sich eher für rechte Despoten auf. Außerdem will man ja nicht zukünftige Handelsbeziehungen mit Kuba gefährden.

Nach dem Tod des 90-Jährigen am 25. November hofft die westliche Welt, dass sich das politische Tauwetter, das Fidels Bruder Raúl nach dem 2006 erfolgten Rückzug des „Máximo Líder" vom Präsidentenamt eingeleitet hat, verstärken wird. Damit könnte Kuba für westliche Investoren wieder zu dem Abschuss freigegeben werden, vor dem Fidel die Insel mit seinem Putsch gegen das Batista-Regime 1958/59 bewahren wollte, als Kuba zum „Bordell der USA" zu verkommen drohte.

Was stattdessen folgte, war bis heute ein wirtschaftlicher Stillstand auf dem Niveau der späten 50er Jahre. Hatte sich Fidel 1959 bei einem Besuch in New York noch als Revolutionsführer feiern lassen, wandelte er sich langsam dank militärischer und monetärer



Unterstützung der UdSSR zum kommunistischen Despoten. Das US-Handelsembargo, die gescheiterte US-Invasion in der Schweinebucht und die Kubakrise, die fast einen Atomkrieg auslöste, isolierten Kuba vom Westen.

Fortan zog Castro die Zügel an, ließ politische Gegner foltern und fuhr die Menschenrechte an die Wand, was zu einem Flüchtlingsstrom über die Karibik und einem Anstieg der Zahl der Exilkubaner in Florida führte. Trotz Armut und Hunger wurde Castro auch verehrt: Er bekämpfte das Analphabetentum, und er erleichterte den Zugang des Volkes zum Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die Planwirtschaft begünstigte auch in Kuba nur die politische Kaste. Der auch wegen seiner Größe von 1,93 Meter oft als charismatisch bezeichnete Castro, der Liebhaber teurer Havanna-Zigarren und schöner Frauen gefiel sich als eitler Revolutionsführer auf seinen luxuriösen Jachten und in Villen. Er inszenierte seinen Personenkult und strickte die Legende, dass 640 Mordanschläge auf ihn fehlschlugen, die meisten von der CIA geplant. Sein banaler Alterstod im Bett kratzt da ziemlich an seinem Mythos. *H. Tews*



Eile mit Weile

Warum die SPD schon jetzt mehr Syrer will, wieso die CDU das erst nach der Wahl möchte, und wie Wiens Antifa dem Falschen hilft / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Sozialdemokraten sind sauer. Es kommen nicht ganz so viele Syrer per Familiennachzug nach Deutschland, wie sie erhofft hatten. Für eine Minderheit der hier Angekommenen gilt bloß der „subsidiäre Schutz" statt der volle Flüchtlingsstatus, weil ihnen zu Hause keine unmittelbare Gefahr droht. Diese „Subsidiären" sollten nach einer Vereinbarung der Groko bis 2018 erst einmal keine Angehörigen nachholen dürfen.

Das beträfe bloß 1700 Leute, dachten die Sozis zunächst. Der große Strom der Nachzügler würde dadurch kaum geschmälert, hofften sie. Nun aber kam heraus, dass durch die Neuregelung 94000 Syrern der Zuzug nach Deutschland bis kurz nach der Bundestagswahl verwehrt wird – mit denen könnte man eine ganze Großstadt in eine muslimisch dominierte Gemeinde verwandeln!

Entsprechend groß ist die Enttäuschung der Sozialdemokraten darüber, was ihnen da entgangen ist. Die CDU will aber auf keinen Fall nachgeben, nicht vor 2018. Dann ist die Wahl gelaufen und Angela Merkel wieder Kanzlerin. Also können wir die Tore für die 94000 erst in dem Jahr öffnen, ohne dass sich irgendwelche Wutwähler dafür rächen könnten, so offenbar das Kalkül.

Und? Der Trick ist doch gar nicht so schlecht! Was regen sich die Sozialdemokraten auf? Vielleicht fürchten sie, dass die AfD bei den Bundestagswahlen so stark wird, dass die Neuöffnung der breiten Willkommenstore für den massenhaften Familiennachzug nicht mehr so ohne Weiteres durchzusetzen wäre.

Doch diese Sorge ist nun wirklich unbegründet: Die „Blauen" geben sich in NRW und im Saarland derzeit alle Mühe, ihre Wahlchancen schon bei den der Bundestagswahl zeitlich vorgelagerten Landtagswahlen in Grund und Boden zu stampfen. Außerdem behaupten Umfragen, dass die Zufriedenheit der Deutschen mit ihrer Regierung schon wieder im Steigen sei.

Und wo die Deutschen noch nicht auf Linie sind, da tun wir zumindest so. In der „FAZ" lesen wir hocherfreut: „Über drei Viertel der Deutschen lehnen es ab, neue Zäune zu errichten und die Grenzen zu schließen, um Flüchtlingen den Weg ins eigene Land zu verwehren." Das gehe aus einer repräsentativen Umfrage von „TNS Infratest Politikforschung", im Auftrag der Körber-Stiftung hervor. Wunderbar, nicht wahr?

Nicht ganz: Im Text ist die Tabelle zu sehen mit Fragen und Antworten. Die tatsächlich zu bewertende Aussage lautete gar nicht, ob man „Flüchtlingen" den Zugang verweigern wolle, sondern schlicht und brutal: „Die deutschen Grenzen müssen geschlossen werden." Heißt: für alle, für Deutsche, für echte und vermeintliche Flüchtlinge, für legal wie für illegal Reisende. Das lehnten 77 Prozent ab. Welch Wunder!

> Umfragetechnik: Man muss die Frage nur richtig manipulieren, dann kommt auch die gewünschte Antwort

Daraus macht die Zeitung dann die erwähnte, zuwanderungsfreundliche Aussage. Mit solchen Methoden kann man sich jedes Meinungsbild basteln, das man hören will. Einfach, aber wirkungsvoll, denn jeder, der Zweifel am grenzenlosen Hereinlassen hegt, sieht sich damit in die dunkle Ecke einer kleinen Minderheit gedrängt. Dort „überdenkt" er seine Haltung ja vielleicht noch mal oder hält zumindest verängstigt die Klappe.

Das funktioniert, die Deutschen halten still. Daher muss die Eile der SPD-Genossen einen anderen Grund haben. Droht ein Ereignis, das die Stimmung dramatisch verändern könnte? Eine Währungskrise oder ein Abrutschen der Wirtschaft, das die wahren Kosten der Asylflut in jedermanns Bewusstsein hämmert, weil plötzlich kein Geld mehr da ist? Die Ökonomen tuscheln ja schon länger davon, dass sich was zusammenbraut.

In dem Falle hätten die Roten recht: In so einer Situation könnte es schwierig werden, den Deutschen die weitere Flutung ihres Landes mit tausenden neuen Kostgängern schmackhaft zu machen. Dann gilt es, keine Zeit zu verlieren und Tatsachen zu schaffen, bevor bei den Bürgern der Verstand einsetzt. Im Herbst 2015 und „nach Köln" waren die Deutschen ja schon einmal fast wach geworden, zumindest eine ganze Reihe von ihnen. Wir haben noch vor Augen, welch verstörende Erfahrung das war für Politik und Medien. So richtig haben die sich von dem Schreck immer noch nicht erholt.

Andererseits: Diese Ökonomen und „Crash-Propheten" malen doch ständig das Höllenfeuer an die Wand. Doch statt eines großen Knalls gelingt es, die Deutschen ganz langsam zu enteignen, die merken das gar nicht und fühlen sich hinreißend regiert.

Daher erscheint uns die CDU-Strategie mit der nächsten Flutung erst nach der Bundestagswahl trotz allem ausgefuchster zu sein als das Hauruck der Sozialdemokraten. Eine gute Zeitplanung ist beim Umgang mit der Volksstimmung das Ein und Alles.

In Wien läuft man gerade Gefahr, ausgerechnet an dieser Stelle gründlich zu versagen. Am Sonntag ist bekanntlich erneut Präsidentenwahl, weil die im Sommer wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt werden musste. Nun hat die Antifa für den Sonnabend zu einer großen Demo gegen den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer getrommelt. Es soll vor die FPÖ-Zentrale marschiert werden, auf dem Weg dorthin wollen die Streiter gegen rechts noch zwei Burschenschaften und einer studentischen Frauenverbindung einen „Besuch" abstatten.

Die Erfahrung lehrt, wie solche Aufmärsche ablaufen: Geschrei aus hasserfüllten Visagen und Gewalt gegen Polizisten, gegen (mutmaßliche) Andersdenkende und gegen Sachen. Ziemlich hässlich, aber normalerweise hat man links der Mitte mit solchen Orgien überhaupt kein Problem.

Hasserfüllte Visagen? Geschrei? Nicht doch: Das sind „engagierte Aktivisten", die „ihren Unmut artikulieren". Gewalt gegen Polizisten? Ach, die Beamten haben mal wieder „überreagiert". Und gegen Andersdenkende? Na! Haben die Burschenschafter nicht „bewusst provoziert", als sie beim Vorbeizug der Antifaschisten aus dem Fenster blickten? Sachbeschädigung zahlt ohnehin die Versicherung.

Indes: Diesmal greift die Routine nicht, und das hat mit der Zeitplanung zu tun. Eine solche Grusel-Show der Hofer-Gegner nur einen Tag vor der Wahl könne dem bösen Feind in die Hände spielen, barmen linke Kommentatoren und flehen die Antifanten an, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen. Zumal ja auch in Wien der Weihnachtstrubel brummt und die Leute (also die Wähler) schwer genervt sein dürften von der Störung.

Die Anhänger des grün-linken Hofer-Kontrahenten Alexander Van der Bellen versuchen seit Beginn der Kampagne, ein grelles Propaganda-Bild zu pinseln: Dort der düstere Hofer, der den Hass schürt und die Gesellschaft spaltet, hier der lichte Van der Bellen, der Harmonie stiftet und die guten Menschen eint.

Ein Antifa-Aufmarsch könnte dieses mit dem groben Quast geschmierte Gemälde lächerlich machen. Selbst die „unabhängigen Medien" könnten nur eingeschränkt helfen, indem sie das Geschehen nachträglich hübschretuschieren. Wegen des Weihnachtsgeschäfts sind viel zu viele Österreicher persönlich anwesend, um Zeugnis von der unansehnlichen Wahrheit abzulegen.

Das Wahlkampfteam des Grünen hat sich hektisch von der Demo distanziert. Bis zum *PAZ*-Redaktionsschluss war nicht heraus, ob sich die linken Marschierer dadurch von ihrem Vorhaben abbringen ließen. Egal, den Schaden hat Van der Bellen schon davongetragen. Jetzt wissen alle, was für schräge Vögel er hinter sich hat.

Himmel, was haben wir's da gut in der Bundesrepublik. Hier machen die Parteispitzen den Bundespräsidenten unter sich aus. Da hätte ein Hofer nie den Hauch einer Chance bekommen. Angela Merkel hätte den Herrn Van der Bellen schon vorab im Hinterzimmer durchgedrückt. Schließlich wollte sie ja auch für unsere Republik unbedingt einen grünen Präsidenten – haben ihr neidische Sozi und die missgünstige CSU nur nicht gegönnt.

MEINUNGEN

Der künftige US-Präsident ***Donald Trump*** *zum Tode von* ***Fidel Castro*** *auf „Twitter" (26. November):*

„Ein brutaler Diktator, der sein eigenes Volk fast sechs Jahrzehnte unterdrückt hat. Fidel Castros Erbe ist eines aus Erschießungskommandos, Diebstahl, unvorstellbarem Leid und der Ablehnung fundamentaler Menschenrechte."

Tübingens Bürgermeister ***Boris Palmer*** *(Grüne), der wegen seiner Kritik an der Politik der offenen Grenzen vor allem aus den eigenen Reihen scharf angegangen wurde, warnt in der „FAZ" (24. November) vor der* ***aggressiven Intoleranz des „linksliberalen" Milieus****:*

„Ich habe ein Jahr lang erlebt, welche innere Gegenwehr es verursacht, wenn man sich grundlos als Rassist und unmoralischer Mensch beschimpfen lassen muss. Die Attacken bekehren niemanden. Sie verstärken den Unwillen."

Heribert Seifert *deckt bei „Tichys Einblick" (25. November) auf, was* ***Politiker*** *mit ihren Attacken auf das* ***Internet*** *(siehe Wochenrückblick Nr. 47) wirklich bezwecken:*

„Die aggressiven Tiraden über die ‚Kloake' Internet, die die Demokratie bedroht, sollte man nicht als Ausdruck ernst zu nehmender Besorgnis verstehen. Dazu sind sie zu einseitig, wurden sie doch erst dann lautstark, als sich im Netz Meinungen artikulierten, die in den traditionellen Medien zuvor erfolgreich ausgesperrt waren. Es handelt sich um die Kampfprosa von Politikern, denen die Kontrolle über die Köpfe ihrer Untertanen entgleitet."

Wolfgang Prabel *sagt im Portal „Journalistenwatch" (26. November) ein* ***Scheitern*** *von Italiens Premier* ***Matteo Renzi*** *an diesem Sonntag voraus und verrät den Grund:*

„Renzi hat nur einen einzigen Fehler gemacht, es ist jedoch ein politisch tödlicher Fehler. Er hat sich zum italienischen Affen von Frau Dr. Merkel gemacht. Er hat entgegen aller Vernunft Italien nicht zielstrebig aus dem Euro geführt und er hat die nicht zu Ende gedachte Asylpolitik der Kanzlerin in Italien mit brutaler Härte durchgeboxt."

In der „Bild"-Zeitung (26. November) ärgert sich ***Tanit Koch*** *über die Verehrung eines* ***Fidel Castro****:*

„Kuba ist ein Polizeistaat und eine Diktatur ... Wenn Menschenrechtsverletzungen und Verhaftungen auf Kuba angeprangert werden, verweisen Politiker der Linkspartei gern darauf, dass auch Bildung und Krankenversorgung Menschenrechte seien. Davon habe Kuba schließlich im Übermaß. Das ist blanker Zynismus."

Cora Stephan *weist in der „Neuen Zürcher" (24. November)* ***elitäre Volksverachtung*** *zurück:*

„Noch nie in der Geschichte hatten wir es mit einer derart hohen Anzahl von Menschen zu tun, die ... sich aus der Fülle der verfügbaren Informationen zu bedienen wissen und die nicht mehr alles glauben, was ihnen die medialen und politischen Eliten vorsetzen ... Das Volk weiß zu viel, als dass es sich noch lange mit Brot und Spielen abspeisen ließe."